



2. Heft | 3. Februar 1916

LUDWIG QUESSEL · DIE SELBSTTÄUSCHUNG DER MINDERHEIT



AUS den Kundgebungen der sozialdemokratischen Presse zu der Spaltung unserer Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die neuen Kriegskredite hebt sich das Urteil der Wiener Arbeiterzeitung hervor, die den Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit wie folgt charakterisiert:

»Auf verschiedenen Wegen streben die beiden Gruppen in der deutschen Reichstagsfraktion dem selben Ziele zu: dem von ihnen allen gleich heißersehten Frieden. Nur meint die Mehrheit, daß die Verweigerung der Kredite das feindliche Ausland zu neuen Kraftanstrengungen ermutigen und dadurch zu einer Verlängerung des Krieges beitragen würde, wogegen die Minderheit wieder gewärtigt mit der Verweigerung der Kredite einen Druck auf die eigene Regierung auszuüben, der sie veranlassen soll den Weg zum Frieden ernstlich zu suchen. Es ist eine Differenz in der Wahl der Mittel, keine in dem Zwecke, den die Abstimmung fördern soll. Schon darin, daß sich die Anhänger der beiden Anschauungen in der Zahl immer mehr nähern, ist zu erkennen, daß in jeder eine ernste und feste Überzeugung lebt. Deshalb muß die große und schwere Parteidifferenz mit Achtung und Würdigung der andern Überzeugung betrachtet und ausgetragen werden.«¹⁾

Im gegenwärtigen Stadium des Krieges scheiden sich die Geister in unserer Reichstagsfraktion in der Tat bei Beantwortung der Frage: Wie kommen wir zum Frieden? Klar und scharf tritt bei der Minderheit die Auffassung zutage, daß die Zentralmächte es in ihrer Hand haben in jeder Stunde Frieden zu schließen, wenn sie sich dazu bequemen auf Annexionen und Kriegsentschädigung sowie auf jede wie immer geartete Garantie gegen künftige Angriffe zu verzichten. Verständlich wird diese Auffassung der Minderheit allerdings erst dann, wenn man aus ihren Kundgebungen hört, daß sie ganz und gar von dem festen und unerschütterlichen Glauben erfüllt ist: die Staaten des Vierverbands hätten längst jede Hoffnung auf Annexionen deutscher und österreichischer Gebiete sowie auf Erlangung einer Kriegsentschädigung begraben. Forscht man nun bei der Minderheit nach Beweismaterial für ihren Glauben an die Friedensbereitschaft des Vierverbands, so stößt man selbst bei Männern, die sich vor dem Krieg in unserm Parteilieben durch scharfes kritisches Denken auszeichneten, auf seltsam kindliche Anschauungen. So stützt ein hervorragendes Mitglied der Minderheit seinen Glauben an die Friedensbereitschaft Englands auf einen Artikel einer sozialdemokratischen Korrespondenz, der die Äußerungen eines anonymen Privat-

¹⁾ Siehe den Leitartikel der Wiener Arbeiterzeitung vom 21. Dezember 1915.

manns wiedergibt, der mit englischen Staatsmännern vor Jahresfrist gesprochen haben will und daraufhin erklärt haben soll, daß die englische Regierung jederzeit zum Frieden bereit sei, wenn Deutschland Belgiens staatliche Selbständigkeit in vollem Umfang wiederherstelle. Diese Angaben eines unbekanntem Privatmanns sind jenem Mitglied der Minderheit einfach ein unantastbarer Glaubensartikel. Alle das gerade Gegenteil dessen besagenden Äußerungen der führenden englischen Blätter sind für ihn nur »dummes Zeug«. Auch die Erklärungen der englischen Minister gegenüber dem Parlament stehen seiner Auffassung nach an Bedeutung tief unter den Äußerungen jenes Anonymus. Jene Ministerreden über die englischen Kriegsziele haben in seinen Augen nur den Zweck die tiefe Friedenssehnsucht Greys und Asquith' so lange zu verschleiern, als sich bei der deutschen Regierung keine Neigung zeige Belgiens Selbständigkeit wiederherzustellen und der belgischen Bevölkerung vollen Ersatz für den durch den Einmarsch der deutschen Heere entstandenen Schaden zu leisten. Fragt man in privaten Gesprächen die Mitglieder der Minderheit, was ihrer Meinung nach denn jene sich immer wiederholende Wendung englischer Ministerreden, daß der deutsche Militarismus zerstört oder vernichtet sein müsse, ehe England an Frieden denken könne, eigentlich bedeuten soll, so erhält man entweder gar keine Antwort oder man hört die Ansicht, England werde bei den Friedensverhandlungen auf Beschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande sowie auf einer demokratischen Reform des deutschen Heeres im Sinn unseres Parteiprogramms bestehen, um in dieser unseren Grundsätzen entsprechenden Weise jene üblen Erscheinungen unserer Wehrverfassung, die wir früher in unserer Agitation als Militarismus bezeichnet haben, zu beseitigen.

Versucht man die englischen Friedensbedingungen, so wie sie sich in der Phantasie der Minderheit malen, genauer zu präzisieren, so erhält man folgendes Bild: 1. Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit des Königreichs Belgien; 2. Ersatz des der belgischen Bevölkerung durch den Einmarsch deutscher Truppen verursachten Schadens; 3. Rüstungsbeschränkung und demokratische Armeereform. Diese Forderungen Englands seien, wie manche Genossen von der Minderheit in ihrer Illusionsfähigkeit glauben, für Deutschland durchaus nicht ungünstig. Die volle Wiederherstellung Belgiens, und zwar auch ohne Garantie dagegen, daß die belgischen Lande zu einem Aufmarschgebiet und Einfallstor gegen Deutschland gemacht werden, sei die Voraussetzung für eine lange Friedensperiode. Wie bisher, so soll auch in Zukunft dem belgischen Königreich die Freiheit gewahrt bleiben seine Grenzen gegen Deutschland durch gewaltige Befestigungen abzusperren, die gegen Frankreich und England aber offenzuhalten. Daß der Ersatz des der belgischen Bevölkerung durch den Einmarsch deutscher Truppen verursachten Schadens eine Milliardenforderung darstellen würde, verhehlt sich die Minderheit natürlich nicht, aber sie hält auch diese Forderung Englands für annehmbar, weil es sich hier um eine Ehrenpflicht Deutschlands handle, das nun einmal die Neutralität Belgiens zuerst verletzt hätte. Was die Rüstungsbeschränkung und die demokratische Armeereform anlangt, so ist man in der Minderheit der Meinung, daß der britischen Demokratie jede Absicht uns zu Wasser oder zu Lande wehrlos zu machen völlig fernliege, so daß man diese englische Forderung ruhig akzeptieren könne.

Man kann sich denken, daß die Friedensziele Englands im gegenwärtigen Kriegsstadium den oben skizzierten annähernd entsprechend könnten. Ganz sicher würde England von uns die Wiederherstellung Belgiens und eine Milliardenentschädigung für die belgische Bevölkerung fordern. Sehr wahrscheinlich ist es ferner, daß unter den englischen Friedensbedingungen die Beschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande figurieren wird. Einleuchtend ist, daß eine Rüstungsbeschränkung für die Seestreitkräfte auf der Basis des status quo ante (und nur der könnte für England in Frage kommen) durchaus im englischen Interesse liegt. Sie würde die englische Seediktatur verewigen und zugleich deren Kosten wesentlich herabsetzen. Andererseits wären die Zentralmächte hierdurch zu einer Vorratswirtschaft genötigt, deren Kosten sich wahrscheinlich auf Milliarden jährlich belaufen würden. Geht man von den Erfahrungen dieses Krieges aus, so scheint es nur angemessen die Dauer des nächsten Krieges auf mindestens 3 Jahre zu bemessen. Da unsere Einfuhr 1913 rund 10,8 Milliarden betrug, ist es nicht übertrieben den Wert der Vorräte, die zur Überwindung einer 3jährigen Absperrung vom Weltverkehr notwendig wären, auf 25 Milliarden Mark zu berechnen. Das ergibt bei 5 % einen Zinsverlust von jährlich 1,25 Milliarden. Die laufenden Kosten der Lagerung solch riesiger Vorräte wird man wohl im Durchschnitt auf 1 % des Wertes veranschlagen können, was eine weitere Belastung unserer Volkswirtschaft mit 250 Millionen Mark ergibt. Wir sehen also, daß eine Beschränkung der Rüstungen zur See auf der Basis des status quo ante, das heißt unter Aufrechterhaltung der britischen Seeherrschaft, uns zu einer Vorratswirtschaft zwingen würde, deren Kosten pro Jahr auf 1½ Milliarden veranschlagt werden können. Ohne solche Vorratswirtschaft würden wir aber bei allen zukünftigen Streitfragen im Völkerleben der marinistischen Gewalt der britischen Demokratie auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. So viel zum Beweis dafür, daß die von England angestrebte Rüstungsbeschränkung uns teurer zu stehen kommen würde als das hitzigste maritime Wettrüsten, sofern Deutschland darauf Wert legt auch England gegenüber seine staatliche Unabhängigkeit zu behaupten.

Ob die britische Demokratie bei Friedensverhandlungen großen Wert auf die Einschränkung der Rüstungen zu Lande legen würde, ist weniger gewiß. Ganz zweifellos läge aber eine solche Friedensbedingung im Interesse Frankreichs und Rußlands. Auch für diese beiden Staaten käme eine Rüstungsbeschränkung nur auf der Basis des status quo ante in Frage. Was die französische Demokratie betrifft, so ist bekannt, daß ihr Militarismus schon lange vor dem Krieg den letzten wehrfähigen Mann aus der Bevölkerung herausgeholt hat. Demgegenüber hat uns der Krieg gezeigt, wie erstaunlich groß in Deutschland die Zahl der nicht militärisch ausgebildeten Wehrfähigen war. Wie günstig auch für Rußland eine solche Rüstungsbeschränkung wäre, erhellt aus der Tatsache, daß in den letzten Jahren vor dem Krieg die russische Wehrmacht auf eine nie dagewesene Höhe gebracht wurde. In seiner Anklageschrift gegen Deutschland macht der frühere Duma-abgeordnete Alexinskij hierüber folgende Angaben:

»Was die militärischen Ausgaben betrifft, denen wir uns hier besonders zuwenden wollen, so haben sich diese um 50 % seit 1907 vermehrt: an Stelle der halben Milliarde von 1907 gibt Rußland 1913 für seine Armee und Marine mehr als ½ Milliarden Rubel aus.«²⁾

²⁾ Siehe Alexinskij *La Russie et la guerre* /Paris 1915/, pag. 74.

Alexinskij gibt dann weiter eine detaillierte Übersicht über die Ausgaben Rußlands für Heer und Flotte im Jahr 1913, wobei er besonders betont, daß in diesen seit 1907 enorm gesteigerten Beträgen die französischen Milliarden für den Ausbau der strategischen Bahnen nicht enthalten sind. Die gewiß unverdächtigen Angaben Alexinskijs zeigen uns, daß eine Rüstungsbeschränkung auf der Basis des status quo ante für die machtpolitische Stellung des Zarenreichs gegenüber den Zentralmächten gewiß nicht von Nachteil wäre.

Aus allen diesen und anderen Gründen gewinnt die Anschauung der Minderheit, unter der von den Staatsmännern der Vierverbandsmächte angekündigten Vernichtung des deutschen Militarismus verberge sich lediglich die Friedensbedingung einer Rüstungsbeschränkung zu Wasser und zu Lande, eine gewisse Wahrscheinlichkeit: bedeutet doch diese so fortschrittlich scheinende Beschränkung in Wahrheit eine sehr wesentliche Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten Deutschlands.

Es braucht hier nicht untersucht zu werden, ob diese englischen Friedensbedingungen für uns irgendwie annehmbar wären. Auf alle Fälle übersieht die Minderheit, daß die englische Demokratie, auch wenn sie an ihrem ursprünglichen Kriegsziel festhält: die deutsche Exportindustrie so schwer zu schädigen, daß sie deren Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr zu fürchten hat, ihre eigenen Friedensbedingungen gar nicht bis aufs äußerste zu spannen braucht, einfach aus dem Grund, weil sie ja durch das Londoner Abkommen vom 6. September 1914, dem jüngst auch Japan und Italien beigetreten sind, hinreichend dafür gesorgt hat, daß nur ein Kollektivfrieden das große Völkerringen beenden kann. Es würde den Traditionen der englischen Kontinentalpolitik durchaus entsprechen, wenn die Friedensforderungen, die Deutschland am schwersten treffen müßten, nicht von England selbst sondern von seinen Verbündeten, wozu auch die englischen Tochterstaaten zu rechnen sind, erhoben würden. Das deutsche Kolonialreich würde zum Beispiel nicht von England selbst sondern etwa von Australien und der Südafrikanischen Union beansprucht werden.

Wie eine Pekingener Korrespondenz der Frankfurter Zeitung Ende September meldete, hat die japanische Regierung Mitte September eine besondere Kommission zur Feststellung der Friedensbedingungen eingesetzt, die Japan bei den im Verein mit den Vierverbandsmächten zu führenden Friedensverhandlungen stellen will. Nach den Mitteilungen der japanischen Presse lauten die von der japanischen Regierungskommission formulierten Friedensbedingungen wie folgt: 1. Anerkennung des chinesisch-japanischen Schantungvertrags durch Deutschland: a) Rückgabe Tsingtaus an China unter den im obigen Vertrag vereinbarten Bedingungen, b) Übertragung der Schantungbahn an Japan, c) Anerkennung der Verpflichtung Chinas kein Territorium an seinen Küsten an irgendeine ausländische Macht zu verpachten; 2. Abtretung der jetzt von Japan besetzten Südseeinseln; 3. Zahlung einer Kriegsentschädigung; 4. Rückerstattung der Kosten für den Unterhalt usw. der Gefangenen und deren Rücktransport. Wie man sieht, enthalten die japanischen Friedensbedingungen nicht nur den Verlust von Kiautschou und unserer Südseeinseln sondern auch die Konfiskation großer deutscher Kapitalanlagen in Ostasien. Dazu kommt dann noch eine Kriegsentschädigung, die wahrscheinlich nicht zu niedrig berechnet wird. Es liegt wirklich kein hinreichender Grund zu der Annahme vor, daß die übrigen Teilnehmer der

Londoner Konvention ihre Friedensbedingungen wesentlich bescheidener formulieren würden, wenn sie uns gegenüber eine strategisch ähnlich günstige Stellung wie Japan erlangen könnten. Selbst bei der gegenwärtigen Kriegslage hält Frankreich an der Rückgabe Elsaß-Lothringens immer noch fest. Dabei schwebt diese Forderung der Franzosen ganz in der Luft, weil, wie Hindenburg zutreffend sagte, die Franzosen bisher ja gar nicht imstande waren die Reichslande militärisch in ihren Besitz zu bringen. Ob und wie weit ein Austausch kleinerer Gebietsteile zum Zweck militärischer und nationaler Grenzregulierung, wie er zum Beispiel dem Verfasser der bekannten Friedensvorschläge in der Neuen Zürcher Zeitung vorschwebte, im Bereich der Möglichkeit läge, kann hier völlig außer Betracht bleiben. Hier handelt es sich nur um eine Darstellung der Kriegswünsche unserer Kriegsgegner, die sie mögen noch so überstiegen sein, von der Minderheit unserer Partei doch nicht ignoriert werden dürfen, wenn sie wirklich, nicht nur durch den Wunsch sondern auch durch die Einsicht und ihre Konsequenzen, der Sache des Friedens dienen will.

Nicht auf Äußerungen englischer Privatleute kommt es an. Ja nicht einmal das von England in eigenem Namen etwa aufgestellte Friedensprogramm ist das schlechthin Entscheidende. Sondern die Gesamtheit der Vierverbandswünsche, die insofern eine Einheit darstellen, als sie den Komplex der englischen Absichten, auf die einzelnen Teilnehmer und Hilfsvölker der Koalition verteilt, in sich enthalten. Wenn die Minderheit unserer Fraktion diesen Tatbestand in voller Schärfe erfaßt, kann sie bei ihren Illusionen nicht verharren; sie muß dann vielmehr einsehen, daß eine Kriegskreditverweigerung uns vom Ziel eines gesicherten Friedens erst recht entfernt. Nur eine bis ans Ende bewährte nationale Solidarität, die die Zukunft des deutschen Volkes fest im Auge behält, kann den furchtbaren Krieg beenden und einen Frieden bringen, der Dauer verbürgt. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands und namentlich die deutschen Gewerkschaften, denen das wirtschaftliche Gedeihen der deutschen Arbeiterklasse anvertraut ist, können daher unmöglich den Weg gehen, den die Minderheit in ihrer Selbsttauschung beschritten hat. Sie sind dabei von der Überzeugung geleitet, daß die Geschichte ihnen recht geben wird.

XX

PAUL UMBREIT · DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN IM WELTKRIEG

KEINER unserer Gegner hat vor anderthalb Jahren, als der Weltkrieg ausbrach, in dem sich Deutschland gegen einen Ring feindlicher Staaten wehren mußte, an die Möglichkeit eines so langen militärischen und wirtschaftlichen Widerstands geglaubt. In den feindlichen Staaten hoffte man binnen wenigen Wochen den Rhein und die Oder überschreiten und in Berlin einziehen zu können, und man rechnete dabei auf die angebliche Uneinigkeit des deutschen Volkes. In dieser Erwartung wurden die Feinde allerdings gründlich enttäuscht, und vielleicht hat gerade die Größe der Gefahr, der zugleich von Westen und von Osten drohende Angriff am meisten zur Einigkeit unseres Volkes beigetragen. Gleichwohl hätte selbst in den großen Tagen und Wochen, in denen die Widerstandskraft Alldeutschlands so gewaltig aufflammte, jeder nur mit

Zagen an einen Krieg von mehrjähriger Dauer zu denken vermocht. Ein solcher Weltkrieg müsse, so meinte man damals, in wenigen Monaten zu Ende geführt sein, oder er könne niemals siegreich enden. Eine so große Kriegslast könne Deutschland nicht tragen. Nach bestimmter Zeit müsse seine Volkswirtschaft zusammenbrechen und seine Ernährung ins Stocken geraten; sei es doch in diesem Krieg von der überseeischen Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr abgeschnitten und in seiner Ausfuhr gänzlich lahmgelegt.

Und nun währt dieser Krieg schon 18 Monate, und von all jenen Gefahren, von einer Erschöpfung der Volkskräfte ist nichts zu spüren. Gewiß hat der Krieg gewaltige Opfer an Menschenleben und Menschenkraft gefordert, und dem Reich sind Riesenkosten erwachsen, deren Deckung die jetzige und die kommende Generation gewaltig belasten wird. Gewiß stand es in den ersten Kriegsmonaten übel um Produktion, Handel und Arbeit, und die Absperrung vom Weltmarkt macht sich selbstverständlich in der Versorgung mit bestimmten Rohstoffen bemerkbar. Aber durch das Vertrauen auf die Unerschütterlichkeit der deutschen Wehrkraft, durch die Organisationskunst und den Opfersinn des Volkes wurden alle Schwierigkeiten überwunden. Je mehr Arbeitskräfte der Produktion entzogen wurden, desto mehr wuchsen ihr zu. Mädchen und Frauen nahmen die Arbeitsplätze der zu den Waffen einberufenen Männer ein, und Kaufleute, Kunsthandwerker und Angehörige freier Berufe traten in die Waffenfabriken. Deutschland wurde eine einzige große Waffenschmiede, die vollauf beschäftigt war den Heeresbedarf zu erzeugen. Der Lebensmittelmarkt wurde durch Ausfuhrverbote, Höchstpreise, Beschlagnahmen, Rationenfestsetzungen, Verfütterungsverbote und ähnliche einschneidende Maßnahmen staatlich geregelt, und die Not der von Kriegsschäden Betroffenen wurde durch öffentliche und private Hilfe gelindert. So haben wir uns allmählich an das Unfaßliche gewöhnt und uns dem Krieg angepaßt. Freilich ist durchaus nicht alles so organisiert wie wir es hätten wünschen müssen. Der durch die Privatwirtschaft erzeugte Eigennutz arbeitet dem Gemeinsinn entgegen und macht so einen Teil seiner Wirksamkeit illusorisch, und die Organisationskunst, die auf wirtschaftlichem und strategischem Feld so große Triumphe feiert, versagt oft auf sozialem Gebiet und in der Verwaltung, da die Gesellschaft vorläufig noch mehr auf die Förderung der Privat- als der Gemeininteressen eingestellt ist. Die ärmeren Bevölkerungsschichten, die am stärksten unter dem Krieg leiden, können alle Schwierigkeiten nur durch ein hohes Maß von Opfersinn und Geduld überwinden. Aber unter den gleichen Schwierigkeiten leiden alle an dem Kampf beteiligten Länder, ja selbst die neutralen Staaten, so daß wir trotz dem gegen uns gerichteten Wirtschaftskrieg in dieser Hinsicht nicht schlechter dastehen als die anderen. Von einer Aushungerung Deutschlands insbesondere kann überhaupt nicht mehr die Rede sein, seitdem wir den Ring der Feinde im Südosten siegreich durchbrochen haben; denn ein Gebiet, das von Skandinavien bis zum Persischen Golf reicht, schließt alle Möglichkeiten eigener Lebensmittelversorgung in sich.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich während des Weltkriegs in jeder Beziehung als wirtschaftliche und soziale Organisationen großen Stils bewährt. Zwar waren beim Kriegsausbruch die Aussichten äußerst gering sie auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu halten, und man rechnete in führen-

den Gewerkschaftskreisen weit eher mit einer Einstellung als mit einer Ausdehnung ihrer Wirksamkeit. Man traf deshalb zunächst ungesäumt alle Maßnahmen, um die Organisationen vor gänzlicher Erschöpfung zu bewahren. Man sistierte sämtliche Unterstützungen, mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, schränkte die Verwaltungs- und Druckausgaben aufs äußerste ein und hob überdies im Interesse des Burgfriedens auch alle Lohnkämpfe auf. Wären die Gewerkschaften wirklich bloß Streikvereine gewesen, wie das Unternehmertum vor dem Krieg behauptete, so hätten sie den Kriegsverlauf mit größtem Gleichmut abwarten und alle ihre Mittel für die kommenden Kämpfe aufsparen können. Sie hätten dann die denkbar günstigste Position gehabt. Aber sie sind die Wirtschafts- und Sozialorganisationen der Arbeiterklasse, und sie können ihre Hilfe nicht verweigern, wo die Arbeiterschaft ihrer bedarf. Der Krieg, der die Lage des deutschen Volkes von Grund aus umgestaltete, stellte auch ihnen gänzlich neue Aufgaben, und sie haben an deren Lösung mitgearbeitet.

Die erste dieser Aufgaben war die werktätige Hilfe für die durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeitermassen. Mehr als eine Million Arbeiter wurden in den ersten Kriegswochen brotlos; die Arbeitslosigkeit erreichte im August die 10fache Höhe des Vormonats, und es dauerte fast ein volles Jahr, ehe sie auf den normalen Stand zurückkehrte. In diesem ersten Kriegsjahr haben die Gewerkschaften trotz ihren durch die Einberufungen zum Heeresdienst verminderten Einnahmen und Mitgliedezahlen die gewaltige Summe von 21,5 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützungen aufgewendet, und wesentlich ihrer Fürsorge war es zu danken, daß weite Kreise der Arbeiterschaft die schwere volkswirtschaftliche Krisis überwinden und sich der Kriegswirtschaft anpassen konnten. Aber die Mittel der Gewerkschaften allein hätten nicht ausgereicht, um die Arbeitslosen zu erhalten. Deshalb wandten sie ihr Augenmerk weiter der Organisation der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge zu. Es gelang ihnen auch nach wiederholten Bemühungen Mittel der Gemeinden, der Versicherungsanstalten, der Bundesstaaten und schließlich auch des Reichs für die Arbeitslosen flüssig zu machen. Schwieriger war es diese öffentliche Arbeitslosenunterstützung so zu regeln, daß sie mit der gewerkschaftlichen in Verbindung gebracht werden und diese ergänzen konnte. Ebenso fehlte den Gemeindeverwaltungen oft genug jedes soziale Verständnis, so daß es der unaufhörlichen Nachhilfe der örtlichen Gewerkschaftskreise und wiederholter vergleichender Erhebungen bedurfte, um die öffentliche Fürsorge über das Allerdürftigste hinauszubringen. Jetzt rächte es sich, daß, allen dringenden Anregungen der Gewerkschaften zum Trotz, eine Arbeitslosenunterstützung vor dem Krieg stets abgelehnt worden war und so keinerlei brauchbare Grundlagen dafür existierten. Gerade die Reichsregierung, die in der Heeresorganisation so viel Voraussicht bekundete und eine so bewundernswerte Reichswehr für den Krieg schuf, hätte auch die wirtschaftlichen Kriegswirkungen vorher ins Auge fassen und für rechtzeitige Schutzmaßnahmen zugunsten der Arbeiter sorgen können. Da das nicht geschehen war, so mußte sie beim Kriegsausbruch die bis dahin bekämpften Gewerkschaften hinzuziehen.

Aber auch die öffentliche Fürsorge für die Familien der zum Kriegsdienst Einberufenen versagte zum Teil; denn die dafür angesetzten Unterstützungssätze waren seit Jahrzehnten nicht revidiert worden und entsprachen längst

nicht mehr den Bedürfnissen der Gegenwart, auch wenn der Krieg nicht, wie das ja selbstverständlich war, eine Teuerung gebracht hätte. So bedurfte es ganz erheblicher Zuschüsse der Gemeinden, um den Kriegerfamilien auch nur das dürftigste Existenzminimum zu sichern. Doch diese Gemeindehilfe entbehrte jeder gesetzlichen Regelung; die Reichsunterstützung war von dem Vorhandensein der Bedürftigkeit abhängig, und die Gemeinden, die die Unterstützungsbeträge verauslagten, ließen oft jedes soziale Verständnis für die Familien vermissen. Wieder mußten die Gewerkschaften zunächst mit eigenen Mitteln helfend eingreifen und dann fortgesetzt auf die Gemeinden einwirken, um diese zu ausreichenden Unterstützungen der Kriegerfamilien zu veranlassen. Sie mußten Staats- und Reichshilfe für unbemittelte Gemeinden erwirken und durch Erhebungen auf die rückständigen Gemeinden hinweisen. Im ersten Kriegsjahr verausgabten die Organisationen für Unterstützungen der Kriegerfamilien nicht weniger als 10,4 Millionen Mark, ein Betrag, der die Streikausgaben mancher Jahre weit überschreitet.

Mit diesen Aufwendungen ist die soziale Fürsorge der Gewerkschaften natürlich bei weitem nicht erschöpft, sie stellten vielmehr fast überall ihre gesamte Organisation in den Dienst der innern Kriegsfürsorge. Ihre Funktionäre arbeiteten in den kommunalen Verwaltungen und in den Hilfsorganisationen mit, in denen meist großer Wert auf diese Mittätigkeit organisatorisch geschulter Kräfte gelegt wurde.

So wurde dem deutschen Volk durch die Fürsorgearbeit der Gewerkschaften die Umsteuerung der Friedens- zur Kriegswirtschaft ganz wesentlich erleichtert. Aber auch bei dieser Umsteuerung selbst haben die Gewerkschaften die Hand am Hebel gehabt. Als im August und September 1914 die Arbeitslosigkeit den höchsten Stand erreichte, forderten die Gewerkschaftsleitungen die Vergebung öffentlicher Arbeiten und Aufträge zur Beschäftigung der Notleidenden, und sie gründeten mit den Unternehmerverbänden Arbeitsgemeinschaften zur Arbeitsbeschaffung. An erster Stelle sollte als Notstandsarbeit naturgemäß die Herstellung von Heeres- und Kriegshilfebedarf und die Erzeugung von Lebensmitteln betrieben werden. Allmählich kam die Organisation der Kriegswirtschaft auch in Gang, und die Einberufungen zum Heeresdienst taten ein übriges zur Entlastung des Arbeitsmarkts. Nach wie vor nahmen sich die Gewerkschaften natürlich der Arbeiterinteressen an. Wenn sie auch auf das Mittel der Arbeitseinstellung verzichteten, so boten sie doch ihren ganzen Einfluß zur Behebung vorkommender Differenzen auf, und sie erreichten nicht nur in einer Reihe von Gewerben die Einsetzung von Schlichtungskommissionen sondern setzten auch in einzelnen Fällen mit Hilfe der Kriegsverwaltung besondere Tarife für die Herstellung von Heeresbedarf durch, und in anderen Berufen gelang es ihnen für die Arbeiter Teuerungszulagen zu erwirken, die wenigstens teilweise einen Ausgleich zwischen den Löhnen und den gegenwärtigen Unterhaltskosten ermöglichten. Nachdem die schlimmste Arbeitslosigkeit überwunden war, lenkten die Gewerkschaften die Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts nach dem Krieg. Es ist kein Zweifel, daß die Umkehr zur Friedenswirtschaft nicht minder schwere Krisen und Arbeitslosigkeit bringen wird. Deshalb forderten sie rechtzeitige Maßnahmen zur Schaffung eines möglichst vollkommenen Arbeitsnachweises neben der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung. Der Reichstag schloß sich ihren Anträgen

auf Zentralisation der Arbeitsvermittlung an; die Reichsregierung kam ihnen wenigstens so weit entgegen, daß sie eine gesetzliche Meldepflicht der Arbeitsnachweise und der offenen Stellen einführte und Zentralauskunfts- und -ausgleichsstellen für Arbeitsvermittlung ins Leben rief.

Das Anwachsen der Zahl der Kriegsinvaliden, die aus den Lazaretten als geheilt entlassen, aber im Heer nicht mehr verwendungsfähig waren, schuf den Gewerkschaften eine neue Aufgabe: die Fürsorge für diese erwerbsbeschränkten Kriegsteilnehmer. Vor allem handelte es sich darum diese Männer wieder einem für sie geeigneten, geregelten Erwerb zuzuführen. Kriegsverwaltung, Gewerkschaften und Unternehmerverbände waren sich darin einig, daß diese Invaliden nach Möglichkeit in ihrem frühern Beruf, und zwar zunächst bei ihrem letzten Arbeitgeber unterzubringen und bei Verlust von Gliedmaßen so mit künstlichen Gliedern auszustatten seien, daß sie sich möglichst ihrer alten Beschäftigung wieder widmen können. Die Gewerkschaften unterstützten diese Bestrebungen vor allem durch Berufsberatung der Kriegsinvaliden, sie sind ferner bemüht diese vor wirtschaftlichen Nachteilen, besonders vor jeder unbilligen Ausbeutung ihrer Notlage zu sichern, und sie arbeiten deshalb in allen Organisationen für Kriegsinvalidenfürsorge mit.

Eine große Aufgabe erwuchs den Gewerkschaften auf dem Gebiet der Volksernährung. Schon im August 1914 forderten sie in Gemeinschaft mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei umfassende Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung, und in einer Reihe von Eingaben haben sie seitdem ihre Wünsche wiederholt, spezialisiert und eingehender begründet. Es gibt keine Verordnung auf diesem Gebiet, für die sie nicht Vorarbeit geleistet hätten. Die Regierung wußte daher sehr wohl, was sie tat, als sie im Februar 1915 die Gewerkschaftsredner zu dem Volksaufklärungskursus über Ernährungsfragen heranzog. Freilich hätte man weit früher und entschiedener organisatorisch eingreifen sollen.

Die Haltung der Gewerkschaften während des Krieges hat ihnen viel Anerkennung gebracht, selbst in Kreisen, die ihnen vorher durchaus feindlich gesinnt waren. Auch der Reichskanzler und sein Stellvertreter sowie die Kriegsverwaltung haben in der Öffentlichkeit mit ihrem Lob nicht zurückgehalten. Es versteht sich von selbst, daß diese Anerkennung das Verhalten der Gewerkschaften ebensowenig beeinflußt wie sie das Mißtrauen fanatischer Gegner beseitigt. Was die Gewerkschaften im Lauf des Krieges leisteten, das taten sie um des Vaterlands und des deutschen Volkes willen, das seine Sicherheit und die Unantastbarkeit des Landes draußen gegenüber den feindlichen Heeren zu verteidigen hat. Für sie ist die Erkenntnis maßgebend, daß Deutschland in diesem Kampf einig sein muß. Sie machen deshalb ihre Stellungnahme auch nicht von Belohnungen oder Zugeständnissen abhängig, und soweit sie soziale Forderungen erheben, geschieht dies im Interesse einer wirksamern Volksverteidigung. Freilich ist es selbstverständlich, daß sie nach dem Krieg für die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Reich, Staat und Gemeinde eintreten werden. Schon jetzt rechnet die öffentliche Meinung mit einer Umkehr der innern Politik, besonders einer veränderten Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland, und auch der Stellvertreter des Reichskanzlers hat eine politische Neuorien-

bereich der »Sozialisierung des Brotes«¹⁾ eigentlich nur noch ein ganz großer Fehler gemacht worden: die Nichtfestsetzung von Höchstpreisen auch für die verschiedenen Mehllarten, was zur Folge hatte, daß die Spannung zwischen Getreidepreis und Mehlpreis viele Monate hindurch eine beispiellose Höhe erreichte, und deshalb der in mäßiger Höhe festgesetzte Produzentenhöchstpreis mehr den großen Mühlen als den Verbrauchern zugute kam. Mehrere Mißstände geringern Grades (das allzu viele Hin- und Herfahren des Brotgetreides und des Brotmehls auf den ohnehin überlasteten Bahnen, die zu geringer Beschäftigung der durchaus leistungsfähigen, zum Teil mit billiger Wasserkraft arbeitenden kleinen und mittleren Mühlen und damit zusammenhängend die ungenügende Rücklieferung der Kleie an die viehhaltenden Landwirte) waren lediglich durch die allzu schroffe Zentralisation des Getreide- und Mehlverkehrs in der Kriegsgetreidegesellschaft bedingt. Mit ihrer dezentralisierenden Umwandlung in die Reichsgetreidestelle zu Beginn des 2. Kriegserntejahrs und mit der Verlegung des Schwerpunkts der gemeinwirtschaftlichen Verwaltung des Brotgetreidevorrats in die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände wurden diese Übelstände zum guten Teil beseitigt oder gemildert. Sehr erleichtert wurde die tiefgreifende kriegsmäßige Umorganisation unserer Brotgetreideversorgung freilich dadurch, daß Deutschland vor dem Krieg dank der außerordentlichen Steigerung seiner durch Schutzzoll und Einfuhrscheinsystem gestützten und gesicherten Roggenproduktion sich dem Ideal der Selbstgenügsamkeit in der Brotgetreideversorgung stark genähert hatte.

Weit größer war vor dem Krieg die Einfuhr an Futtermitteln, besonders an Futtergerste, Mais und Ölfrüchten, deren eiweißreiche Rückstände bekanntlich ein sehr geschätztes Krafftutter für Milchvieh darstellen. Der kriegsmäßigen Organisation der Futtermittelversorgung und damit der Fleischproduktion stellten sich daher naturgemäß viel größere Schwierigkeiten entgegen. Es sind aber gerade auf diesem Gebiet schwere Fehler gemacht worden²⁾, die das in der Natur der Sache liegende Knapper- und Teurerwerden aller Produkte der Tierhaltung, besonders des Fleisches, der Milch, der Butter, des Fetts noch wesentlich erhöhten. Anstatt die in den Speichern der Händler lagernden Krafftuttermittel gleich zu Beginn des Krieges unter Höchstpreisfestsetzung mit Beschlag zu belegen und an die Viehbesitzer gerecht zu verteilen, ließ man ihre Zurückhaltung und Verteuerung auf ein Vielfaches des Friedenspreises zu. Anstatt die Durchführung des Brotgetreideverfütterungsverbots durch Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher und Gendarm, nötigenfalls auch durch lokale Aufsichtsbeamte der Reichsgetreidestelle nach dem Vorbild der Landesversicherungsanstalten überwachen zu lassen, schlug man die Wirtschaftsführung außerordentlich erschwere und verteuere Umwege ein. Man schrieb vom grünen Tisch vor, daß alles Hinterkorn, also der Ausputz an Unkrautsamen und beschädigten Getreidekörnern, auch noch so geringe Mengen, aus allen landwirtschaftlichen Betrieben, auch den kleinsten Bauernwirtschaften, durch den Kreiskommunalverband (nach einer spätern Verordnung durch den Gemeindevorsteher) herausgezogen, abgeschätzt und aufgekauft, danach gemeinsam ge-

¹⁾ Siehe Fischer Die Sozialisierung des Brotes, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 575 ff.

²⁾ Auch Adenauer, der Erste Beigeordnete der Stadt Köln, legt in seiner Schrift Die neue Regelung unserer Nahrungsmittelwirtschaft (Berlin 1915), pag. 25 ff., zutreffend dar, daß gegenüber der Brotgetreidefrage die Futtermittel- und Viehstandspolitik vernachlässigt worden ist.

mahlen und sodann wieder an die Viehbesitzer zurückverkauft und zurücktransportiert werden soll. Man verbot den größeren Landwirten ihre Mahlvorrichtungen zum Schroten des Hinterkorns und des ihnen zur Verfütterung freigegebenen Teils ihrer Hafer- und Gerstenvorräte zu benutzen und zwang sie ihr Futtergetreide mit ihren überlasteten Gespannen meilenweit zur Mühle zu kutschieren und dann wieder abzuholen, während ihre eigene Schrotmühlen zinsenzehrend stillliegen mußten. Man nahm endlich den Landwirten ihren guten Roggen zu 10,75 Mark, ihren guten Weizen zu 12 Mark den Zentner, um ihnen dann später 300 000 Tonnen zum Teil vermunkeltes Futterschrot zum Preis von etwa 15 Mark den Zentner wieder zurückzuliefern. Kann ein derartiges, die Viehhaltung ungemein erschwerendes und verteuernendes Verfahren, das nach dem Zugeständnis des Präsidenten der Reichsgetreidestelle in den letzten Reichstagsverhandlungen eigentlich dem gesunden Menschenverstand widerspricht, noch allenfalls durch die Notwendigkeit einer scharfen Kontrolle der Einhaltung des Brotgetreideverfütterungsverbots erklärt, wenn auch nicht völlig gerechtfertigt werden, so können zwei andere grobe Fehler unserer Futtermittel- und Viehhaltungspolitik überhaupt nicht entschuldigt werden: das Verfaulenlassen großer Kartoffelmengen in städtischen Kellern im Frühjahr 1915 und die gleichzeitige Massenabschlachtung von 9 Millionen Schweinen. Mit beiden beklagenswerten Ereignissen haben sich ja die letzten Reichstagsverhandlungen über die Volksernährungsfrage ausgiebig beschäftigt. Und so sehr auch die Meinungen über andere Probleme der Massenernährung während des Krieges auseinandergingen, so waren doch die Redner aller Parteien darin einig, daß die Kartoffelpanik im vergangenen Spätwinter unbegründet, und daß die damit zusammenhängende *wissenschaftliche Schweineschlachtung* fehlerhaft gewesen ist. Wenn unabhängig von den eingehenden Erörterungen im Reichstag beide Ereignisse im folgenden nochmals, rückblickend und vorausblickend, dargestellt werden sollen, so veranlaßt mich dazu nicht nur der Umstand, daß der merkwürdigen wirtschaftspolitischen Kriegspsychose, der sie ihr Dasein verdanken, auch ein Teil unserer Parteipresse erlegen ist, sondern vor allem die Erwägung, daß es gilt künftige Fehler zu vermeiden. Zu einer in diesem Sinn fruchtbaren Kritik des Geschehenen bietet unsere Kartoffel- und Schweinehaltungspolitik seit Kriegsbeginn reichen Anlaß.

II

NIRGENDS in der Welt ist der Kartoffelbau im Verhältnis zu den übrigen Feldfrüchten umfangreicher und ertragreicher als in Deutschland. Nicht weniger als 3,4 Millionen Hektar, etwa ein Achtel der gesamten Ackerfläche, werden im Deutschen Reich mit Kartoffeln bestellt. Geerntet wurden hierauf im Durchschnitt der letzten 5 Jahre über 45 Millionen Tonnen, um ungefähr ein Drittel mehr als sogar in Rußland mit seiner um etwa ein Drittel größeren Anbaufläche, oder auf einen Hektar 150,3 Doppelzentner in 1912 und 158,6 Doppelzentner in 1913, gegenüber viel geringeren Hektarerträgen bei unseren Gegnern (England 138, Rußland 75, Frankreich 70, Italien gar nur 55 Doppelzentner).³⁾

³⁾ Siehe die Aktenstücke zur Gründung der Gesellschaft zur Förderung des Baus und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln (Berlin 1914), pag. 32. × Wir haben uns in der Partei besonders im Verlauf unserer Agitation gegen die Liebesgabe gewöhnt den Kartoffelbau als die Domäne des spiritusubrennenden Großgrundbesitzes zu bezeichnen. Aber auch im bäuerlichen Westen und Süden ist der Kartoffelbau sehr ausgedehnt. Nach Remy Der Kartoffelbau (Berlin 1909), pag. 6, erreicht er in der Pfalz und in Starkenburg, zwei klein- und mittelbäuerlichen Distrikten, sogar 48,4 und 46,3% des Getreidelands.

Weit eilten unsere Ernteerträge dem Wachstum der Bevölkerung voraus. Betrag doch die auf den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stehende Menge im Durchschnitt der Jahre 1888 bis 1892 nur 11½ Zentner, im Durchschnitt der Jahre 1903 bis 1907 schon 14½ Zentner und im Jahr 1913 gar über 16½ Zentner, zum kleinern Teil infolge der zunehmenden Anbaufläche um rund 400 000 Hektar in den letzten 25 Jahren, zum größern Teil infolge der gewaltigen Erhöhung der Hektarerträge, die im gleichen Zeitraum um nicht weniger als 65 % stiegen. Infolgedessen ist die Kartoffel geradezu die Hauptfrucht des deutschen Bodens geworden. Rechnet man die Kartoffelernte 1913 im Betrag von 541 Millionen Doppelzentnern in Getreidewert um, so erhält man 146 Millionen Doppelzentner. Demgegenüber sind in Deutschland im selben Jahr nur 122,2 Doppelzentner an Roggen, an Weizen gar nur 46,5 Millionen Doppelzentner geerntet worden. Schon aus diesen Zahlen erhellt, welche gar nicht zu überschätzende Bedeutung die Kartoffeln für unsere ernährungswirtschaftliche Kriegführung haben. In ihrer dreifachen Verwendungsart als Nahrungsmittel, als Futtermittel und als Rohstoff für ein jetzt höchwichtiges Beleuchtungsmittel und Heizmittel für Motore aller Art, den Brennspritus, sind die unscheinbaren Knollen unserer nationalen Hauptnähr- und -wehfrucht für Sieg oder Niederlage sicherlich ausschlaggebender als die gerühmten glitzernden silbernen Kugeln, mit denen uns das reiche England niederkämpfen will. Bei dieser Sachlage ist es beklagenswert genug, daß die Kartoffel im ersten Kriegserntejahr nicht im entferntesten ihrem kriegswirtschaftlichen Wert entsprechend pfleglich behandelt worden ist, so daß der Abgeordnete Dr. Wendorff in der Volksernährungsdebatte des Reichstags nicht mit Unrecht sagen konnte, in der Kartoffelfrage gäbe es kaum einen Fehler, der nicht gemacht worden wäre.

Nach der üblichen, gegenwärtig allerdings nicht mehr ganz zutreffenden Berechnungsweise wird unsere kaum vorstellbare, gewaltige Kartoffelerntemenge in folgender Weise verwendet: 4 % werden in Stärkefabriken, 6 % in Brennereien verarbeitet, 15 % werden als Saatgut und nur 18 % als Eßware verwendet, während nicht weniger als 10 % durch Fäulnis verloren gehen und der ganze große Rest in Höhe von 47 % zur Verfütterung übrigbleibt. Rechnet man mit Behrend, daß im Durchschnitt 2 Doppelzentner auf den Kopf der Bevölkerung unmittelbar dem menschlichen Konsum dienen⁴⁾, so wurden von dem Gesamternteertrag des Jahres 1914 in Höhe von 456 Millionen Doppelzentner nur etwa 130 Millionen Doppelzentner oder, wenn man den vorgeschriebenen Zwangszusatz von Kartoffeln zum Brot mit in Anschlag bringt, etwa 150 Millionen Doppelzentner, also eine im Verhältnis zum Ernteertrag mäßige Menge, zum direkten menschlichen Verzehr benötigt. Dazu kam, daß 1914 weit weniger Kartoffeln als früher verdauben, einmal weil in diesem Jahr die Kartoffeln übernormal gesund waren (nur 1,7 % Fäulnisverlust in den Mieten gegen 4,2 % im Vorjahr), und ferner weil die 440 Trocknereien, die schon zu Anfang des Krieges bestanden, einen großen Teil der in früheren Jahren verfaulenden Kartoffelmengen in unbeschränkt haltbare Dauerware umgewandelt hatten. Auch darf man nicht vergessen, daß den Brennereien das Kontingent um 40 % gekürzt wurde,

⁴⁾ Siehe Behrend Deutschlands Kartoffelerzeugung und Verbrauch /Berlin 1905/, pag. 46. Als Jahresverbrauch pro Kopf an Eßkartoffeln ermittelte Behrend in Arbeiterfamilien des Westens 333 Pfund, in Arbeiterfamilien des Ostens 472 Pfund. Professor W o h l t m a n n, der Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle, berechnet den Eßkartoffelverbrauch während der letzten Jahre im Osten auf 232 Kilo pro Kopf und Jahr, im Westen auf 162, im Mittel auf 197 Kilo.

so daß also auch im Brennereibetrieb eine ganze Anzahl Millionen Doppelpentner erspart wurde. Durch diese Maßnahmen und vor allem durch die gute Durchschnittsernte und die vorzügliche Haltbarkeit der Knollen war die Versorgung der Bevölkerung mit Eßware reichlich sichergestellt. Ein Anlaß zu Eßkartoffelsorgen im nationalen (nicht bloß lokalen) Wirtschaftsbereich war jedenfalls nicht vorhanden. Während aber in Friedensjahren eine Kartoffelfrage nur in dem Sinn bestanden hatte, wie man den meist überreichen Erntesegeu möglichst wirtschaftlich und ohne zu große Fäulnisverluste verwenden könnte, wurde nun von Unkundigen eine *Kartoffelfrage* in einem ganz entgegengesetzten, durchaus falschen Sinn künstlich konstruiert: Man unterschätzte die Vorräte ganz erheblich, hielt sie durch Verfütterung an die Schweine bedroht, zitterte um die Befriedigung des menschlichen Magens. In dieser unbegründeten Befürchtung legten sich überängstliche Haushaltungsvorstände überreichliche Kartoffelvorräte an, wodurch große Mengen der Verfütterung entzogen und durch oft unzweckmäßige Lagerung gefährdet wurden. Zu dieser fehlerhaften Handlungsweise (dem volkswirtschaftlich so schädlichen Einhamstern) vieler Privatpersonen gesellte sich, aus der gleichen unbegründeten Befürchtung heraus, ein noch schlimmerer Fehler der maßgebenden Regierungsbehörden. Um die Landwirte von der vermeintlich drohenden Verfütterung ihrer gesamten Kartoffelbestände abzuhalten und ihnen deren spätern Verkauf als Eßkartoffeln möglichst rentabel zu gestalten, ferner als Entgelt für die lästige Arbeit des Abkeimens und des Auslesens der angefaulten Knollen wurden den Produzenten zu den Höchstpreisen recht hohe Zuschlagsprämien (Reports) in Aussicht gestellt, so daß ihnen beispielsweise beim Verkauf im Juni ein Zentnerpreis von 8 Mark lockend winkte. Diese zweischneidige Maßnahme veranlaßte natürlich viele Produzenten ihre eingekellerten oder eingemieteten Kartoffeln nicht nur von der Verfütterung sondern auch vom Verkauf zu Eßzwecken wenigstens während des Winters zurückzuhalten, indem sie auf die verlockend hohen Frühjahrs- und Sommerpreise spekulierten. Die Reports trugen daher zu der Versteifung des Kartoffelmarkts bei, die im Winter je länger je mehr eintrat. In weit höherm Grad wurde diese allerdings der Winterkälte geschuldet, die die Kartoffelvorräte unzugänglich machte, und ferner der Ende Dezember und den Januar hindurch ganz ungewöhnlichen Inanspruchnahme der Bahnlinien für Militärtransporte (Beförderung zweier Armeen nach dem Osten zur Befreiung Ostpreußens in der Masurischen Winterschlacht). Die Konsumenten jedoch und ihre nicht immer berufenen Ratgeber deuteten die damalige Kartoffelknappheit ganz falsch, nicht als vorübergehende Erscheinung sondern als Dauerzustand, als durch Verfütterung stetig zunehmenden Mangel an Vorräten. Und ihre Kartoffelangst steigerte sich infolgedessen vielerorts zur Kartoffelpanik.

In dieser kritischen Situation beging die Reichsregierung einen zweiten schlimmen Fehler. Sie ließ am 15. März, also zu einem Zeitpunkt, an dem etwa drei Viertel aller noch in der Hand der Produzenten befindlichen Kartoffeln unter Erde und Stroh in den Mieten lagerten und unzugänglich waren, in Stadt und Land eine Zählung aller über 1 Zentner hinausgehenden Kartoffelvorräte vornehmen. Diese Zählung konnte auf dem platten Land nur in einer ganz rohen Schätzung, einem Erratespiel bestehen; denn im Herbst zur Zeit der Kartoffelernte, wenn die Wintersaat noch nicht be-

endet ist und die Rübenernte noch drängend bevorsteht, hat der Landmann nicht Zeit die ausgebuddelten Kartoffeln zu messen oder zu wiegen, was ja auch wegen der bei feuchtem Erntewetter oder bei bindigem Boden ihnen anhaftenden Erde nur ganz ungenaue Resultate ergeben würde. Meist werden sie ungewogen und ungemessen entweder gleich nach der Ernte oder nach einer Vortrocknung auf der Tenne in Mieten eingewintert, in denen sie sich je nach ihrer äußerlich nicht erkennbaren Beschaffenheit und nach den Witterungsverhältnissen gesund erhalten oder auch zum Teil verderben können. Es war daher kein Wunder, daß die Landwirte, die im ersten Kriegserbst bei der außerordentlichen Knappheit an Arbeitskräften zum Messen oder Wiegen und zur sorgsamten Aufzeichnung der täglichen Erntemengen noch weniger Zeit hatten als in früheren Friedensjahren, in jedem Fall aber mit der normalen Fäulnisquote rechneten, höchst ungenaue, und zwar in der Regel aus leicht begreiflichen psychologischen Gründen zu geringe Angaben machten.

Dieses Muster einer statistischen Aufnahme, wie sie nicht sein sollte, hatte zwei verhängnisvolle Folgen. Einmal trug sie dazu bei die schon seit Januar im Gang befindliche behördlich angeordnete Massenschlachtung der Schweine, der vermeintlich bevorzugten Konkurrenten des Menschen um die schmackhaften Erdäpfel, zu verstärken und zu beschleunigen. Sodann gab sie den Anlaß zu einer in großem Stil unternommenen und in großem Stil verunglückten Maßnahme des Reichs zur Versorgung der Städte mit Kartoffeln. Die Ende März begründete Reichsstelle für Kartoffelversorgung versuchte den Bedarf der Städte an Kartoffeln zu ermitteln und einzudecken. Glücklicherweise vermochte sie nur einen kleinen Teil des ihr von den Städten angegebenen Gesamtbedarfs von 13 Millionen Tonnen, nämlich knapp 10 Millionen Doppelzentner zu beschaffen. Aber selbst dieses Quantum wurde sie nicht los. Denn es zeigte sich bald, daß die Stadtverwaltungen die Kartoffelmengen, die in den Kellern der Händler und der privaten Haushaltungen lagerten, stark unterschätzt und den noch zu deckenden Bedarf um ein Vielfaches überschätzt hatten. Die Nachfrage der Konsumenten wurde, in schroffem Gegensatz zu der winterlichen Kartoffelpanik, zu Beginn des Frühjahrs schwächer und schwächer. Stadtverwaltungen und Reichsstelle blieben auf ihren großen, teuer eingekauften Vorräten sitzen. Gleichzeitig stürzte das ganze auf der falschen Voraussetzung der Kartoffelknappheit aufgebaute System der hohen Höchstpreise und Zuschlagsgebühren krachend zusammen. Unerwartet rasch eintretende Frühlingswärme zwang die Landwirte ihre Mieten zu öffnen und ihre reichen zu Saat-, Speise- und Futterzwecken nicht benötigten Vorräte, um sie vor dem Verderben zu retten, zu jedem Preis zu verkaufen. Statt die vom Staat und den staatlichen Einkaufskommissionären in Aussicht gestellten Preise von 6 bis 8 Mark pro Zentner zu erhalten mußten beispielsweise viele Landwirte und Instleute der hiesigen Gegend (Memelniederung) Ende Mai und Anfang Juni ihre überschüssigen Erdäpfel auf den überfüllten Wochenmärkten für etwa 2 Mark den Zentner losschlagen. Sie hielten sich natürlich für absichtlich genarrt und waren erbittert. In den städtischen Kellern aber verfaulten viele Hunderttausend Zentner kläglich; und nur mit Mühe und Not gelang es der Reichsstelle für Kartoffelversorgung 5 Millionen Doppelzentner größtenteils zum menschlichen Genuß nicht mehr verwendbarer Kar-

toffeln, die ihr als unverkäuflicher Überschuß verblieben waren, in Trocknereien, Stärkefabriken und Brennereien zu Flocken, Stärke und Spiritus verarbeiten zu lassen.

Leider ist die durch die Tatsachen im Frühjahr so schmerzlich ad absurdum geführte Kartoffelangst im letzten Herbst, besonders in den Städten und Industriebezirken des Westens, wieder zum Ausbruch gekommen. Die Reichsregierung reagierte darauf durch 5 oder 6 einander ablösende Beschlagnahmeverordnungen, deren rasche Aufeinanderfolge es zuwege gebracht hat, daß Produzenten und Konsumenten nur selten genau wissen, was denn eigentlich zurzeit auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung rechtens ist. Dagegen hat sie das statistische Erratespiel eingemieteter Kartoffelvorräte erfreulicherweise bisher nicht wiederholt. Der schwerste Fehler aber, die Überversorgung vieler Städte (die mit der Unterversorgung anderer durchaus vereinbar sein kann), ist auch im laufenden Jahr nicht vermieden worden. So sind nach den Aufzeichnungen des Landeseisenbahnrats in der Zeit vom 28. Oktober bis zum 7. Dezember 1915 nicht weniger als 77 000 Wagen mit 900 000 Tonnen Kartoffeln in der Hauptsache aus den östlichen Provinzen nach dem Westen gefahren. Es erhielten beispielsweise im Oktober und November 1915 im Vergleich zu den gleichen Monaten des Vorjahrs Köln 3016 gegen 1956, Düsseldorf 1856 gegen 1291, Essen 3128 gegen 2524, Mülheim (Ruhr) 3125 gegen 1990 Wagenladungen. Mit diesen allein durch die Bahn und in ganzen Wagenladungen herangeführten Kartoffelmengen könnte beispielsweise Essen, wenn man mit der Reichskartoffelstelle einen Verbrauch von 1 Pfund für den Tag und Kopf annimmt, 8 Monate, Mülheim sogar über ein Jahr auskommen. Diese Zahlen lassen die Befürchtung rege werden, daß auch im kommenden Frühjahr wiederum große Mengen der vielseitig verwendbaren Hauptfeldfrucht des deutschen Ostens, anstatt der Verfütterung zu dienen, in städtischen Kellern nutzlos verfaulen werden. Das muß aber nach den Lehren des vergangenen Jahres unter allen Umständen verhütet werden, wenn nicht unsere kriegsmäßige Ernährungswirtschaft des unvergleichlichen Rückhalts, den sie gerade in diesem Jahr der anhaltenden Vorsommerdürre und des über ganze Provinzen sich erstreckenden Mißratens der Sommerhalmfrüchte in der gutdurchschnittlichen Kartoffelernte besitzt, leichtsinnig beraubt werden soll. Es ist deshalb zu fordern, daß die zur Aussaat und zum menschlichen Verzehr für die Zeit bis zur neuen Ernte nicht benötigten Kartoffeln möglichst bald nach Öffnung der Mieten, jedenfalls noch vor Eintritt der Frühlingswärmepériode den jetzt leider wenig beschäftigten Kartoffeltrocknereien zur Verarbeitung in unbeschränkt haltbare und leicht transportable Dauerware zugeführt werden. Glücklicherweise sind zu den 440 Trocknungsanstalten, die schon bei Kriegsbeginn bestanden, bis zum Mai 1915 weitere 185 mit Hilfe des Kredits der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse neuerrichtete Trocknereien hinzugekommen, so daß insgesamt etwa 2½ Millionen Tonnen getrocknet werden können. Alle diese Anlagen müssen bis zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden, um möglichst große Mengen der leichtverderblichen Frucht zu retten. In solchen Gegenden aber, die mit der neuen zukunftsreichen, volkswirtschaftlich überaus nützlichen Industrie noch nicht genügend ausgestattet sind, beispielsweise in Ostpreußen und Süddeutschland, müssen neue Trocknungsfabriken erbaut werden.

Neben die Organisation der Kartoffelkonservierung und -verteilung, die im ersten Kriegsjahr so vieles zu wünschen übrigließ, muß die nachdrücklichste Förderung der Kartoffelproduktion treten. Auf dem alten Kulturland wird sich allerdings aus Mangel an Düngemitteln, Gespann- und Arbeitskräften und bei der Abwesenheit so vieler Betriebsleiter die in Friedensjahren gewohnte Steigerung der Anbaufläche und der Hektarerträge im Jahr 1916 nicht erzielen lassen. Das bisherige Ertragsniveau kann und muß aber auch im nächsten Jahr bei nicht zu ungünstigen Witterungsverhältnissen wieder erreicht werden. Dagegen bietet eine tatkräftige Kultivierung unserer Hochmoore, wozu uns jetzt genügend Kriegsgefangene zur Verfügung stehen, reiche Möglichkeiten im nächsten Jahr die Anbaufläche der Kartoffel beträchtlich zu vergrößern und die Gesamterträge um viele Hunderttausende, ja Millionen von Doppelzentnern zu steigern; denn die Kartoffel ist eine überaus dankbare Moorfucht. Wer wie der Verfasser dieses Aufsatzes bis zu Kriegsbeginn sich öfters an den unabsehbaren üppig gedeihenden Kartoffelfeldern erfreuen konnte, die die bayrische Moorkulturanstalt unter der verdienstvollen Leitung des leider zu früh gestorbenen Professors Dr. Baumann in Bernau am Chiemsee auf frisch kultiviertem Hochmoor angelegt hat, und jetzt beobachten kann, wie in der Nähe seines neuen Wohnsitzes die kleinbäuerlichen Familienwirtschaften in den Koloniedörfern des Großen Moosbruchs im Labiauer Kreis auf Hochmoorboden einen so ausgedehnten und ertragreichen Kartoffelbau betreiben, daß sie ungezählte Kahnladungen der besten Speiseware auf der Deime und dem Pregel nach Königsberg schaffen können und doch noch genügend Futterkartoffeln als Rückfall einer blühenden Schweinemast zurückbehalten: der wird auf das nachdrücklichste dafür eintreten, daß im beginnenden Jahr möglichst große Hochmoorflächen durch Kriegsgefangene entwässert, umgebrochen und mit Kartoffeln bepflanzt werden. Wenn dann neben dem Geist tatkräftiger Produktionsförderung noch der Brotkartengeist zweckmäßiger und gerechter Verteilung und sparsamen Verbrauchs auch die allzu lang mißhandelte und vergeudete Kartoffel erfaßt, kann die deutsche Volksernährung als gegen den Auslieferungskrieg Englands und seiner Hilfsvölker dauernd gesichert gelten.

III

MIT der Kartoffelfrage in engstem Zusammenhang steht das Problem der Schweinehaltung, die bekanntlich vor dem Krieg über 60 % alles im Reich und einen noch höhern Prozentsatz alles in Arbeiterfamilien genossenen Fleisches geliefert hat. Wir traten mit einem bisher unerreichten Schweinebestand von 25,27 Millionen Stück (nach der Zählung vom 2. Juni 1914) in den Krieg und erhöhten ihn sogar noch bis zum Dezember auf 25,33 Millionen Stück (nach der Zählung vom 1. Dezember 1914). An eine unverminderte Aufrechterhaltung dieses riesigen Bestands, so erwünscht sie auch gewesen wäre und so sehr auch die amtliche Viehstandspolitik der ersten Kriegsmomente dieses Ziel verfolgte, war nicht zu denken; denn die Einfuhr von etwa 1 Million Tonnen Mais und etwa 3 Millionen Tonnen Futtergerste, die überwiegend der Schweinemast gedient hatten, wurde durch die Hungerblockade unserer Feinde verhindert. Andererseits brauchte die Verminderung aber auch nicht allorts einzusetzen und zu weit zu gehen. Denn die Findigkeit der Landwirte (und Not macht erfinderisch) wußte mannigfachen

Ersatz zu schaffen. Wir stellten für unsere Zuchtschweine ein recht bekömmliches Brühfutter zusammen, das aus zerkleinerten Runkelrüben mit Spreu, Kaff oder gehäckseltem Kleeheu mit etwas Kleie bestand. Nur die in der Mast befindlichen Schweine erhielten minderwertige Auslesekartoffeln (die Speisekartoffeln schützte vor der Verfütterung ihr im ersten Kriegsjahr hoher Preisstand) und etwas Gerstenschrot mit Molken oder Magermilch. Daneben wurden alle möglichen Hilfsfuttermittel hinzugezogen: Eicheln und Kastanien, eingesäuerte Rübenblätter, Küchenabfälle und vieles andere. Bei solchem Grund- und Zusatzfutter hätten die nützlichen Allesfresser in den meisten Landesteilen den Winter über ohne einschneidende Verminderung hindurchgehalten werden können; im Frühjahr hätten dann Klee- und Waldweide und allerhand Grünzeug schon weitergeholfen. Die erfahrensten Landwirte und ihre sachkundigsten Berater rieten daher nur zu einer vorsichtigen Verminderung der Schweinehaltung, warnten im Verein mit der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung vor allem vor Verschleuderung der Zuchtbestände und der Ferkel und noch nicht schlachtreifen Tiere. So faßte der Ökonomierat Dr. Warmbold am 25. Februar 1915 seinen vor hervorragenden Sachverständigen gehaltenen Vortrag mahnend dahin zusammen: »Die Einschränkung der Schweinehaltung braucht aber bei Benutzung der genannten Mittel nicht annähernd in dem Verhältnis zu erfolgen, wie es dem Ausfall an ausländischen Futtermitteln entsprechen würde. Es ist in hohem Grade wünschenswert, daß die Einschränkung nicht in gleichem Maße erfolgt, weil sonst eine ganz außerordentliche Knappheit an Schweinefleisch eintreten müßte, die einen tiefen Eingriff in die gewohnte Ernährung der deutschen Bevölkerung, die sich mehr als die eines andern Landes an Schweinefleisch gewöhnt hat, zur Folge haben müßte.«⁵⁾

Wirksame Notstandsmaßnahmen wären nur für den Nordwesten Deutschlands (Hannover, Oldenburg, Westfalen, Lippe) nötig gewesen, wo die Schweinemast auf der Einfuhr russischer Futtergerste aufgebaut war und sich zum Teil vom landwirtschaftlichen Betrieb und seinen vielgestaltigen Futterquellen losgelöst hatte. Sie hätten aber auch hier nicht in staatlich geförderten Massenabschlachtungen zu bestehen brauchen. Aus diesen von der Kraftfuttermittelaussperrung am ärgsten betroffenen Landesteilen hätten vielmehr die überschüssigen Schweine nach dem Anfang Februar in der Masurischen Winterschlacht endgültig befreiten Ostpreußen, das durch die beiden Russeneinfälle 441 000 Schweine verloren hatte, oder in jene Teile Süddeutschlands geschafft werden können, in denen die Schweinehaltung aus historischen Gründen gering ist und sehr der Verstärkung bedarf. Eine solche Binnenwanderung der Schweine aus dem Nordwesten in den Süden schlug denn auch Professor H. Krämer von der Landwirtschaftlichen Akademie Hohenheim, ein erster Sachkenner in allen Tierzuchtfragen, vor:

»Zeigen wir sonst schon eine gewisse Vorliebe für Schweinefleisch, so liegt es ja auch auf der Hand, daß die Schweinehaltung am ehesten in der Lage ist sich den heutigen Verhältnissen anzupassen und die Situation zu erleichtern. Technische Maßnahmen zur Fütterung sind schon zur Genüge erörtert, und sie gipfeln vor allem in dem Rat statt Gerste oder Kartoffeln die Rüben mit etwas Kleie zur Grundfütterung zu benutzen. In Süddeutschland, wo in ausgedehnten Gebieten überhaupt zu wenig für diesen Zweig der Tierzucht geschieht, können wir jetzt um so eher eine Belebung erwarten, als große Mästereien Norddeutschlands infolge der ungünstigen Futterverhältnisse ihre Betriebe allerorts eingeschränkt haben.«⁶⁾

⁵⁾ Siehe Warmbold Die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche sich aus der Kriegslage für die deutsche Viehzucht ergeben, im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft 1915 /Berlin 1915/, pag. 25.

⁶⁾ Siehe Krämer in seinem schon am 22. Dezember 1914 abgeschlossenen Aufsatz Krieg, Landwirtschaft und Volksernährung, in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 15. Mai 1915.

Ebenso wie die große Mehrzahl der sachkundigen Landwirte beurteilten auch volkswirtschaftlich gebildete Verwaltungsbeamte das Problem der Schweinehaltung im Krieg nüchtern und ohne Nervosität. So schrieb um die gleiche Zeit der Leiter der bayrischen Landwirtschaftsverwaltung, Oberregierungsrat Edler von Braun:

»Man wird trotz der fehlenden Einfuhr russischer Futtergerste den deutschen Viehstapel mit der Inlandernte an Hafer, Hackfrüchten und Rauhfutter ernähren können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß seit einer langen Reihe von Jahren, insbesondere aber seit 1911, der Futterbedarf nicht nur dazu diente den Viehstapel zu erhalten und den für die Ernährung der Bevölkerung nötigen Zuwachs zu erzeugen, sondern darüber hinaus eine Vermehrung des Viehbestands zu erzielen, die sich seit dem Jahre 1900 bei Rindvieh in einer Steigerung von 18 940 000 Stück auf 20 944 258 Stück und bei Schweinen von 16 807 000 Stück auf 25 591 794 Stück ausdrückt. In Kriegszeiten kann aber auf eine Erhöhung des Viehstapels verzichtet werden, und es würde äußerstensfalls sogar keinem Bedenken unterliegen eine Zeitlang vom Kapital zu zehren, das heißt die Viehbestände zu verringern. Das trifft besonders bezüglich der Schweine zu, von denen, wie das auch früher in schlechten Futterjahren der Fall war, einige Millionen eingezehrt werden können, ohne daß dadurch die Fleischversorgung Deutschlands für die Zukunft gefährdet wäre.«⁷⁾

Hätten solche vernünftigen Anschauungen auch in der Folgezeit das Feld behaupten können, wäre viel Unheil verhütet worden. Abgesehen von Nordwestdeutschland, wo ein Eingreifen des Staats, der Landwirtschaftskammern oder der Genossenschaftsverbände nötig gewesen wäre, hätte man Futternot und Preisstand, nötigenfalls Höchstpreise den Schweinebestand selbsttätig regulieren lassen können. Es wäre auch dann wahrscheinlich eine Verminderung der Schweinehaltung um 2 bis 3 Millionen eingetreten, aber der Zuchtbestand und die noch nicht schlachtreifen Altersklassen hätten un schwer durchgehalten werden können. Eine Fleisch- und Fettnot in dem Umfang, wie sie seit Monaten allen Bevölkerungsklassen, besonders den Arbeitern, fühlbar ist, wäre dann sicherlich nicht eingetreten.

Zum Unglück fühlten sich nun aber zwei Berliner Gelehrte, die bisher den landwirtschaftlichen Problemen ganz ferngestanden hatten, Professor Dr. Eltzbacher, Rechtslehrer an der Berliner Handelshochschule, und Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, berufen der deutschen Volksernährung während des Krieges und speziell der deutschen Schweinehaltung ganz andere Wege zu weisen. Im Verein mit mehreren Ernährungsphysiologen und anderen Professoren veröffentlichten sie Anfang Januar 1915 eine fleißig gearbeitete Denkschrift, die bald einen verhängnisvollen Einfluß gewann.⁸⁾ Auf Grund höchst wissenschaftlich schei-

⁷⁾ Siehe von Braun Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden? /München 1915/, pag. 11. Nach weiteren eingehenden Berechnungen kam von Braun (pag. 16 ff.) sogar zu dem allerdings optimistischen Schlussergebnis: »Es kann also der Gesamtbedarf der Bevölkerung an Fleisch in der Höhe des Jahres 1913 vollständig durch die inländische Erzeugung gedeckt werden, wenn im nächsten Jahr auf eine Erhöhung des inländischen Viehstapels verzichtet wird.«

⁸⁾ Siehe Eltzbacher und andere Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan /Braunschweig 1915/, pag. 103 ff. Gegen die im selbstsichern Ton unabweisbarer Wissenschaftlichkeit vortragenden Kalorienberechnungen der Professoren hätte man schon deshalb Verdacht schöpfen sollen, weil sie mit der gleichen Schlüssigkeit offensichtlich unsinnige Behauptungen bewiesen, zum Beispiel die Behauptung, daß annähernd die Hälfte der in Deutschland gewonnenen Milch auf auswärtige Futtermittel zurückzuführen wäre (pag. 59). Aus diesem Grund hätten sie eigentlich, da diese Futtermittel nicht mehr verfügbar waren, die Abschachtung von 3 Millionen (1) unserer Milchkühe empfehlen müssen. Da es ihnen aber wohl selbst ungeheuerlich erschienen sein dürfte so viele Kühe, also die als Muttertiere, Milchpenderinnen, teilweise Arbeitiere und schließlich Fleischproduzenten vielseitig produktivsten unter allen unseren Haustieren, der Schlachtbank überliefern zu wollen, begnügten sie sich damit die Abschachtung von 1 Million Kühen, also von 10% des Bestands zu propagieren. Ein hohes Glück, daß sie wenigstens mit dieser Forderung nicht durchgedrungen sind. Andernfalls wäre die Milch- und Butternot unerträglich geworden.

nender Berechnungen unseres Defizits an Kalorien (gravitatisch tanzen die Millionen und Billionen Kalorien mit einer den Leser verblüffenden Sicherheit und Grandezza über die 200 Seiten hin) bewiesen sie, daß das Schwein, das doch überwiegend mit Stoffen ernährt werde, die auch zur menschlichen Nahrung taugten, unsern Nahrungsvorrat vermindere, weil es tückisch genug sei in seinem Fleisch und Fett nur 44,3 % der bei der Mästung aufgewendeten Kalorien für die menschliche Ernährung zurückzugewähren. Dieser »größte Nahrungskonkurrent des Menschen« habe daher sein Leben verwirkt. Und zwar müßten, wie in weiteren imponierenden Kalorienberechnungen, für den Laien in der Ernährungsphysiologie und den Nichtlandwirt unwiderleglich, erwiesen wurde, genau 9 Millionen Schweine oder nicht weniger als 35 % ihres damaligen Gesamtbestands zum Wohl des deutschen Volkes ihr Leben lassen. Diesen Bestrebungen Eltzbachers und Kuczynskis war es überaus günstig, daß um die Zeit der Veröffentlichung ihres Buches (wie oben dargelegt, aus ganz anderen Gründen als infolge der Gefräßigkeit der grunzenden Allesfresser) in vielen Städten eine sehr empfindliche Kartoffelknappheit und -teuerung auftrat, die aber von der großstädtischen öffentlichen Meinung und auch von ungenügend unterrichteten Volkswirten auf die Verfütterung der Kartoffeln an die Schweine zurückgeführt wurde. In der populären Agitation, die nach der wissenschaftlichen Begründung ihrer Voraussetzungen und Forderungen durch angesehene Professoren nun bald in großstädtischen Zeitungen und Versammlungen hohe Wellen schlug, machte natürlich das gruselige Schreckbild von den 25 Millionen unersättlicher Borstentiere, die sich, von Mais und russischer Gerste abgeschnitten, nun heißhungrig auf unsere knappen Kartoffelvorräte gestürzt hätten, tiefsten Eindruck. Um vor ihren gefräßigen Rüsseln die letzten Kartoffeln zu retten, hieß es bald nahezu einstimmig, müsse man »dem siebenten Feind des deutschen Volkes«, wie einer der Professoren das harmlose Grunztier umtaufte, zu mehr als einem Drittel den Garaus machen, selbst wenn die »Kadaver verscharrt« werden müßten. Leider gab die Reichsregierung der stürmischen Agitation rasch nach. Von ihrer frühern, allerdings in mancher Hinsicht zu weitgehenden Politik des Schutzes der Viehbestände vor Verschleuderung (Bundesratsverordnung vom 17. September 1914, auf Grund deren auch die Schlachtung trächtiger Sauen, in Bayern sogar die Schlachtung von Schweinen unter 60 Kilo verboten war, gültig bis zum 19. Dezember 1914) wandte sie sich völlig ab, um sich unvermittelt der entgegengesetzten Politik staatlich geförderter Dezimierung der Schweinebestände zuzuwenden. Durch Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar 1915 wurde allen Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Verpflichtung auferlegt Fleischvorräte in Form von Dauerware zu beschaffen und aufzubewahren; und zwar in Preußen, gemäß einer preußischen Ausführungsbestimmung vom 8. Februar, im Wert von 15 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Zum Zweck der Beschaffung so großer Mengen Fleischdauerwaren konnte den Städten und Gemeinden von den zuständigen Behörden das Enteignungsrecht verliehen werden; die Enteignung mußte aber zu Marktpreisen erfolgen, die damals in den verschiedenen Gegenden Deutschlands je nach Qualität zwischen 56 und 92 Mark für den Zentner Lebendgewicht schwankten. Eine weitere Bundesratsverordnung, vom 25. Februar 1915, schrieb für den Fall, daß die Gemeinden von ihrem Enteignungsrecht Gebrauch machten, sogenannte Enteignungsrichtpreise

vor, die von 49 bis 66 Mark für den Zentner Lebendgewicht je nach der Schwere des Tiers anstiegen. In dem Maß, wie der in Wort und Schrift geführte Feldzug zur Vernichtung der Schweine inzwischen an Heftigkeit zunahm, wuchsen die Ankäufe der Städte und großen Landgemeinden und mit ihnen, da die Richtpreisverordnung sich als wenig wirksam erwies, bei der hitzigen Nachfrage und gegenseitigen Konkurrenz so vieler Verwaltungen die Schweinepreise. Zu steigenden Preisen und in großen Massen wurden alte und junge Schweine, schlachtreife und nicht schlachtreife, Eber, Borge und Sauen, Masttiere und Zuchttiere angekauft und zu Wurst, Schinken, Speck und Kühlfleisch verarbeitet. Bald tobte durch alle Gauen des Reichs ein wahrhaft bethlehemitischer Schweinemord.

Jetzt, nachdem uns diese im Sinn der Professorendenkschrift inaugurierte Politik des blinden Eifers den von allen Sachkundigen schon damals vorausgesehenen Nackenschlag einer in dieser Höhe selbstverschuldeten Fleisch- und Fettnot versetzt hat, suchen einige ihrer ehemaligen Befürworter sich darauf hinauszureden, daß damals im Winter 1914-1915 ja auch der Reichstag in der Budgetkommission und im Plenum die Schweinemassenschlachtung gebilligt habe, und zwar einstimmig, auch unter Zustimmung der agrarischen Parteien und der von ihnen vertretenen Landwirte. Nun ist allerdings der Reichstag (obzwar er nur eine »genügende« Schweineschlachtung forderte) von Mitschuld nicht freizusprechen, und besonders die agrarischen Abgeordneten wären auf Grund ihrer speziellen Sachkenntnis verpflichtet gewesen gegen den gefährlichen Unfug schon in seinen Anfängen Front zu machen und nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die übereifrigen Professoren einen falschen Zusammenhang zwischen Schweinemast und Kartoffelknappheit konstruiert hatten. Allein die deutsche Linke und erst recht die Reichsämter hätten sich auf die Zustimmung oder richtiger den verhältnismäßig geringen Widerspruch agrarischer Abgeordneter gegen den Abschaltungsbeschluß, der vielleicht nur im Interesse des Burgfriedens bei der Abstimmung ganz fallengelassen wurde, nicht verlassen sollen. Auch auf der rechten Seite des Hauses sind die Parlamentarier nicht immer die kenntnisreichsten und einsichtsvollsten Volkswirte. Und so ist es denn gekommen, daß sich viele von ihnen durch die geräuschvolle und sich dazu mit dem Gewand strenger Wissenschaftlichkeit drapierende Agitation ins Boxhorn jagen ließen. Andere Abgeordnete der Rechten (man möchte hoffen: nicht viele) mögen auch im Großgrundbesitzerinteresse bedacht gewesen sein vor allem die Beschlagnahme der Kartoffeln abzuwenden oder möglichst hinauszuschieben und sich deshalb gesagt haben: Da nun einmal der See rast und sein Opfer fordert, wollen wir ihm doch lieber das Schwein des kleinen Mannes zur Beute geben als ihm unsere reiche hochwertige Kartoffelernte in den Rachen werfen.⁹⁾ Deshalb hätte die deutsche Linke und erst recht das Reichsamt des Innern, unter Zurateziehung sachverständiger praktischer Landwirte und unter Beachtung ihrer Meinungsäußerungen in den landwirtschaftlichen Fachzeitschriften, selbständig prüfen sollen, ob und bis zu welchem Grad staatlich geförderte Massenschweineschlachtungen unsere ernährungswirtschaftliche Kriegführung erleichtern oder erschweren. Hätten sie das getan, so wären sie zu anderen Entschlüssen gekommen.

⁹⁾ Der Abgeordnete Dr. Fischbeck berichtete in der Reichstagsverhandlung vom 14. Januar 1916, der Abgeordnete Dr. Roessicke habe damals gesagt: »Hand weg von den Kartoffeln und lieber die Schweine totschiagen!«

Denn außerhalb des Reichstags haben die Landwirte, nachdem die erste Verblüffung über die wie ein Blitz aus heiterm Himmel gefallenen Schweineenteignungs- und Abschachtungsverordnungen und die darin liegende plötzliche Kursänderung der Reichsregierung überwunden war, die Politik der mechanischen Dezimierung der Schweinebestände einmütig bekämpft. Mit aller sachlichen Schärfe nehmen jetzt, soviel ich sehe, sämtliche landwirtschaftlichen Fachblätter dagegen Stellung. Damit nicht nachträglich die Verantwortlichkeiten verwischt werden, und besonders im Interesse weiterer Klärung des fortdauernd höchst wichtigen Problems der Kartoffel- und Schweinehaltungspolitik im Krieg, scheint es mir auch jetzt noch nützlich zu sein einige markante Stimmen wenigstens aus den beiden angesehensten Fachzeitschriften an dieser Stelle zu zitieren. In der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse wandte sich der Administrator Dr. Müller-Lenhartz gegen die Grundannahme der Abschachtungstheoretiker, die angeblich vorwiegende Kartoffelfütterung an Schweine:

»Während der Dauer der mir von der Behörde übertragenen Schweineenteignung habe ich die erfreuliche Überzeugung gewonnen, daß die Schweine hauptsächlich mit Rüben, Wirtschaftsabfällen, nassen Trebern, Abfallkartoffeln, Zuckerfutturmitteln, Spreu und mancherlei Grünfutter durchgehalten wurden und sich in guter Verfassung befanden. . . Durch den gegenwärtigen Krieg ist es so recht zutage getreten, welehe große Menge von Abfallstoffen und nicht marktgängigen Produkten, die zum Teil früher nicht beachtet wurden, dem Landwirt zur Verfügung stehen, Stoffe, die eine Statistik noch nie erfaßt hat und deren Nährstoffgehalt und Kalorienwerte unberücksichtigt bleiben mußten. . . Wird nicht jede Wirtschaft durch Fachmänner auf ihren Viehstand und ihre Futtermittel geprüft, so läuft der Staat Gefahr einen Teil seines Volksvermögens unnötig zu zerstören, durch die Abschachtung solcher Schweine, die man, ohne die Ernährung des Menschen zu beeinträchtigen, hätte durchhalten müssen.«¹⁰⁾

Und am 6. März machte R. Kindler in der selben Zeitschrift, nachdem er die Forderungen der Professoren auf Mangel an hinreichenden landwirtschaftlich-praktischen Kenntnissen zurückgeführt hatte, auf gewisse von ihren Urhebern übersehene ökonomisch-soziale Folgewirkungen, zunächst auf seiten der kleinen Produzenten, aufmerksam:

»Die summarische Tötung bedeutet, wenn sie irgend zu weit geht, die Vernichtung eines guten Teils nationaler Arbeit und Errungenschaft, aber auch die Gefährdung einer in sozialer Hinsicht wichtigen Grundlage der Volksversorgung und der geographischen Volksgruppierung. Man wolle sich bei Inangriffnahme einer solchen Maßregel auch darüber klar sein, daß gute Viehbestände bis in die kleinen Parzellenwirtschaften das sehr schwer zu erreichende Ergebnis einer hohen volkswirtschaftlichen Kulturwirtschaft darstellen und daß Rückschläge umfangreicher Art . . . sich nicht durch einfache zahlenmäßige Reproduktion ausgleichen lassen. Eine Zucht hat höhere und kompliziertere Ziele als die ziffermäßige Erzeugung von Jungen. Und das Schwein des kleinen Mannes bedeutet mehr als eine Verwertungsmaschine für Küchenabfälle. Es entfallen aber in Deutschland auf 100 Hektar, gebildet durch Parzellenwirtschaften von unter 4 Morgen Größe, nicht weniger als 253,2 Schweine, während trotz der großen Züchtereien und Mästereien auf die gleichen 100 Hektar im Großbetrieb über 400 Morgen nur 19,6 Schweine entfallen.«¹¹⁾

Daß aber die ökonomisch-sozialen Folgewirkungen der Massenschlachtung

¹⁰⁾ Siehe Müller-Lenhartz Zur Schweineenteignung, in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse vom 22. Mai 1915. Auch in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse vom 20. März 1915 nimmt Dr. Müller-Lenhartz in seinem Aufsatz Für oder wider Elitzbacher? gegen dessen Vorschläge Stellung: »Wer sein Vieh erhalten kann, ohne die Lebensinteressen der Menschen zu gefährden, der soll und muß es tun, und er wird den Dank seines Vaterlands ernten.«

¹¹⁾ Siehe Kindler Welcher weiteren Klärung bedürfen die Voraussetzungen einer gewalttätigen Verminderung der Schweinebestände?, in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse vom 6. März 1915.

für die Konsumenten des Schweinefleisches, besonders die städtischen Arbeiter, ebenso unerfreuliche werden und die kommende Fleisch- und Fettnot bedeuten dürften, sagte der Güterdirektor Borchert aus Camenz in Schlesien schon am 20. Februar voraus. Nachdem er auf die bald nach Kriegsbeginn erlassenen Verbote des vorzeitigen Schlachtens von Vieh hingewiesen hatte, führte er aus:

»Es wäre sehr bedauerlich, wenn die Regierung etwa jetzt nach der entgegengesetzten Richtung eine Verfügung zum zwangsweisen Abschachten geben wollte. . . Bei den jetzigen Schweinepreisen wird bald kein für den Schlächter brauchbares Schwein mehr im Stall sein. Die Zuchttiere müssen erhalten bleiben. Ferkel und Pölke würden jetzt wenig Fleisch bringen, werden dagegen im Lauf der nächsten Monate hohe wirtschaftliche Werte darstellen an Fett, Speck, Fleisch, und zwar gerade an dem, was die ärmere Bevölkerung, an die in erster Reihe gedacht werden muß, braucht. Deshalb wäre zu wünschen, daß die Schweineankäufe seitens der öffentlichen Verbände nunmehr . . . aufhörten. . . Der Schaden eines solchen doch mehr oder weniger schematischen Vorgehens würde nicht gutzumachen sein und unsere Widerstandsfähigkeit schwächen.«¹²⁾

Aber diese und viele andere Stimmen aus landwirtschaftlichen Kreisen verhallten wirkungslos. Die Jagd auf die alle Kartoffeln vertilgenden vierbeinigen Vaterlandsfeinde nahm bei rasch ansteigenden Preisen ihren unverminderten Fortgang noch durch Monate hindurch. Selbst im äußersten, eben erst von den Russen befreiten Osten Ostpreußens suchten im Spätwinter und Frühjahr 1915 nicht wenige Händler meinen und meiner Nachbarn Höfe ab, um (außer den gleichfalls äußerst gesuchten Pferden) von den so gewinnversprechenden, nun leider allmählich knapp werdenden Borstentieren zu ergattern, was sie irgend bekommen konnten, und wollten mir es manchmal gar nicht glauben, daß bei mir Exemplare der mit einemal staatsgefährlich gewordenen Haustierspezies nicht mehr verkäuflich seien. Auch überall sonst im Reich wurden die Schweine knapper und knapper, und die privat und öffentlich geäußerten Sorgen um die Zukunft unserer Fleischversorgung häufiger und häufiger. Da endlich griffen zwei Faktoren ein, die mächtiger waren als einzelne Fachleute und selbst die gesamte Fachpresse: die mit der Landwirtschaft in Fühlung stehenden Tageszeitungen und die geordneten Berufsvertretungen der Landwirte. Vor allem in der Deutschen Tageszeitung forderte das Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses Ökonomierat Dr. Hoesch-Neukirchen, der als der wohl erfolgreichste und bekannteste Schweinegroßzüchter Deutschlands hierzu besonders berufen war, in mehreren außerordentlich sachkundigen Aufsätzen sofortige Einstellung der gemeindlichen Schweineankäufe. Und am 17. März beschloß der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats, erst noch mit fast zaghafter Einschränkung:

»Die massenhafte Abschachtung von Schweinen mit einem Gewicht von weniger als 70 Kilogramm ist unwirtschaftlich und kann zu einer schweren Schädigung der Schweinezucht führen. Solche Tiere sind zur Herstellung von Dauerware durchaus ungeeignet.«

Als das Unheil immer größer wurde, rafften sich die staatlich organisierten Berufsvertretungen der Landwirtschaft zu tatkräftigerem Handeln auf. Schon am 16. April beschloß beispielsweise der Vorstand der Landwirtschaftskammer für Brandenburg kurz, bündig und scharf:

»Da die Ernährung des Volkes auch für die Zukunft zu sichern ist, so ist dem Ver-

¹²⁾ Siehe Borchert Zur Produktionslage, in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 20. Februar 1915.

nichtungskrieg gegen die Schweine möglichst bald und sehr energisch ein Ende zu machen.¹³⁾

Dazu kam das betrübliche Ergebnis der Schweinezahlungen. Vom 1. Dezember 1914 bis zum 15. März 1915 war der Schweinebestand um 7,46 Millionen oder fast um 30 % und bis zum 15. April um fast 9 Millionen oder 35 % zurückgegangen, also um genau so viel wie die Professoren in ihrer Denkschrift verlangt hatten. Ihn noch mehr zu vermindern scheute sich die Reichsregierung denn doch, und sie hob daher endlich am 6. Mai, reichlich verspätet, die Verpflichtung der Gemeinden Fleischvorräte zu beschaffen auf. Inzwischen hatten sich Millionenwerte an Fleischdauerwaren in den städtischen Kühllhäusern, Kellern und sonstigen Vorrathshäusern aufgehäuft. Sie erwiesen sich zum großen Teil als wenig dauerhaft und mußten sehr oft, um nicht ganz zu verderben, weit unter dem Einkaufspreis losgeschlagen werden. Nicht ganz selten endeten sie als Wagenschmiere. Der letzte Akt der Tragikomödie aber ist die gegenwärtige Fleisch- und Fettnot, deren drückende Schwere und nun schon monatelang anhaltende Dauer unzweifelhaft der gewaltsam überstürzten, viel zu weit getriebenen Schweineverminderung im letzten Spätwinter und Frühjahr zu verdanken ist.

IV

REI der ganz außerordentlichen Bedeutung der Kartoffelverwendungs- und Schweinehaltungsfrage für die Industriearbeiter, die Hauptkonsumenten von Kartoffeln und Schweinefleisch, war es Aufgabe unserer Parteipresse, in erster Linie unserer Zeitschriften, diese wichtige wirtschaftliche Frage, möglichst auch unter Heranziehung sachkundiger Landwirte oder doch wenigstens auch auf Grund der landwirtschaftlichen Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsliteratur, gründlich zu erörtern. Die Sozialistischen Monatshefte sind dieser Pflicht nachgekommen, und an den ausgezeichneten Artikeln, die Genosse Kaliski diesen Fragen schon im Mai und zu Beginn des Sommers gewidmet hat,¹⁴⁾ möchte ich selbst heute, nachdem so viele Monate mit ihren Erfahrungen und Lehren hingegangen sind, kaum ein Wort geändert wissen. Das näm-

¹³⁾ Für die Verärgerung, die infolge unserer fehlerhaften Kriegskartoffel- und Schweinestandpolitik in den Kreisen der größeren wie der kleinen Landwirte um sich gegriffen hat, sind die Aufrufe bezeichnend, mit denen sich vor einigen Monaten die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern an die Landwirte wandten, um sie zur Lieferung von Kartoffeln an die Reichskartoffelstelle aufzufordern. In der von dem Vorsitzenden der Schlesischen Landwirtschaftskammer, dem Geheimen Regierungsrat von Klitzing, veröffentlichten Abwehr und Mahnung (zitiert nach der Zeitschrift für Agrarpolitik, 1915, pag. 382) heißt es beispielsweise: »Professoren erkannten mit Genugtuung im Schwein den größten Feind des Menschen. Trotz schärfster Gegenvorstellungen der Vertreter der Landwirtschaft wurden Millionen Schweine abgeschlachtet. Der infolgedessen unausbleibliche Mangel an Schweinen und Fetten führte, wie vorauszusehen, zu ungesunden Schweinepreisen; in voller Übereinstimmung mit der Landwirtschaft mußte jetzt durch Festsetzung von Höchstpreisen eine Preisregulierung vorgenommen werden. Die Kartoffelfrage wurde Ende vorigen Jahres trotz lebhaften Widerspruchs der Landwirtschaft geregelt. Die schweren hiermit gemachten Erfahrungen konnten die Reichsregierung nicht hindern auch jetzt wiederum eine *Regelung* der Kartoffelfrage vorzunehmen. . . . Man schuf eine Kartoffelfrage, welche es in Wirklichkeit nicht gibt. Die außergewöhnliche Ungunst der Witterung verzögerte und verschlechterte allerdings in Schlesien die Hackfruchternte ungemein. Von einer Rekordernte kann daher keine Rede sein, wohl aber von einer gut ausreichenden Ernte. Es liegt somit kein Anlaß vor die Konsumenten in Unrast zu beunruhigen; man scheint aber in den Städten hierzu besonders zu neigen, und bedauerlicherweise finden sich immer so sehr viele Stadtbewohner, denen die tatsächlichen Verhältnisse auf dem Lando erschreckend fremd sind, und gerade die Unkundigsten scheinen sich nicht selten berufen zu fühlen irrige Vorstellungen zu verbreiten und damit selbst in ernsten Zeiten Sorge und Groll zu verbreiten. Sie leisten nur unseren äußeren Feinden Dienste, aber nicht dem Vaterland.« Man wird Herrn von Klitzing nicht ganz unrecht geben können.

¹⁴⁾ Siehe Kaliski Forderungen nationaler Selbsterhaltung und Die Sicherung des deutschen Volkes, ferner Produktionsicherung und Konsumentenfürsorge, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 431 ff. und 751 ff., ferner 3. Band, pag. 1238 ff.

liche kann von unserm Berliner Zentralorgan und unserer Parteiwochenschrift nicht gesagt werden. Mich mit dem Vorwärts auseinanderzusetzen ist nicht notwendig. Was für den Tag und seine kurzsichtigen agitatorischen Bedürfnisse geschrieben wurde, sei mit dem Tag vergessen. An den Darlegungen unserer wissenschaftlichen Parteiwochenschrift darf ich jedoch so nicht vorbeigehen. Sie hat freilich für die sachliche Erörterung der brennenden Volksernährungs- und Teuerungsfragen wenig Raum aufgewandt.¹⁵⁾ Nur in einem einzigen, vom Genossen Wurm geschriebenen Artikel hat sie zur Kartoffel- und Fleischversorgung Stellung genommen, und zwar erst im August 1915. Zu dieser Zeit war sich die deutsche Öffentlichkeit einschließlich der Mehrzahl der Konsumenten über die Unbegründetheit der Kartoffelpanik und die Verfehltheit der Schweinemassenschlachtungs politik, deren schlimme Folgen sich bereits zu zeigen begonnen hatten, schon ziemlich klar geworden.¹⁶⁾ Hatte doch selbst ein den großstädtischen Konsumenten so nahe und den Agrariern so fern stehender Mann wie Professor Dr. Silbergleit, der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, in einer kleinen, aber trefflichen Schrift, mit einem unverkennbaren ironischen Seitenhieb auf seinen der Schweinejagd so eifrig obliegenden Kollegen vom Statistischen Amt der Stadt Schöneberg, schon Ende Mai festgestellt:

»Die Fleischpolitik hat Lorbeeren nicht errungen, und die beweglichen Kartoffelklagen und die Schweinehatz wären besser unterblieben.«¹⁷⁾

Anstatt aber hierüber stutzig zu werden und sich von den immer deutlicher sprechenden Tatsachen belehren zu lassen, schloß sich Genosse Wurm einer an Einseitigkeit die Professorendenkschrift noch weit übertrumpfenden Broschüre an, die der gleichfalls unbelehrbar gebliebene Hauptstrategie im spätwinterlichen Kartoffelrettungs- und Schweinevernichtungskrieg damals hatte erscheinen lassen.¹⁸⁾ In Anlehnung an diese Broschüre, der er nachrühmt, daß sie »sehr gute Dienste leisten« könne, schrieb er, noch im Hochsommer 1915, folgendes:

»Da 1913 eine besonders gute Ernte an Getreide und Futtermitteln gebracht, war 1914 bei Ausbruch des Krieges der Viehstand ungewöhnlich hoch, so daß der Verbrauch an Futtermitteln ebenfalls höher war als in anderen Jahren. Anstatt daß nun die überzähligen Viehbestände [!] rasch abgeschlachtet [!] und auf Dauerware verarbeitet [!] worden wären, verbot eine Bundesratsverordnung vom 11. September 1914 für 3 Monate das Schlachten von Kälbern unter 75 Kilogramm Lebendgewicht und von weiblichen Rindern bis zu 7 Jahren. . . Erst [!] am 25. Januar dieses Jahres forderte der Bundesrat die Gemeinden über 5000 Einwohner auf Schweine

¹⁵⁾ In einem, den nachstehenden Wurmchen Ausführungen entgegengesetzten Sinn wird einmal die Kartoffel- und Viehhaltungsfrage vom Genossen Cunow in einer seiner gediegenen Wirtschaftsübersichten gestreift. Cunow erkennt in der Neuen Zeit, 1914-1915, 1. Band, pag. 59 f., die Notwendigkeit der Erhaltung eines hohen Viehstands auch während des Krieges an. Für den unmöglich gewordenen Import von Kraftfuttermitteln ließe sich zum Teil »Ersatz dadurch beschaffen, daß die Kartoffel in stärkerem Maß zur Viehfütterung benutzt« würde. Er gibt also hier den gleichen Rat, den Wurm dem preußischen Landwirtschaftsminister so heftig zum Vorwurf macht.

¹⁶⁾ So hatte der Reichstagsabgeordnete Graf Westarp schon am 29. Mai 1915 als Berichterstatter aus den Verhandlungen der Budgetkommission über die Ernährungsfrage folgendermaßen berichtet: »Wieman jetzt allgemein erkennt, hat man die Gefahr, daß die Schweine die menschliche Nahrung zu sehr verringern würden, erheblich überschätzt. Man war in der Kommission jedenfalls einheitlich der Ansicht, daß mit der zwangsweisen und forcierten Abschachtung jetzt Einhalt getan werden müsse. Es wurde auf Mißstände hingewiesen, die sich aus dem übertriebenen Abschachten ergeben haben. Es sollen Vorräte bei nicht sachverständiger Behandlung in einzelnen Gemeinden verdorben sein. Vor allen Dingen besteht die Gefahr, daß unsere Fleischnahrung zu sehr eingeschränkt wird.«

¹⁷⁾ Siehe Silbergleit Die Aushungerungsgefahr? /Berlin 1915/, pag. 28.

¹⁸⁾ Siehe Kuczynski und Zuntz Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Kriege /Braunschweig 1915/.

einzuschlachten. . . Kuczynski-Zuntz berechnen, daß, wenn gleich bei Kriegsausbruch [!] diese 8¼ Millionen Schweine abgeschlachtet worden wären, 2½ bis 3 Millionen Tonnen Getreide oder 9 Millionen Kartoffeln [?] für die Bevölkerung und das unentbehrliche Vieh hätten erspart werden können. . . Allerdings fehlte es an den sonst vom Auslande eingeführten Futtermitteln (Gerste, Mais, Ölkuchen), aber es hätte eben rechtzeitig [!] der Viehbestand verringert werden müssen, um für die Menschen genügend Nahrung übrigzubehalten. . . Es hätte also rechtzeitig [!] eine Abschachtung der Schweine eintreten müssen, um eine Verminderung des Verbrauchs von Kartoffeln als Futtermittel herbeizuführen. . . Da. . . bei der Umwandlung menschlicher Nahrung in Milch, Fleisch und Fett der Tiere stets mehr als die Hälfte des Nährwerts für die eigenen Zwecke des Tierkörpers verbraucht wird, so ist die Aufzucht auf das geringste notwendige Maß einzuschränken, besonders die der Schweine [im Original gesperrt].¹⁹⁾

Diese Vorschläge Wurms bedürfen wohl kaum noch einer Widerlegung. Die von Wurm empfohlene Massenabschlachtung nicht nur der Schweine sondern der gesamten »überschüssigen Viehbestände« (wie diese feststellen?), also auch des Rindviehs, sogleich bei Beginn des Krieges hätte uns, während dann noch mehr Kartoffeln als im letzten Sommer verfault wären, die Fleisch-, Milch-, Butter- und Fettnot, die so erst im Herbst in die Erscheinung trat, schon 6 Monate früher und in noch ganz anderer, unsere Widerstandskraft gefährdender Stärke beschert. Sie wäre ein Schildbürgerstreich eines ganzen großen Volkes inmitten schlimmster Kriegsnot gewesen. Nicht minder ungeheuerlich ist Wurms Vorschlag die Aufzucht unserer Haustiere, besonders der Schweine, möglichst einzuschränken. Das hieße die gegenwärtige Knappheit und Teuerung aller tierischen Produkte zu einer dauernden gestalten und die Arbeiterbevölkerung, die doch auch an gemischte Kost gewöhnt ist, unter Gefährdung ihres Wohlbefindens, ihrer Leistungsfähigkeit, ja ihrer Gesundheit auf rein vegetabilische Kost setzen. Es ist ein wahres Glück, daß die deutschen Landwirte auf einen so sonderbaren Rat nicht gehört, sich vielmehr bemüht haben die Aufzucht, besonders auch der Schweine, nach Möglichkeit zu verstärken, um den großen Aderlaß vom vorigen Winter bald auszuheilen. Das ist ihnen binnen einer knappen Jahresfrist auch schon so weit gelungen, daß wir unter der Voraussetzung, daß nicht eine zweite ähnliche Eisenbartkur den gesunden Organismus der deutschen Landwirtschaft aufs neue erschüttert, eine baldige Milderung der gegenwärtigen Fleisch- und Fettnot erhoffen dürfen.

Jetzt, nach so bitteren Erfahrungen, dürfte es wohl der Mehrheit in unserer Partei bewußt geworden sein, welche halsbrecherischen Holzwege unser Zentralorgan und unsere Parteiwochenschrift uns damals führen wollten. Heute dürften wohl die meisten Parteigenossen dem Genossen Herman Kranold, der sich ja schon in einer kurz vor Kriegsbeginn veröffentlichten Schrift als einsichtiger Beurteiler wichtiger Volksernährungsfragen erwiesen hatte,²⁰⁾ zustimmen, wenn er in unserm Augsburgener Parteiblatt schreibt:

»Damals setzte dann die große Massenabschlachtung von Schweinen ein, die plötzlich angeordnet, plötzlich durchgeführt und plötzlich verpatzt wurde, weil wir gar nicht in der Lage waren die ungeheure Menge von Fleisch, die damals auf einen

¹⁹⁾ Siehe W u r m Die Bekämpfung der Teuerung, in der Neuen Zeit, 1914-1915, 2. Band, pag. 603 ff. Die Gerechtigkeit gebietet anzuerkennen, daß Genosse Wurm ein seinem speziellen Arbeitsgebiet entnommenes Thema, in seinem Aufsatz Die deutsche Zuckerindustrie und die Volksernährung, in der Neuen Zeit, 1914-1915, 1. Band, pag. 86 ff., vortrefflich bearbeitet hat.

²⁰⁾ Siehe K r a n o l d Massenernährung, Agrarpolitik, Kolonisation (München 1914), über diese Schrift ist in der Rundschau Wirtschaft der Sozialistischen Monatshefte, 1915, 1., Band, pag. 98 f., seinerzeit referiert worden.

Schlag gewonnen wurde, zu konservieren. Zwar waren genügende technische Verfahren bekannt, um diese Konservierung durchzuführen; das wichtigste Verfahren, das Gefrierenlassen, konnte aber nur in allzu geringem Umfange durchgeführt werden, da es an den erforderlichen Baulichkeiten dazu fehlte, und so wurden die übrigen, wesentlich weniger vollkommenen Konservierungsmethoden, in erster Linie die künstliche Räucherung, herangezogen, mit dem Ergebnis, daß schließlich, weil diese zu kurz vorgenommen und eine nur sehr wenig haltbare Ware produziert werden konnte, sehr große Mengen von Fleischdauerware verdorben sind. . . Die Fleisch- und Fettnot, vor der wir jetzt stehen, ist in der Hauptsache eine Folge dieser verfehlten Maßnahme.«²¹⁾

Kein Zweifel: Mit unseren übertriebenen Kartoffelängsten und Schweineverfolgungen haben wir uns ins eigene Fleisch geschnitten und hätten das noch böser getan, wenn die noch weiter gehenden Abschachtungsforderungen Wurms und des Vorwärts verwirklicht worden wären. Aber weshalb haben wir auf die sachkundigen Warnungen der Landwirte nicht hören wollen? Meinen wir noch immer, daß die Landwirte stets und überall, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl, nur ihre privaten Geldbeutelinteressen im Auge haben? Wollen wir denn dauernd in den brennenden Landwirtschafts- und Volksernährungsfragen Doktrinäre oder Dilettanten bleiben, selbst inmitten des Weltkriegs, wo bei der Absperrung der Einfuhren, wenn die Sache schief geht, doch zuletzt wir selbst die am schwersten Geschädigten sind? Wo unsere auf die Agrarier abgeschossenen Pfeile nur zu leicht treffsicher auf uns zurückfliegen können?

V



ÄHREND unsere gemeinwirtschaftliche Verwaltung der Brotgetreidevorräte, abgesehen von der Nichtfestsetzung von Mehlhöchstpreisen, besonders nach ihrer dezentralisierenden Umgestaltung zu Beginn des zweiten Kriegserntejahrs im großen und ganzen wohlgeordnet ist, ließ unsere kriegsmäßige Bewirtschaftung der Futtermittel und der Viehbestände, vor allem aber unsere Kriegskartoffel- und -schweinepolitik noch vieles zu wünschen übrig. In den letzten Monaten allerdings ist es, wie ich gern feststelle, auch auf diesen Gebieten besser geworden, besonders seitdem sich die Reichskartoffelstelle in ihre schwierigen Aufgaben hineingearbeitet hat und seitdem, freilich sehr verspätet, Schweinehöchstpreise vorgeschrieben sind und die Landwirte sich an die plötzliche, sehr beträchtliche Herabsetzung der übermäßig gesteigerten Schweinepreise gewöhnt haben. Züchter und Mäster nehmen jetzt, trotz allen Schwierigkeiten, einen neuen Anlauf, um die Riesenlücken in ihren Beständen, die durch die Kartoffel- und Schweineirrunge- und -wirrungen im Spätwinter und Frühfrühjahr 1915 entstanden waren, wenigstens zum größten Teil, wieder auszufüllen. Damit das aber erreicht und auf diese Weise der gegenwärtige Fleisch- und Fettmangel gemildert werden kann, müssen zwei Vorbedingungen erfüllt werden: Es muß für mehr Futter gesorgt werden, und es müssen genügend kleine und mittlere Betriebe sich mit der Schweinezucht und -mast abgeben können.

Was zunächst die Futtermehrung betrifft, so haben die Landwirte selbst alles Menschenmögliche getan. Sie haben den Anbau der Runkelrüben vermehrt, die Rübenblätter, die bisher dem Rindvieh im Spätherbst auf der Weide vorgeworfen, von ihm aber nur zum kleinern Teil aufgefressen, zum

²¹⁾ Siehe Kra nold Grundsätze zum Verständnis der Fleisch- und Fettnot und zu ihrer Bekämpfung, in der Schwäbischen Volkszeitung vom 18. und 20. Dezember 1915.

größern aber zertrampelt wurden, oft auch auf den Rübenfeldern liegen blieben und untergepflügt wurden, zusammen mit anderm Grünzeug in Gruben unter Luftabschluß für den Winterbedarf eingesäuert oder künstlich getrocknet;²²⁾ sie haben für ihre Schweine Topinambur und anderes gepflanzt und kratzen jetzt aus allen Winkeln alles irgend Verwertbare zusammen, um Hunger und Appetit der genügsamen Allesfresser zu befriedigen. Ihr redlich Teil zu einer bessern Futtermittelversorgung haben auch unsere Heere beigetragen, indem sie die Herbeischaffung erheblicher Rüben- und Kartoffelmengen aus Polen, Russisch Litauen und Kurland und später die Heranfuhr noch beträchtlicherer Mais- und Gerstemengen aus Bulgarien und Rumänien ermöglichten. Auch einige Stadtverwaltungen, leider erst recht wenige, haben die reiche Futtermittelquelle, die in den Städten in den Haushalts- und Küchenabfällen fließt, entweder ungetrocknet, wie Essen, oder in den Gasanstalten oder besonderen Trocknereien getrocknet, wie Potsdam und Charlottenburg, für die Schweinefütterung zu erschließen versucht.²³⁾ In den großen Städten lassen sich nach Berechnungen Professor Hansens (Königsberg) durch Trocknung der Küchenabfälle etwa 2 Millionen Zentner Abfallmehl, ein vorzügliches, der Kleie gleichwertiges Kraftfutter, gewinnen, das Hunderttausenden von Schweinen Leben und Wachstumsmöglichkeit gewähren würde. Der Vorschlag Dr. Keups den Städten für die Dauer des Krieges die Verwertung der Küchenabfälle zwangsweise aufzuerlegen,²⁴⁾ ist daher erwägenswert.

Neben dem Vorhandensein genügender Futtermengen ist Vorbedingung der erforderlichen Wiedervermehrung unserer infolge jener Panik dezimierten Schweinebestände eine genügende Anzahl kleinerer Landwirtschaftsbetriebe. Denn in Deutschland ruht die Schweinehaltung durchaus in den Händen der mittleren und kleinen Wirtschaftler, und zwar nicht nur der selbständigen Landwirte sondern auch, wie ich in den Sozialistischen Monatsheften des öfters dargelegt habe, der landwirtschaftlichen Arbeiter. Es ist nun eine bisher in der Öffentlichkeit nicht beachtete, recht bedenkliche Einwirkung des Krieges auf unsere Sozialverfassung, daß durch ihn die Getreidenaturalentlohnung der Instleute und Deputanten, die neben den selbstgebauten Rüben und Kartoffeln bisher die Grundlage ihrer Kuh-, Schweine- und Geflügelhaltung bildete, ins Wanken geraten ist. Denn statt des bisherigen Brotgetreidedeputats von meist monatlich 2 Scheffel Roggen erhält der ostdeutsche Instmann als Selbstversorger jetzt nur monatlich 18 Pfund auf den Kopf seiner Familienmitglieder, die er sich auf Grund der ihm vom Gemeindevorsteher eingehändigten Mehlbescheinigungen auf einer polizeilich kontrollierten Mühle mahlen lassen darf. Der Rest seines Roggendeputats muß dem Arbeiter vom Arbeitgeber in Geld abgelöst werden.

²²⁾ Wie die Entstehung und das erste Aufblühen der Zuckerindustrie auf die Kontinentalperre zurückzuführen ist, die vor 110 Jahren Napoléon gegenüber England verhängte, so wird jetzt die Seebaperrung in Deutschland dem jüngsten landwirtschaftlichen Nebengewerbe, der Trocknerei nicht bloß von Kartoffeln sondern auch von Rüben, Rübenblättern, Kartoffelkraut, sonstigem Grünzeug und städtischen Küchenabfällen zum Aufschwung verhelfen.

²³⁾ Siehe Popp Industrielle Herstellung von Kriegsfuttermitteln /Berlin 1915/, pag. 11 ff., und den Abschnitt Schweinefütterung mit Abfällen aller Art in Herter Die Bedeutung des Schweins für die Fleischversorgung /Berlin 1913/.

²⁴⁾ Siehe Keup Kann die deutsche Landwirtschaft den Aushungerungsplan Englands zunichte machen?, in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 6. Februar 1915. Sämtliche Futtermittelfragen behandelt sehr gründlich vom landwirtschaftlich-technischen wie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus Schmidt Die Futterbeschaffung für Deutschlands anwachsenden Viehstand /Berlin 1911/.

Berer Unbefangenheit gegenüber, sind nicht durch traditionelle Übung beschwert und lassen sich auch nicht durch Rücksichtnahme auf entgegenstehende Interessen den Blick für das sozial und ethisch Berechtigte einengen. So werden soziale Maßnahmen, die im normalen Verlauf der Dinge gar nicht, unvollkommen oder verspätet gekommen wären, in einer frisch zapackenden Art erledigt und damit auch Gewerkschaftsforderungen in einem gewissen Umfang erfüllt. Über einzelne Eingriffe solcher Art ist hier bereits berichtet worden.¹⁾ Im folgenden sollen als weitere Beispiele die Verfügungen mitgeteilt werden, die die Militärbehörden über die Gestaltung der Arbeitslöhne im Schneidergewerbe erlassen haben.

Bald nach Kriegsbeginn wurden von den Kriegsbekleidungsämtern große Aufträge (und zwar mit und ohne Stofflieferung) an Bekleidungsgegenständen aller Art vergeben, deren das Heer bedurfte. Wie bei allen Heereslieferungen, so drängten sich auch damals alle möglichen Spekulanten heran, um durch den Zwischenhandel mit übernommenen Aufträgen ein gewinnreiches Geschäft zu machen. Außer dem Grafen Henckel von Donnersmarck, August Thyssen (Mülheim an der Ruhr), Blumenschmidt (Erfurt), einer Berliner Großmaklerfirma, dem Berg- und Hüttenverein traten noch Warenhäuser, Bauunternehmer, Zahntechniker, eine Teppichklopfanstalt usw. als Uniformlieferanten auf und bewarben sich um Aufträge bei den Bekleidungsämtern. Allerdings hatten diese alle nicht die Absicht Schneiderwerkstätten zu errichten und die Arbeit selbst ausführen zu lassen. Mit den erlangten Aufträgen wurde vielmehr ein schwunghafter Handel getrieben. Hierbei kamen diese oft in die dritte und vierte Hand, und es war kaum noch festzustellen, wer eigentlich der erste Unternehmer gewesen war. Je höher nun die Gewinne, die diese Unter- und Zwischenhändler erzielten, desto niedriger natürlich die Arbeitslöhne. Nun war man in Friedenszeiten gar nicht daran gewöhnt, daß die Militärbehörden Beschwerden über solche Zustände von den Gewerkschaften entgegennahmen. Als deshalb in einer Schneiderversammlung, die am 2. September 1915 in Berlin stattfand, die vorhandenen Mißstände einer öffentlichen Kritik unterzogen wurden, erregte es nicht geringes Erstaunen, daß ein Offizier vom Bekleidungsamt anwesend war und sogar das Wort nahm. Der Hauptmann von Estorf (der mittlerweile zum Major befördert worden ist) erklärte nämlich, es läge nicht im Willen der Militärbehörden, daß Leute, die selber nicht arbeiteten, sich bereicherten. Das Bekleidungsamt zahle für alle Arbeiten, die in Kriegzeiten ausgeführt werden, 20 % mehr als in Friedenszeiten. Der Redner verlas dann noch die einzelnen Sätze des Tarifs, den das Bekleidungsamt den Arbeitgebern für zugeschnittene Arbeit gewährt.

In einer ganzen Reihe von Städten machte sich das Mißverhältnis zwischen den Gewinnen der Zwischenhändler und den Löhnen der Arbeiter fühlbar. Klagen über schlechte Bezahlung kamen aus Breslau, Elberfeld, Frankfurt am Main, Görlitz, Karlsruhe, Königsberg, Mainz, Stuttgart und aus anderen Orten Deutschlands. In Berlin hatte der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Magistratsrat von Schulz, 3 Tage nach der erwähnten Versammlung eine Sitzung einberufen, zu der Arbeitgeber- und Arbeitervertreter geladen waren. Ein Vertreter vom Bekleidungsamt nahm ebenfalls daran teil. Das

¹⁾ Siehe namentlich Weinschild Ein sozialpolitisches Dokument nationaler Zusammenarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 299 ff.

Ergebnis dieser ersten und der nachfolgenden Sitzungen war die Einsetzung einer Schlichtungskommission, der Magistratsrat von Schulz als Vorsitzender und je 2 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter angehören. Sie tagt wöchentlich 1- oder 2mal und hat die Aufgabe den Arbeitern und den Arbeiterinnen zu dem ihnen zu wenig gezahlten Lohn zu verhelfen. An jeder Sitzung nahm zum mindesten ein Offizier vom Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps teil. Die Arbeitgeber wurden zu folgendem verpflichtet: a) an die Arbeiter 75 % des vom Bekleidungsamt gezahlten Macherlohns ohne jeglichen Abzug zu zahlen, mit Ausnahme der Selbstkosten der (vom Amt zu beziehenden) Nähmaterialien sowie der für den Arbeitnehmer gesetzlich vorgeschriebenen Abzüge zur Kranken- und Invalidenversicherung, b) weitere Zwischenmeister nur dann zu beschäftigen, wenn diese sich dem Auftraggeber verpflichteten ihren Arbeitern den Lohn zu a) (also 75 % des vom Amt gezahlten Macherlohns ohne weitere als die beiden vorgenannten Abzüge) zu zahlen und c) die Anfertigungen nicht durch Gefängnisse und Strafanstalten ausführen zu lassen. Für die einzelnen Stücke der auszuführenden Arbeit wurde ein Tarif ausgearbeitet, ebenso ein Akkordtarif für Teilarbeiter.

Das Bekleidungsamt des 4. Armeekorps in Magdeburg, das durch die öffentliche Kritik auf verschiedene Mißstände aufmerksam gemacht worden war, schrieb an eine Konfektionsfirma in Halle (Saale):

»Das Amt erfährt durch die dortige Handwerkskammer, daß die dortigen Konfektionsfirmen als Macherlohn für Hosen 2 Mark und 2,25 Mark zahlen, während das Amt 3,50 Mark gewährt. Der Gewinn ist rechnerisch groß und in einer Zeit der Not als verwerflich und empörend zu bezeichnen. Sollte Ihre Firma sich dieser schmutzigen Handlungsweise schuldig gemacht haben, so sieht sich das Amt genötigt weitere Vergebung von Arbeiten an Sie einzustellen. Die Bestimmungen der Einlage müssen genau befolgt werden. Sollten irgendwelche Klagen nochmals nach hier gelangen, so wird Ihnen unnachsichtlich keine weitere Arbeit zugeteilt.«

In der Folge stellte dieses Bekleidungsamt bei Vergebung zugeschnittener Arbeiten folgende Bedingungen: Von den Preisen, die das Bekleidungsamt für diese Arbeiten zahlt, können bei Heimarbeitern 10 %, bei Werkstattarbeitern 15 % in Abzug gebracht werden. Die verbleibenden 90 % bei Heimarbeitern und 85 % bei Werkstattarbeitern sind unbedingt als Arbeitslohn zu zahlen. In allen den Fällen, in denen diese Löhne nicht innegehalten werden und unter genauer Beweisführung Beschwerde erhoben wird, schreitet das Amt gegen diese Unternehmer ein. Diese Bestimmungen wurden später noch erweitert und in die Verträge zwischen dem Amt und den Auftragnehmern aufgenommen.

Das Bekleidungsamt des 19. Armeekorps in Leipzig setzte vom 19. Oktober ab die an die Arbeiter zu zahlenden Löhne fest und ließ am 7. Dezember noch eine Neuregelung folgen. Am 12. Februar 1915 wurde von dem selben Amt angeordnet, daß vom 20. Februar 1915 ab der Wochenlohn jeder Näherin, die an der Herstellung von Mänteln und Hosen arbeitet, mindestens 15 Mark betragen muß. Ebenso hat das Bekleidungsamt des 12. Armeekorps in Dresden nicht nur Stücklöhne sondern auch Mindestwochenlöhne festgesetzt, mit der weitern Bestimmung, daß die Unternehmer die Lohnsätze den Arbeitern bekanntzugeben und sie in den Arbeitsräumen zum Aushang zu bringen haben. Auch war die Weitergabe von Aufträgen des Amts an andere Unternehmer nur mit Genehmigung des Amts gestattet. In

Köln bestimmte das Einigungsamt des Gewerbegerichts durch Schiedsspruch, daß Werkstattarbeitern 75 % und Heimarbeitern 80 % der Löhne zu zahlen sind, die die Bekleidungsämter gewähren. Das Bekleidungsamt des 9. Armeekorps in Altona setzte zunächst 75 % und später 80 % für Heimarbeiter, außerdem auch Stundenlöhne für Bügler, Maschinen- und Handnäherinnen fest. Es machte ferner auch die Unternehmer dafür verantwortlich, daß die Zwischenmeister und -meisterinnen diese vorgeschriebene Entlohnung auch richtig durchführten. Für den Bereich des 2. Armeekorps in Stettin kamen durch Verhandlungen analoge Bestimmungen zustande, die von dem stellvertretenden Kommandierenden General veröffentlicht wurden.

Durch kriegsministerielle Verfügung wurde am 11. November 1914 folgendes angeordnet:

»Jedes Amt, welches Arbeit in dem Geschäftsbereich eines andern bei Handwerkern oder Heimarbeitern unterbringt, hat sich deshalb mit dem Amt, das für den Anfertigungsort zuständig ist, über die zu zahlenden Macherlöhne in Verbindung zu setzen. Auswärtige Ämter haben auch die Unkosten für Übersendung der fertigen Stücke (Rollgeld am Anfertigungsort und Eisenbahnfrachtkosten) zu übernehmen.«

Durch diese Verfügung sollte erzielt werden, daß die in dem Bezirk eines Bekleidungsamts festgesetzten Löhne auch für die von den Unternehmern von Bekleidungsämtern aus anderen Bezirken übernommenen Aufträge bezahlt würden. Fast zu der selben Zeit wurde vom Kriegsministerium aus mitgeteilt, daß die Lohndrückereien sich in so erheblichem Maß gehäuft hätten, daß die Militärbehörden, um dem Unwesen zu steuern, genötigt wären mit scharfen Maßnahmen, Strafandrohungen, öffentlichen Verrufserklärungen und Entziehung der Aufträge, gegen die Arbeitgeber vorzugehen.

Trotz allen Erlassen und Verfügungen dauerten aber die Lohndrückereien an. Das lag zunächst an dem niemals sich erschöpfenden Reservoir weiblicher Arbeitskräfte, die ein wenig nähren können, und sich, um überhaupt nur Arbeit zu bekommen, zu jedem Lohn anbieten. Darunter gab es zweifellos eine Anzahl Kriegerfrauen, die bei der geringen Unterstützung, die sie erhielten, gezwungen waren zu verdienen, und die nun mit Vorliebe solche Arbeit annahmen, die sie in ihrem eigenen Heim verrichten konnten. Dazu kam weiter, daß den Bekleidungsämtern kein anderes Zwangsmittel als die Entziehung der Arbeit zur Verfügung stand, und daß dies naturgemäß praktisch nicht immer durchführbar war. Deshalb konnte lediglich die Berliner Schlichtungskommission auf die Tatsache verweisen, daß durch ihre Tätigkeit den geschädigten Arbeitern und Arbeiterinnen innerhalb eines Jahres mehr als 40 000 Mark nachgezahlt werden mußten. Dagegen hatte die Anrufung der Gewerbegerichte weniger Erfolg. Das Gewerbegericht Breslau wies eine Klage kostenpflichtig ab, weil der Kläger mit dem angebotenen Preis einverstanden gewesen war. Das Gewerbegericht Neukölln bemerkte in den Entscheidungsgründen bei der Ablehnung einer Klage, daß dem Tarif des Bekleidungsamts Gesetzeskraft nicht zukäme. Auch das Berliner Gewerbegericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Bekleidungsämter gar kein Recht hätten Vorschriften darüber zu erlassen, welche Löhne der Unternehmer seinen Arbeitern zu zahlen habe, da sie keine Behörden seien, die Gesetze erlassen könnten. Außerdem gehe der Arbeitsvertrag über den Tarifvertrag. Auch das Berliner Landgericht I, das in einer Klage als Be-

rufungsinstanz angerufen wurde, kam zur Klageabweisung; es führte in seiner Begründung aus, daß der Kläger nur dann einen Rechtsanspruch auf Entlohnung nach dem Tarif haben würde, wenn den Tarifen des Bekleidungsamts vom Generalkommando gesetzlich bindende Kraft beigelegt wäre. Dies nahm die Berliner Schlichtungskommission, deren segensreicher Tätigkeit doch auch eine gesicherte gesetzliche Grundlage fehlte, zum Anlaß mit Unterstützung der Leitung des Kriegsbekleidungsamts des Gardekörps beim Oberkommando zu beantragen, es möge durch Verfügung anordnen, daß die Tarife des Amts unabdingbar seien und unter allen Umständen eingehalten werden müßten.

Inzwischen hatte das Kriegsbekleidungsamt des Gardekörps neue Lohnsätze und Bedingungen für Schneideranfertigungen aufgestellt, und unter dem 21. Dezember 1915 wurde dann für den Bezirk Groß Berlin folgende Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken erlassen:

»1. Für alle von Bekleidungsämtern vom 1. Januar 1916 ab in Auftrag gegebenen und in Privatbetrieben obiger Orte erfolgenden Anfertigungen von Mannschaftsbekleidungsstücken (Schneider- und Mützenmacheranfertigungen, Halsbinden, Helmbezüge, Armbinden, Salzbeutel, Aufnäher der Buchstaben und Nummern bei Helmbezügen) dürfen keine Vereinbarungen getroffen werden, welche von den Lohnabreden in den vom Bekleidungsamt des Gardekörps in Berlin, Lehrter St. 57, am 15. Dezember 1915 herausgegebenen allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen abweichen. 2. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.«

Das Kriegsministerium hat außerdem durch Verfügung vom 23. Dezember 1915 angeordnet, daß der vom 1. Januar 1916 ab gültige Vertrag folgenden Zusatz erhalten soll:

»Den Arbeitern, welche die vom Auftragnehmer an das Amt gelieferten Gegenstände angefertigt haben, steht das Recht zu gegen den Auftragnehmer auf Zahlung des Unterschiedes zwischen dem tatsächlich erhaltenen und dem im Tarif festgesetzten Lohn zu klagen. Ebenso kann das Amt auf Zahlung des Unterschiedes an den Arbeiter klagen. Die Arbeiter und das Amt haben daher Klagerecht auch dann, wenn erstere nicht in einem unmittelbaren Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer stehen sondern von einem Unterlieferanten oder Zwischenmeister oder dergleichen beschäftigt werden. In jedem Fall der Unterschreitung des Lohnsatzes verpflichtet sich der Unternehmer an das Amt eine Vertragsstrafe in Höhe des Fünffachen des Unterschiedes zwischen der Gesamtsumme der gezahlten und den nach dem Tarif zuständigen Löhnen, mindestens aber in Höhe von 20 Mark, zu zahlen. Die Strafe ist auch dann zu entrichten, wenn der Unterlieferant oder Zwischenmeister den Verstoß begangen hat. Das Amt wird die Strafgeder zum Besten der durch Tarifverstöße geschädigten Arbeiter nach pflichtmäßigem Ermessen verwenden. Der Rechtsweg ist bei einem Streit über die Verwendung ausgeschlossen. Die Auftragnehmer sind verpflichtet jedem an der Auftragsführung beteiligten Arbeiter einen Abdruck des von ihnen mit dem Amt geschlossenen Lieferungsabkommens, soweit es die Lohnverhältnisse berührt, zu verabfolgen. Ebenso haften sie dafür, daß ihre Unterlieferanten oder Zwischenmeister das gleiche tun. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe von 20 Mark verwirkt, die wie vor verwendet wird.«

Das Bekleidungsamt des 9. Armeekorps hat ebenfalls eine Vertragsstrafe in Höhe des Fünffachen des Unterschiedes zwischen der Gesamtsumme der gezahlten und der nach dem Tarif zuständigen Löhne, mindestens aber in Höhe von 20 Mark, vorgesehen. Das stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps (Breslau) hat eine Anordnung erlassen, wonach Unternehmer, die Lieferungen für die Heeresverwaltung übernommen haben, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft werden können, wenn sie ihren Arbeitern die von den militärischen Beschaffungsstellen festgesetzten Löhne nicht in

voller Höhe auszahlen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. Machen sich Betriebsleiter, Aufsichtspersonen oder Vermittler, die die Lohnvereinbarungen mit den Arbeitnehmern abgeschlossen haben oder für die Zahlung der Löhne verantwortlich sind, einer solchen Handlungsweise schuldig, so trifft sie die gleiche Strafe. Die selbe Strafe trifft sowohl den Zwischenunternehmer als auch den ersten Unternehmer. Diesen vor allem dann, wenn er bei Weitergabe der Lieferung den Zwischenunternehmer nicht zur Einhaltung der vom Bekleidungsamt festgesetzten Lohnstarife verpflichtet hat.

Gewaltige Summen sind namentlich den Heimarbeiterinnen verloren gegangen, bis es zum Erlaß solcher Vorschriften kam, und auch damit wird die Übervorteilung der Arbeiterinnen auch noch nicht vollständig beseitigt sein; dazu ist die Interesselosigkeit bei ihnen viel zu groß. Das Ganze gibt aber auch einen Begriff davon, wie schwer es ist in der Heimarbeit geordnete Lohnverhältnisse zu schaffen. Jedenfalls sind die Militärbehörden den Umständen in der Entlohnung der Heimarbeiter bedeutend kräftiger auf den Leib gerückt als dies vorher von den zuständigen Stellen geschehen ist. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese größere Energie in der Bekämpfung sozialer Notstände nicht auf die militärischen Instanzen beschränkt bliebe, daß vielmehr die soziale Initiative, die durch die Kriegszeit angeregt wurde, auch in der kommenden Friedensperiode fortwirke.

XX
WALT WHITMAN · DREI GEDICHTE · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

WUNDER



I, wer macht von einem Wunder viel Aufhebens?

Was mich betrifft, ich weiß von nichts als von Wundern.

Ob ich die Straßen New Yorks durchstreife

Oder meinen Blick über die Dächer gen Himmel werfe

Oder mit nackten Füßen, strandwärts, just am Rande des Wassers

wate

Oder in Wäldern unter Bäumen stehe

Oder am Tage mit jemand plaudre, den ich liebe, oder nachts mit jemand schlafe, den ich liebe,

Oder mit den übrigen beim Mittagstische sitze

Oder Fremde anblicke, die im Straßenwagen mir gegenüber sitzen,

Oder Honigbienen beobachte, wie sie am Sommermorgen geschäftig den Stock umschwärmen,

Oder das Füttern der Tiere auf den Feldern

Oder Vögel oder das Wundervolle der Insekten in der Luft

Oder das Wundervolle des Sonnenuntergangs oder der Sterne, die so still und glänzend scheinen,

Oder die köstliche, zarte, dünne Schweifung des Neumonds im Frühling:

Dies und das übrige, eins und alles, sind Wunder für mich,

Aufs Ganze weisend, ist doch jedes ein anderes und an seinem Platz.

Für mich ist jede Stunde des Lichts und der Finsternis ein Wunder,
 Jeder Kubikzentimeter Raum ist ein Wunder,

Jeder Quadratmeter der Erdoberfläche ist mit Wundern bedeckt.
 Jeder Fuß des Erdinneren strotzt von Wundern.

Mir ist das Meer ein unaufhörliches Wunder,
 Die schwimmenden Fische, die Felsen, die Bewegung der Wellen, die Schiffe
 mit den Menschen in sich:
 Welch seltsamere Wunder gibt es?

EINE KLARE MITTERNACHT



IES ist deine Stunde, o Seele, deine freie Flucht ins Weltlose!
 Hinweg von Büchern, hinweg von der Kunst, erloschen der Tag,
 die Aufgabe getan!
 Du, in ganzer Gestalt hervorgehend, schweigend, staunenden
 Blicks, den Dingen nachsinnend, die du am tiefsten liebst:
 Der Nacht, dem Schlaf, dem Tod, den Sternen.

AUS DES ROLLENDEN OZEANS WASSER



US des rollenden Ozeans Wasser kam ein Tropfen zärtlich zu mir
 Und flüsterte: »Ich liebe dich, und bald werde ich sterben;
 Ich bin einen weiten Weg gewandert, einzig um dich zu sehen, dich
 zu berühren,
 Denn ich konnte nicht sterben, ehe ich dich ein einzig Mal geschaut,
 Und ich fürchte, ich könnte dich späterhin verlieren.«

Nun sind wir einander begegnet, wir haben uns gesehen und sind ruhigen
 Herzens;

Kehr in Frieden zurück in den Ozean, mein Lieb!

Auch ich bin ein Teil des Ozeans, mein Lieb, wir sind nicht so sehr abge-
 sondert;

Sieh den großen Kreis, den Zusammenhang aller Dinge: wie vollkommen!
 Aber was mich und dich betrifft: uns trennt das unwiderstehliche Meer;

Doch wenn es uns auch für eine Stunde als Verschiedene trägt: es kann uns
 dennoch nicht für ewig als Verschiedene tragen.

Gedulde dich — nur ein wenig! Ich kenne dich nun und grüße Luft, Land
 und Ozean

An jedem Tag bei Sonnenuntergang um deines teuren Geschickes willen,
 mein Lieb!

XX

EDMUND FISCHER · DIE FÜRSORGE FÜR DIE GEISTESKRANKEN



ÄHREND des Krieges hat das Fürsorgewesen immer weitere
 Gebiete ergriffen und eine große Ausbildung erfahren. Auch wenn
 die meisten oder gar alle der so geschaffenen Organisationen und
 Einrichtungen nach dem Friedensschluß wieder verschwinden soll-
 ten (was nicht zu erwarten ist), weil ihre Voraussetzungen nicht
 mehr vorhanden wären, würde die Fürsorge dennoch eine große Erb-
 schaft von dauerndem Wert hinterlassen: die Hunderttausende von weib-
 lichen und männlichen Hilfskräften, die in der Kriegszeit für das Fürsorge-

wesen gewonnen, ausgebildet und von einem sozialen, solidarischen Geist erfüllt worden sind. In noch höherem Maß als die staatliche und kommunale Sozialpolitik, die nicht denkbar ist ohne die Mitwirkung der modernen Arbeiterorganisationen und der in ihnen im Geist des Sozialismus erzogenen und in praktischer Arbeit geschulten Persönlichkeiten, ist die Entwicklung der selbstschöpferischen Sozialpolitik, wie man das Fürsorgewesen nennen kann, abhängig von den menschlichen Kräften, die sich zur Mitwirkung bereit finden und auch eignen. Und wen der soziale Geist (und das ist der Geist des Sozialismus) einmal erfaßt hat, den läßt er nicht mehr los: der muß fernerhin in seinem Sinn wirken. In diesem psychologischen Moment liegt ja auch zum Teil das Geheimnis der sozialistischen Bewegung, das heißt deren Wachstum, Kraft und Unüberwindlichkeit. Die in der Kriegszeit für die Fürsorgearbeit gewonnenen Kräfte werden dieser deshalb im allgemeinen auch nicht mehr verloren gehen, sofern sie nur nach dem Aufhören der speziellen Kriegsfürsorge rechtzeitig einem andern, Befriedigung bietenden Betätigungsfeld zugeführt werden.

Die Wohnungs- und Tuberkulose-, Säuglings- und Schulkinderfürsorge und alle die anderen Fürsorgeeinrichtungen, die bereits vor dem Krieg eingesetzt haben, können in der kommenden Friedenszeit eine große Entwicklung nehmen. Ein Stillstand der Sozialpolitik infolge der Finanzlage ist aus diesen Gründen nicht zu befürchten. Denn das Fürsorgewesen ist eine Weiterentwicklung der Sozialpolitik über die Grenzen hinaus, die der gesetzlichen, staatlichen und kommunalen Sozialpolitik überhaupt gesteckt sind. Die Fürsorgeeinrichtungen werden zwar auch von Staat und Gemeinden finanziell wie organisatorisch unterstützt, aber sie erschließen auch eigene Geldquellen und können das in Zukunft noch mehr als bisher tun. Sie bilden sich in freier Organisationsarbeit zu neuen Selbstverwaltungskörperschaften. Und es gibt kein Gebiet des sozialen Seins und Lebens, das nicht von dem freien Fürsorgewesen erfaßt werden könnte.

Von großer Bedeutung kann die Anregung werden, die von Nervenärzten ausgeht, und die gesundheitliche Überwachung und eventuell nervenärztliche Beratung der geistig Kranken aller Art verlangt, weitergehend als es beispielsweise in England der Fall ist. In England unterliegen die Geisteskranken, seien sie in Anstalten irgendwelcher Art oder außerhalb, in der eigenen oder in fremder Familie, der Aufsicht des Board of Commissioners in Lunacy. Diese Behörde führt über die Personalien und die Einzelheiten eines jeden Falles Listen und ist ständig über Aufenthaltsort, Pflegeverhältnisse und das Befinden der Kranken orientiert. Durch von Zeit zu Zeit stattfindende Besuche wird eine ständige Kontrolle geübt. Wer einen Geisteskranken in seiner Familie beherbergt und die Anzeigepflicht verletzt, wird schwer bestraft. Durch solche Einrichtungen wird die Gefährlichkeit und Anstaltsbedürftigkeit eines Kranken überwacht, und Verhütungsmaßregeln können rechtzeitig eingreifen. Derartige Einrichtungen können aber nur wirksam werden, wenn mindestens in jeder größeren Gemeinde eine entsprechende Fürsorgestelle errichtet wird, wie sie für die Bekämpfung der Tuberkulose, der Säuglingssterblichkeit, der Trunksucht usw. bereits bestehen. Solche Fürsorgebureaus, die unter der Leitung eines Psychiaters stehen, empfiehlt der Berliner Nervenarzt Dr. Placzek in einem kürz-

lich veröffentlichten hochinteressanten Werk auch zur Selbstmordverhütung.¹⁾ Denn daß die Selbstmordsüchtigen geistig gestört sind, unterliegt keinem Zweifel mehr. Bereits vor fast 100 Jahren hat der hervorragende Psychiater Esquirol festgestellt, daß man den Selbstmord »fast immer als ein Symptom der geistigen Krankheit ansehen muß.«²⁾ Seither haben alle Untersuchungen zu dem gleichen Ergebnis geführt. Über die versuchten und mißlungenen Selbstmorde im letzten Jahrzehnt in Bamberg stellte Reck auf Grund persönlicher Erkundigungen bei den Leichenschauärzten, nach den Krankengeschichten der städtischen Heil- und Pflegeanstalten, den Akten der Staatsanwaltschaft und des Stadtmagistrats fest, daß 57,9 % der Selbstmordkandidaten, also mehr als die Hälfte, sich als direkt geisteskrank entpuppten. Bei den restierenden Fällen nimmt Reck noch abnorme Geistesverfassung als häufig an; denn nur »ein psychisch Abnormer kann auf oft verhältnismäßig geringfügige äußere Einflüsse und Vorkommnisse mit Selbstmord reagieren.«³⁾ Bei einer sachverständigen Überwachung der Selbstmordsüchtigen, einer Selbstmordprophylaxe, wie sie die Fürsorgestellten betreiben sollen, könnten aber die meisten Selbstmorde verhindert werden. Denn die geistige Störung, die zum Selbstmord führt, ist in den meisten Fällen vorübergehender Art. Da sich im Jahr 1913 im Deutschen Reich insgesamt 15 564 Personen das Leben genommen haben, 11 596 männliche und 3968 weibliche, darunter viele im jugendlichen Alter, würden durch diese Selbstmörderfürsorge viele Menschenleben gerettet und viel Unglück und Elend verhindert werden. Aber die geistige Erkrankung führt doch nicht nur zur Selbstmordneigung. Es ist zwar nicht unbestritten, ist aber dennoch wahrscheinlich und geht aus allen entsprechenden Gerichtsverhandlungen immer wieder von neuem hervor, daß die schweren Verbrechen, wie Mord, Totschlag, Raub, Sittlichkeitsverbrechen, zahlreiche Diebstähle usw., von geistig defekten Individuen ausgeführt werden. Und die Erkenntnis dringt immer mehr durch, daß auch der Alkoholismus und der völlige soziale Verfall, wie er zum Beispiel beim Landstreichertum und in der Prostitution zutage tritt, zu den Erscheinungen der Geisteskrankheiten gehören. Die Geisteskrankenfürsorge, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist also auch ein Mittel zur Überwindung des Verbrechens, des Alkoholismus und gewisser Elenderscheinungen.

Die beste Fürsorge für die Geisteskranken ist allerdings die Unterbringung in einer Anstalt. Die neuesten Irrenanstalten sind auch von allen modernen Heil- und Versorgungsanstalten vielleicht nicht nur äußerlich die schönsten sondern auch im Innern am besten eingerichtet. Allgemein wird auch darauf hingearbeitet die Geisteskranken restlos in Anstalten unterzubringen. Während im Jahr 1877 in 93 öffentlichen Irrenanstalten nur 33 202 Kranke untergebracht waren, in 114 privaten Kliniken 7173, wurden im Jahr 1901 in 164 öffentlichen Anstalten 98 954 Geisteskranke verpflegt, in 168 privaten Kliniken 21 918. Der Zugang an Kranken betrug in den 425 bis 515 Anstalten für Geisteskranke, Epileptiker, Idioten, Schwachsinnige und Nervenkranken in den Jahren 1902 bis 1904 nur 176 978, in den Jahren 1908 bis 1910 aber 254 433. Allein in den preußischen Anstalten sind zurzeit ständig rund 100 000 Kranke untergebracht. Aber der restlosen Unter-

¹⁾ Siehe Placzek Selbstmordverdacht und Selbstmordverhütung /Leipzig 1915/, pag. 262 ff.

²⁾ Siehe Placzek, loc. cit., pag. 2.

³⁾ Siehe Placzek, loc. cit., pag. 101 f.

bringung aller geistig Kranken in Anstalten stehen nicht nur unüberwindbare Schwierigkeiten im Weg, sie ist auch nicht empfehlenswert. Das Gebiet der Geisteskrankheiten reicht von der Ohnmacht bis zur völligen Verblödung und hat innerhalb dieser äußersten Grenzen so zahlreiche und mannigfaltige Arten aufzuweisen, daß es in nicht seltenen Fällen selbst dem erfahrensten Psychiater schwer fällt die Krankheit festzustellen oder zu charakterisieren. Der Geisteskranke wird als solcher in der Regel von seiner Umgebung auch erst sehr spät erkannt, vielfach erst, nachdem er ein Unheil angerichtet hat. Niemand kann es aber auch einfallen zu verlangen, daß etwa alle Neurastheniker, Epileptiker, Hysterischen in Anstalten interniert werden sollen. Solange nicht der Staat ganz allgemein die Kosten für die Versorgung der Geisteskranken übernimmt, wird es stets mit großen Schwierigkeiten verbunden sein selbst die offensichtlich für die Allgemeinheit gefährlichen Kranken rechtzeitig in einer Anstalt unterzubringen, weil sich die Familien und auch die Gemeinden der hohen Kosten wegen dagegen sträuben. Von kleinen Dörfern in Bayern wird berichtet, daß sie fast ihre gesamten Steuereinnahmen für die Verpflegung von Geisteskranken aus der Gemeinde aufwenden müssen. Aber auch nach der Verstaatlichung der Geisteskrankenversorgung, die sich immer dringender notwendig macht, bleiben Hunderttausende von Personen jeden Alters übrig, die zwar geistig krank, geistig schwach oder geistig gefährdet sind, deren Krankheit aber keine unmittelbare Gefahr für sie selbst noch für ihre Umgebung bildet, sie an der Arbeit und einem geordneten Leben augenblicklich auch nicht hindert, so daß eine gewaltsame Internierung nicht angängig ist, deren Zustand jedoch jederzeit eine gefährliche Entwicklung nehmen kann. Für diese geistig Kranken und geistig Defekten eine freie Fürsorgeeinrichtung zu schaffen, die sich die nervenärztliche Beratung und die Überwachung, aber auch wenn nötig die rechtzeitige Unterbringung in einer Anstalt und schließlich (und zwar nicht zuletzt) die allgemeine Aufklärung über die Ursachen und somit auch die Verhütung der Geisteskrankheiten zur Aufgabe stellt, darf zu den notwendigsten und bedeutungsvollsten Aufgaben gezählt werden, die nach dem Krieg an die Gesellschaft herantreten.

Die Fürsorgestellen für geistig Kranke müßten auf der Grundlage errichtet werden, auf der sich die Tuberkulosefürsorgestellen aufgebaut haben. Staat, Gemeinden, Krankenkassen, Invalidenversicherung, private Organisationen und Personen könnten zusammenwirken und für die Kosten aufkommen. Die Leitung müßte selbstverständlich einem Nervenarzt übertragen werden. Dr. Placzek verlangt, daß das Bureau gleichzeitig eine Art Auskunftsstelle für alle eugenischen Fragen darstelle, und er ist überzeugt, daß, sofern nur eine solche Zentralstelle existiere, zahlreiche Anfragen vor Eheschließungen erfolgen dürften. Ob die Auskünfte stets befolgt werden würden, das ist eine andere Frage. Jedenfalls aber ist die Möglichkeit einer Einwirkung gegeben, und ein derzeitiges praktisches Arbeiten auf eugenischem Gebiet kann nicht nutzlos sein. Nach den Untersuchungen in den preußischen Irrenanstalten im Jahr 1911 beruhten die wichtigsten Geisteskrankheiten bei den Männern in 26,80 %, bei den Frauen in 25,30 % auf Erblichkeit. Idiotie und Kretinismus waren sogar in 34,88 respektive 30,56 % der Fälle ererbt, Epilepsie in 31,80 respektive 22,77 %.¹⁾ Zweckmäßig wäre es auch

¹⁾ Siehe M o e l i Die Fürsorge für Geisteskranke und geistig Abnorme (Halle 1915), pag. 6.

richtet wird, ist nie von den leidenschaftlichen Kämpfen begleitet, mit denen eine gleiche Forderung des Staats verbunden zu sein pflegt. Über viele Steuerfragen könnte ohne Zweifel viel ruhiger und sachlicher verhandelt werden, wenn man dabei an die Wirkungen der Preisbestimmungen unserer zahlreichen Kartelle dächte. Eigentlich sollte man doch annehmen, daß die Verbraucher eher geneigt wären Abgaben in Form von Preiserhöhungen für öffentliche Zwecke an den Staat als an Syndikatskassen auf sich zu nehmen.

Ein Vergleich, der noch krasser ist: Die Ankündigung einer Steuer auf maschinengefertigte Schuhe würde wahrscheinlich jene Empörung hervorrufen, die die Öffentlichkeit bei solchen Steuerprojekten aufzuwenden pflegt. Und doch besteht diese Abgabe für einen sehr beträchtlichen Teil der deutschen Schuhfabrikation: Nur wird sie nicht an eine öffentliche Kasse sondern an einen amerikanischen Schuhmaschinentrust abgeführt. Der Schuhmaschinentrust, der sich eine ziemlich kräftige Monopolstellung zu erringen verstanden hat, verkauft seine Maschinen nicht sondern verpachtet sie nur, und zwar zu recht schweren Bedingungen. Als Teil des Pachtpreises muß eine Abgabe auf jedes Paar der auf den Maschinen des Trusts hergestellten Schuhe gezahlt werden, und es wird peinlich darauf geachtet, daß in Fabriken, die mit seinen Maschinen arbeiten, keine Maschinen anderer Herkunft aufgestellt werden. Würde der Staat einen derartigen Tribut fordern, so ließe sich doch der Anspruch damit begründen, daß durch die staatliche Tätigkeit die Voraussetzungen für eine ruhige und gewinnbringende Produktion geschaffen werden, während die Zinsforderung privatkapitalistischer Monopolinhaber eine willkürliche Forderung von Mehrgewinn darstellt, mit der die Verbraucher sich nichtdestoweniger ruhig abfinden.

X X
 Zahlungsmittel Da alle Aushungerungs- und Absperrungspläne den englischen Wünschen und Prophezeiungen zum Trotz an der Wirtschaftskraft Deutschlands scheiterten, bemühen sich unsere Feinde um so mehr den Rückgang des Marktkurses als Beweis einer zunehmenden finanziellen Erschöpfung des Reichs auszugeben. Infolge der Behinderung der deutschen Ausfuhr ist bei dem Umfang der Einfuhr, der immerhin noch möglich und erforderlich ist, eine ungünstige

Gestaltung der Kurse für Devisen (ausländische Wechsel) unausbleiblich. Aber diese Entwicklung, die durch den Fortfall der gewinnbringenden Schifffahrt und den Umstand, daß unsere Auslandsforderungen und Guthaben zu einem erheblichen Teil gegenwärtig nicht einziehbar sind, weiter verschärft wird, hat mit dem Staatskredit Deutschlands und unserer finanziellen Stärke nichts zu tun. Soll zum Beispiel die Bezahlung für Warenbezüge aus Holland erfolgen, so kann man entweder holländische Wechsel in Deutschland kaufen oder deutsche Wechsel in Holland verkaufen. Statt der Wechsel werden meistens Anweisungen auf Bankguthaben gehandelt. Ist der Bezug aus Holland durch Deutschland stärker als umgekehrt, so wird der holländische Wechselkurs steigen oder, was das selbe ist, der Markkurs im Ausland sinken. Die Bewegung der Devisenkurse ist aber insofern nicht nur als das automatische Ergebnis des durch den Krieg aus dem Gleichgewicht gebrachten Zahlungsausgleichs anzusehen als sie durch Spekulationseingriffe des Inlands und des Auslands recht bedenklich beeinflußt worden ist. Kann und muß eine Besserung der Zahlungsbilanz durch Förderung der Ausfuhr von Waren, durch Verkauf ausländischer Wertpapiere, ferner durch möglichste Einschränkung der Einfuhr, vor allem von Luxusartikeln, herbeigeführt werden, so hat sich außerdem die Notwendigkeit ergeben die schon erwähnten Einflüsse der Spekulation auf die Devisenkurse so weit wie möglich auszuschalten. Diesem Zweck dient eine Verordnung des Bundesrats über die staatliche Regelung des Devisenhandels. Danach dürfen ausländische Geldsorten und Noten sowie Auszahlungen, Schecks und kurzfristige Wechsel auf das Ausland im Betrieb eines Handelsgewerbes nur bei den vom Reichskanzler bestimmten Personen und Firmen gekauft, umgetauscht oder darlehnsweise erworben und nur an sie verkauft, verpfändet oder darlehnsweise veräußert werden. Über Guthaben im Ausland darf im Betrieb eines Handelsgewerbes zum Zweck des Erwerbs von Geldsorten, Noten, Guthaben, Auszahlungen, Schecks und kurzfristigen Wechseln in anderer Währung nur verfügt werden, sofern der Erwerb bei einer der bezeichneten Personen und Firmen erfolgt. Das gesamte deutsche Devisengeschäft wird der Aufsicht der Reichsbank unterstellt. Dazu war es erforderlich den Devisenhandel einer kleinen Anzahl von großen, angesehenen

Banken in Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg zu übertragen, während die übrigen Bankgeschäfte nur eine vermittelnde Tätigkeit ausüben können. Die privatwirtschaftliche Ausnutzung dieses Devisenhandelsmonopols wird durch eine Reihe wirksamer Bestimmungen eingedämmt. Es dürfen weder nach dem Inland noch nach dem Ausland Devisen angeboten werden. Die Befriedigung der Nachfrage des Auslands nach Devisen soll möglichst auf solche Fälle beschränkt werden, wo durch das Geschäft neue Auslandsguthaben entstehen, die dann der deutschen Wareneinfuhr nutzbar gemacht werden können. Devisen dürfen ohne Zustimmung der Reichsbank nur abgegeben werden, wenn sie zur Bezahlung eingeführter oder binnen einer gewissen Frist einzuführender, für den Inlandsbedarf unumgänglich nötiger Waren dienen. Der Reichsbank soll es vorbehalten bleiben bestimmte Waren zu bezeichnen, für deren Bezahlung Devisen nicht abgegeben werden dürfen.

✕
Viehhandel Um den Preistreibereien entgegenzuwirken, tritt in Preußen mit dem 15. Februar eine Organisation des Viehhandels in Kraft. Es hat sich gezeigt, daß man durch Festsetzung von Höchstpreisen das Ziel nicht erreichen konnte, das man sich gesteckt hatte. Die Regelung muß tiefer einsetzen. Sie erfolgt durch einen Zwangszusammenschluß der Viehhändler und der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Für jede Provinz wird ein besonderes Syndikat gebildet. Dem Verband gehören alle Viehhändler an, die in dem Verbandsbezirk ihre gewerbliche Niederlassung haben, ferner die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die im Verbandsbezirk den Handel oder Kommissionshandel mit Vieh betreiben. Auf Antrag können als Verbandsmitglieder Fleischer aufgenommen werden, die im Verbandsbezirk von Landwirten oder Mästern Vieh kaufen wollen, sodann Viehhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften, die, ohne in Verbandsbezirken eine gewerbliche Niederlassung oder einen Sitz zu haben, im Verbandsbezirk Vieh kaufen oder Kommissionshandel mit Vieh betreiben wollen. Der Ankauf von Vieh vom Landwirt oder Mäster, der Abkauf von Vieh zum Weiterverkauf, sowie der Kommissionshandel mit Vieh ist in den Verbandsbezirken außer dem Verband selbst nur den Mitgliedern gestattet, die von dem Verband eine Ausweiskarte erhalten haben. Durch diese Organisation

läßt sich nicht nur eine Preisregulierung, sondern auch eine Regelung der Versorgung bewirken. Auf Eisenbahnen, Kleinbahnen und Wasserstraßen werden Rinder, Schafe und Schweine zur Beförderung nur angenommen, wenn der Versender Mitglied des für die Versandstelle gebildeten Verbands ist, oder eine entsprechende Bescheinigung des Verbands vorliegt. Unter besonderen Umständen kann die Versendungs Erlaubnis von der Ortspolizeibehörde oder einer höhern Verwaltungsbehörde erteilt werden. Verstöße gegen die Vorschriften zur Regelung des Viehhandels werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark geahndet.

Daß diese Bestimmungen vorläufig nur für Preußen Geltung erhalten, dürfte vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß die Verhandlungen zur gleichzeitigen Einführung im ganzen Reich viel Zeit in Anspruch genommen und eine Verzögerung der Inangriffnahme der Organisation bedeutet hätten. Hoffentlich läßt die Ausdehnung der Regelung des Viehhandels auf alle Bundesstaaten nicht allzu lange auf sich warten. Noch fehlen die Organisation des Fleischabsatzes und die Regelung der Fleischpreise für den Verbrauch. Die Fleischer haben nach Einführung von Höchstpreisen für Schweinefleisch in einem immer größeren Umfang Fleisch zu Wurst verarbeitet, da sie dabei höhere Gewinne erzielen. Um dieses Verfahren auszuschließen (noch schlimmer wirken übrigens die massenhaften Aufkäufe von Rindvieh durch die Konservenfabriken) und die Fleischpreise verständig zu regeln, dürfte sich nach dem Muster der Viehhandelsorganisation eine Syndizierung der Fleischer unter Leitung der Kommunen empfehlen.

✕
Eisen Die deutsche Roheisen-erzeugung im Jahr 1915 beträgt mit 11,79 Millionen Tonnen 2,60 Millionen Tonnen weniger als im Jahr 1914, das noch 7 Friedensmonate umfaßte. Um ein einwandfreies Bild der Produktionsgestaltung während der Kriegszeit zu gewinnen, muß man die Produktionsziffern der Monate August bis Dezember vergleichen. Für diesen Zeitraum 1915 stellt sich die Roheisenerzeugung auf 5,209 Millionen Tonnen, gegen 3,539 Millionen Tonnen in den 5 Kriegsmo-naten 1914. Englands höchste Friedensproduktion von Roheisen betrug im Jahr 1913 10,48 Millionen Tonnen; die deutsche Roheisen-

erzeugung im Kriegsjahr 1915 übertrifft den englischen Rekord der Friedensherzeugung also um 1,31 Millionen Tonnen. Der Stahlwerksverband weist für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1914 bis zum 30. Juni 1915 einen Gesamtversand von 3,39 Millionen Tonnen Rohstahlgewicht gegen 6,12 Millionen im Vorjahr aus, das sind 55,41 % des Absatzes im Geschäftsjahr 1913-1914. Auf das Inland entfielen hiervon rund 81 %; der Auslandsabsatz mußte auf die neutralen festländischen Gebiete beschränkt bleiben. Für das ganze Jahr 1915 ergibt sich ein Versand von 3 302 000 Tonnen, gegen 4 638 000 in 1914 und 6 369 000 in 1913. Der Versand ist danach gegen das Vorjahr um 1 336 000 Tonnen zurückgegangen, was nicht verwundern kann, da 7 Monate des Jahres 1914 noch in die Friedenszeit fielen. Unter Berufung auf die Steigerungen der Selbstkosten hat der Stahlwerksverband Erhöhungen der Preise für verschiedene Halbzeugprodukte und für Formeisen für das 2. Quartal 1916 eintreten lassen. Über die Preiserhöhungen der vom Stahlwerksverband vertriebenen Produkte gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Zeitraum	Preise in Mark für			
	vorge- walzte Blöcke	Knü- pel	Plati- nen	Form- eisen
Kriegsbeginn	87,50	95,00	97,50	110,00
3. Quartal 1914	95,00	102,50	105,00	110,00
2. Quartal 1915	102,50	110,00	112,50	120,00
3. Quartal 1915	107,50	115,00	117,50	130,00
2. Quartal 1916	112,50	122,50	127,50	140,00

✕ Leder und Lederfabrikate ✕

Jeder Abschluß einer Lederfabrik beweist von neuem den überreichen Anteil, den die Lederindustrie an der Kriegskonjunktur genommen hat. Bei Kriegsausbruch schnellten die Lederpreise in die Höhe, die Gerbereien profitierten davon sowohl mit ihren vorhandenen fertigen Vorräten als auch mit den Beständen, die sich in Arbeit befanden. Für diese Mengen kamen noch normale Erstherstellungskosten in Betracht. Im weiteren Verlauf erfolgte eine Preiskontingentierung für Rohhäute, während die Lederpreise ohne Beschränkung blieben. Auch dieser Zustand erwies sich für die Gerbereien als außerordentlich einträglich, die Lederpreise stiegen bedeutend mehr als die Rohhäutepreise gestiegen waren, die Preissteigerung für Leder übertraf bei weitem die Erhöhung aller sonstigen Aufwendungen, auch

wenn man die Zunahme der eigenen Unkosten noch so beträchtlich in Anschlag bringt. Später erst kam die Kontingentierung der Lederpreise. Für das Jahr 1915 liegt der Abschluß der Lederwerke Wiemann in Hamburg vor. Diese Aktiengesellschaft erhöht die Dividende von 20 auf 30 %. Zu berücksichtigen ist dabei, daß diesmal an der Dividende 500 000 Mark neue Aktien teilnehmen, die im Vorjahr als Freiaktien zur Ausgabe gelangten; die Einzahlung erfolgte aus den Reserven der Gesellschaft selbst. Für 1914 war eine Erhöhung der Dividende von 17 auf 20 % erfolgt; durch die Ausgabe von Gratisaktien im Betrag von 500 000 Mark, die das Grundkapital von 1,5 auf 2 Millionen Mark vermehrten, war außerdem eine Extradividende von 33 1/3 % zur Verteilung gelangt. Bei diesem Ergebnis handelt es sich um keinen Ausnahmefall. Wohl alle Gerbereiaktiengesellschaften haben glänzende Resultate erzielt, viele haben einen erheblichen Teil der Gewinne allerdings weniger sichtbar gemacht.

Trotz der bedeutenden Verteuerung des Ledermaterials haben auch die Schuhfabriken in der Kriegszeit eine vorzügliche Rentabilität aufzuweisen. So bemerkt die Schuhfabrik M. und L. Heß in Frankfurt, daß infolge einer der starken Materialienverteuerung entsprechenden Erhöhung der Schuhpreise trotz Mindererzeugung ein befriedigender Umsatz erreicht werden konnte. Der Hinweis auf eine geringere Erzeugung wird um so bemerkenswerter, als nach Abschreibungen von 314 898 Mark gegen nur 205 678 Mark im Vorjahr mit 950 795 Mark ein nicht unwesentlich erhöhter Reingewinn erzielt worden ist. Die Dividende, die im Vorjahr von 12 auf 10 % ermäßigt wurde, wird wieder auf 12 % erhöht. Schuhfabriken, die große Heereslieferungen hatten, erzielten zumest sehr erhebliche Gewinnsteigerungen.

✕ Kurze Chronik Eine Deutsch-Orientalische Handelsgesellschaft ist in Bremen mit einem Kapital von 2 Millionen Mark gegründet worden. Sie soll namentlich die Einfuhr von Faserstoffen aus dem Orient regeln. ✕ Zur Ausbeutung der Erdgas- und Mineralölschätze Siebenbürgens ist unter Mitwirkung der Deutschen Bank eine deutsch-ungarische Gesellschaft ins Leben gerufen worden. Ihr Aktienkapital beträgt 20 Millionen Kronen. ✕ Die Eierhänd-

lervereine haben sich zu einer Vereinigung deutscher Eierimporteure für die Dauer der Kriegszeit zusammengeschlossen, zum Zweck der Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen bei Behörden usw. × Durch Verfügung der Militärbehörden ist in Bayern der Handel mit Braukontingenten verboten worden. Die Großbrauereien wollen anscheinend durch den Aufkauf der Braurechte kleinerer Betriebe (wodurch deren Stilllegung bewirkt wird) die schwächeren Konkurrenzbrauereien überhaupt aufsaugen. × Der Frachtraummangel und die Frachtratensteigerung tragen zur Brotgetreideverteuerung in England nachhaltig bei. Im Januar 1914 hatte die Getreidefracht von New York nach England pro Tonne 10 Shilling 8 Pence betragen; im Juli 1915 war sie auf 34 Shilling, im Oktober 1915 auf 52 Shilling gestiegen. × Die Mehlpreise sind in England in letzter Zeit dauernd in die Höhe gegangen. In London wurden jetzt für den Doppelzentner 41 Mark bezahlt. Der Berliner Preis beträgt für Weizenmehl 36,75, für Roggenmehl 33,50 Mark. × Der amerikanische Stahltrust hatte Ende Dezember 1915 einen Auftragsbestand von 7 806 000 Tonnen, gegen 3 837 000 Tonnen Ende Dezember 1914.

×

Literatur

Durch den Krieg sind auch so manche Auffassungen über die Zweckmäßigkeit des Kapitalexports in den bisher geübten Formen korrigiert worden. A. Sartorius Freiherr von Waltershausen zeigt in einer Schrift Das Auslandskapital während des Weltkrieges /Stuttgart, F. Enke/ die verschiedene Beurteilung, die die Anlage von Geldkapital in fremden Ländern in Friedens- und in Kriegszeiten erfahren hat. Nach einer Darstellung der wirtschaftlichen Vorteile, die die Kapitalmacht der Vereinigten Staaten aus dem Krieg ziehen dürfte, wird die auswärtige Kapitalanlage vom Standpunkt der Erfahrungen des Weltkrieges besprochen. Der Verfasser meint, daß das neutrale Ausland, von dem manches Gebiet ökonomisch schwachen Schuldnerstaaten angehört, um so mehr nach dem Krieg aufgesucht werden müsse, da dem Exportgeschäft nach dem Feindesland große Schwierigkeiten entgegneten würden. Dem neutralen Ausland würde sich auch der Kapitalexport mit Notwendigkeit zuwenden müssen. Eindeutiger lassen sich die Grundlinien, die für Kapitalanlagen im Ausland künftig Geltung

haben müßten, etwa dahin charakterisieren, daß das deutsche Kapital bei der Übernahme von Auslandswerten und bei Gründungen im Ausland in Übereinstimmung mit den Zielen deutscher Wirtschaftspolitik handeln muß, also sich nach Ländern zu richten hat, deren Entwicklung mit den Interessen Deutschlands verbunden ist oder verbunden werden soll. Das dürfte auch mit der Absicht des Verfassers übereinstimmen. × Die Methoden des englischen Handelskriegs enthüllen die wirtschaftlichen Absichten, die England mit seiner Einkreisungspolitik und dem Krieg gegen Deutschland verfolgte. Als gegenüber der wachsenden Schaffenskraft Deutschlands die Wettbewerbsfähigkeit Englands auf immer weiteren Gebieten nachließ, wuchs die Idee die wirtschaftliche und technische Überlegenheit des deutschen Konkurrenten durch Gewalt niederzuringen. Mit besonderer Energie wurde und wird die Absicht verfolgt die chemische Industrie Deutschlands zu vernichten. Beweiskräftige Dokumente dafür erbringt die als Sonderausgabe aus der Sammlung chemischer und chemisch-technischer Vorträge veröffentlichte Arbeit Englands Handelskrieg und die chemische Industrie von Professor Dr. A. Hesse und Professor Dr. H. Großmann /Stuttgart, F. Encke/. Den Reden und Schriften hervorragender Wissenschaftler und Industrieller Englands, die hier zusammengetragen sind, folgen kürzere Berichte über die chemische Industrie in Amerika, Rußland und Italien. × Über die wirtschaftliche Bedeutung der Textilindustrie Deutschlands im Vergleich zu der anderer Länder gibt A. Kertesz vielseitige Informationen in zusammengedrängter und leicht übersichtlicher Form. Seine Arbeit Die Textilindustrie Deutschlands im Welthandel /Braunschweig, Vieweg/ enthält Berechnungen über den Produktionswert der verschiedenen Zweige der Textilindustrie und die Beteiligung ihrer Ein- und Ausfuhr an dem Gesamthandel Deutschlands, die auch für andere Produktionsgebiete in ähnlicher Art zu Nachschlagzwecken erwünscht wären.

Gewerkschaftsbewegung/PaulKampfmeyer

Großbetrieb und In einer Abhandlung De-
Gewerkschaften mokratie und Großbetrieb
/München, Duncker &
Humblot/ würdigt Dr. Th. O. Cassau
auch die Gewerkschaften als demokratische
Großbetriebsorganisationen. Er

beschreibt kurz die Entwicklung der Struktur dieser gewerkschaftlichen Organisationen. Er kennzeichnet unter anderem die Funktionen des Gauleiters kurz und knüpft daran die Bemerkung: »Diejenigen, die das Schlagwort von der Bürokratisierung auf die Gewerkschaftsbewegung anzuwenden geneigt sind, sollten diese Entwicklung besonders beachten, denn sie zeigt, daß das Gewerkschaftsbeamtenum grundsätzlich anders ist als die staatliche Bürokratie. Weil der Gauleiter nicht nur Außenbeamter des Vorstands ist sondern auch ein Selbstverwaltungsorgan innerhalb des Verbandes, wirkt er auf Grund seiner Verwaltungsfunktionen auch mit bei der Festlegung von Normen.« Sehr interessant sind die knappen, das englische Gewerkschaftswesen charakterisierenden Bemerkungen Dr. Cassaus: »Die britische Gewerkschaftsbewegung ist bei weitem nicht so einheitlich wie die deutsche. Sie zählt zahlreiche Verbände provinziellen Charakters. . . Ferner ist sie im allgemeinen stärker berufsspezialistisch als die deutsche. Dadurch ändert sich das Bild schon erheblich. Ihr föderativer Charakter in bedeutsamen Industrien läßt weiter einen Vergleich mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung für unsere Zwecke überflüssig erscheinen.« Die britische Gewerkschaftsbewegung weist nicht die starke Tendenz zum Großbetrieb auf wie die deutsche. Die Mitgliederziffern der 25 größten Trade Unions bewegten sich 1910 zwischen 7055 und 137 000, nur 3 hatten über 100 000 Mitglieder, 5 zwischen 50- und 100 000. Die nationale Organisation der großen Verbände hat manche Schwierigkeiten im Gefolge gehabt. Die Webbs sprechen lang und breit über die Entwicklung von Dingen, die sich in Deutschland ohne besondere Debatten von selbst entwickelt haben, und sie nennen es den »langen und unklaren Kampf ungelehrter Männer«. Dr. Cassau hebt hervor, daß der englische Arbeiter »zu unsystematisch« ist, und daß er sich »in seiner Organisationsarbeit zu sehr von Überlieferungen und Gefühlen leiten« läßt. »Englands Arbeiterorganisationen stellen im allgemeinen nicht eine weiterentwickelte Demokratie dar sondern eine vom Zufall von Zeit zu Zeit geänderte.« Dr. Cassau setzt dann auseinander, daß die Schulung durch den Betrieb am besten in den Gewerkschaften, am schwächsten in der Partei vor sich geht: »Durch diese eigenartige Verbindung von Rechten und

Pflichten wird zu gleicher Zeit erreicht, daß die Massenmitwirkung durch geeignete Leute erfolgt, und daß eine Verbindung zwischen Masse und Leitung bestehen bleibt. Es wird verhindert, daß Zufallsmehrheiten über Dinge entscheiden, die sie nur zu einem Viertel übersehen können. Es wird erreicht, daß die Masse sich Vertrauensleute wählt, die sie aus der täglichen Berührung beurteilen kann.« In der Gewerkschaftsbewegung sieht Dr. Cassau nicht nur eine große organisatorische sondern auch weiter eine »große wirtschaftliche« Schulung. Und er schließt zusammenfassend seine Arbeit über die demokratischen Großbetriebe, über die Partei, die Konsumvereine und die Gewerkschaften mit der Bemerkung: »So bilden diese Organisationen, die früher manchem als beklagenswerte Folgen des Klassenkampfes erschienen, nicht nur wichtige Faktoren unseres Wirtschaftslebens sondern auch eine unentbehrliche Schulung für unsere Arbeiterschaft, und anspruchslos und ohne Theorie entwickelt sich auch die Lösung des schwierigen Problems der Verbindung von Demokratie und Großbetrieb.«

× Gewerkschafts- In der Statistik der deut- ×
kartelle schen Gewerkschaftskarte-
ellen interessieren uns
diesmal am stärksten die Einwirkungen
des Krieges auf diese Institutionen. Am
1. Juli 1914 geboten 579 Kartelle über
2 133 890 Mitglieder. Am Ende des
Jahres 1914 zählten 568 Kartelle der
freien Gewerkschaften noch 1 384 355
Mitglieder. Bis zum Schluß des Jahres
waren 656 299 = 30,9% zum Kriegs-
dienst eingezogen worden. Über die
Einziehungen hinaus verzeichnen die
Kartelle noch einen Mitgliederverlust
von 93 000. Jedoch ist ein erheblicher
Teil dieses Verlustes noch auf das Konto
der Einberufungen zu setzen. Natürlich
gingen im Jahr 1914 die Einnahmen
der Kartelle beträchtlich zurück,
und zwar von 2 143 101 auf 1 668 336
Mark. Diesen Einnahmen standen
Gesamtausgaben von 1 779 185 Mark gegen-
über; sie übersteigen also die Einnah-
men um 110 849 Mark. Erheblich
wuchs für die Kartelle der Ausgaben-
posten der Gewerkschaftshäuser. Zahl-
reiche Kartelle brachten Mittel zur
Unterstützung der Familien von Kriegs-
teilnehmern und Arbeitslosen auf. Eine
Festatellung zum Beispiel ergab, daß 78
Kartelle 27 616 Mark für die Familien
von Kriegsteilnehmern, daß 39 Kartelle
13 619 Mark zur Unterstützung der Ar-

beitslosen und 18 Kartelle 14 429 Mark für beide Zwecke auswarfen. Als sich mit Kriegsbeginn die Gewerkschaften mit ganzem Nachdruck den Fragen der Kriegsfürsorge zuwandten, fiel vor allem auf die Gewerkschaftskartelle die schwierige Aufgabe die Gemeinden zu weitgehender Beihilfe zu dieser Fürsorge heranzuziehen. Zwei der von der Generalkommission veranstalteten umfangreichen Erhebungen über die Kriegsfürsorge der Gemeinden stützen sich hauptsächlich auf die Mitarbeit der Kartelle. Von 200 Kartellen wurden zusammen 291 Erhebungen veranstaltet, darunter 171 Arbeitslosenzählungen und 110 sonstige Erhebungen. Unter diese fallen die im Interesse der Kriegsfürsorge unternommenen. Ferner drangen die Gewerkschaftskartelle unablässig auf die Errichtung oder den Ausbau von Arbeitsnachweisen. Dann mußten die Kartelle bei der Lösung der Fürsorgefragen für die Kriegsbeschädigten mitwirken. Schließlich nahmen sie den lebhaftesten Anteil an dem Kampf gegen die Preistreibereien.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle war also im Jahr 1914 besonders fruchtbar und segensvoll für das ganze deutsche Volk und namentlich für die arbeitende Klasse. Über diese Tätigkeit bemerkt der Bericht über die Gewerkschaftskartelle in der Statistischen Beilage des Korrespondenzblatts der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften vom 4. Dezember 1915: »Die größeren, festgefügteren Kartelle der Zweigvereine der der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände haben das Kriegsjahr 1914 verhältnismäßig gut überstanden und bei der Lösung einer ganzen Reihe wichtiger, durch den Krieg entstandener Aufgaben tatkräftige Hilfe geleistet.«

Arbeitersekretariate

Im Jahr 1914 suchten 619 756 gegen 672 739 Personen im Vorjahr die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften persönlich auf. Die Gesamtzahl der Auskunfts- und Rechtshilfesuchenden betrug 646 475. Diese Ziffern spiegeln aber in völlig unzureichender Weise die Tätigkeit der Arbeitersekretariate im Kriegshalbjahr 1914 wider. Mit Recht bemerkt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in seinem Bericht über die Arbeitersekretariate in der Statistischen Beilage vom 18. Dezember 1915, daß sich die großen Dienste dieser Institute für die

arbeitende Bevölkerung nicht an diesen nackten Zahlen bemessen lassen. »Es kann, so heißt es in diesem Bericht. »ohne Übertreibung gesagt werden, daß ohne die Arbeitersekretariate die Rechtsunsicherheit einen geradezu beängstigenden Umfang angenommen haben würde, und daß zur Belehrung der Bevölkerung die Arbeitersekretariate in einem Maße beigetragen haben wie nie vorher. Nicht nur zur Belehrung sondern auch zur Beruhigung. Dabei spielen nicht nur die Notgesetze und durch Bundesratsverordnungen geschaffenen Änderungen des Rechts eine Rolle, sondern auch die vielen verkehrten Auffassungen über gar nicht eingetretene Veränderungen. Es sei hier an die urplötzlich aufgetauchte Auffassung, die merkwürdigerweise auch hier und da in der Presse eine Stütze fand, erinnert, daß während des Krieges keine Wohnungsmiete zu zahlen sei. Dazu kommen die vielen, in fast allen Orten anders gearteten Beschlüsse der Ortsbehörden über Kriegsbeihilfen, Arbeitslosenunterstützung und dergleichen. Der Krieg hat also den Arbeitersekretariaten eine große Arbeitslast aufgebürdet, die statistisch gar nicht erfaßt werden kann. Es änderten sich infolge all dieser Verschiebungen auch recht wesentlich die Gebiete der Auskunftserteilung. Das kommt im Bericht wieder nicht voll zur Geltung, weil, als der Krieg ausbrach, schon 7 Monate ins Land gegangen waren. Würden die folgenden Monate für sich allein in der Statistik erscheinen, dann würden sich große Verschiedenheiten ergeben. Das betrifft nicht allein die Rechtsgebiete. Auch das Geschlecht der Besucher spielt eine Rolle und ebenso die große Besuchssteigerung, die in den ersten Monaten nach dem Kriegsausbruch fast bei allen Sekretariaten konstatiert werden konnte. Der plötzliche, zum Glück nur vorübergehende Stillstand von Handel und Industrie, die vielen zum allergrößten Teil ungesetzlichen Entlassungen der Arbeiter und der Angestellten, die Lohnherabsetzungen, alles das fand seinen Ausdruck in den Besuchsziffern und den auf allen sonstigen Tätigkeitsgebieten erhöhten Leistungen der Sekretariate.«

Partei und Gewerkschaft Im Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 15. Januar 1916 werden

die Zersetzungsbestrebungen in der deutschen Sozialdemokratie kritisiert, und es wird mit Nachdruck betont, daß die Gewerkschaften unter allen Umständen

an der Politik des 4. August 1914 festhalten müßten. Die Gewerkschaften könnten nicht eindringlich genug vor Bestrebungen warnen, die diese Politik der jetzigen Fraktion zu durchkreuzen suchen. »Nicht weniger«, so fährt dann das Korrespondenzblatt wörtlich fort, »sind die Gewerkschaften aber auch an der Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei interessiert, nicht allein, weil diese Partei seither die politische Interessenvertretung der Arbeiterklasse war und demgemäß auch die gewerkschaftlichen Forderungen zu vertreten hatte, sondern weil die Spaltung der Partei unter Umständen auch zu gefährlichen Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften Anlaß und Nahrung geben könnte. Sie müssen daher erwarten und verlangen, daß nichts unversucht bleibt, um die Zersetzungsbestrebungen in der Fraktion unwirksam zu machen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Sie müssen erwarten, daß die Fraktion den Kampf für die Politik des 4. August 1914 wesentlich ungeschwächt überwindet und nach wie vor als einheitliche und starke Interessenvertretung der Arbeiterklasse bestehen bleibt. Vor allem erwarten sie, daß mit den Spaltungspropagandisten kurzer Prozeß gemacht und deren Einfluß auf die weitere Entwicklung der Partei unschädlich gemacht wird. Darüber möge kein Zweifel walten, daß man die gegenwärtige, durch die ungeahndeten Disziplinbrüche hervorgerufene Krisis der Partei in Gewerkschaftskreisen als eine bitterernste Wendung betrachtet, die die Gewerkschaften nicht unberührt lassen kann sondern diese zwingt rechtzeitig an den Schutz ihrer eigenen Interessen zu denken. Mögen die verantwortlichen Parteikreise ebenso rechtzeitig die Kraft finden der gefährlichen Zersetzung Herr zu werden, und möge die Partei intakt und einig aus diesem Streit hervorgehen! Jede andere Lösung wäre ein Unglück für die deutsche Arbeiterbewegung.«

✕ **Lohnerhöhung und Lebensmittelpreise** Der Deutsche Bauarbeiter- und Lebensmittelpreisverband hat in einer Enquete in 142 größeren und mittleren Orten die Löhne seiner Mitglieder im Juli 1914 und im Juni 1915 aufgenommen und sie mit den Preisen der Lebensmittel an diesen Orten verglichen. Nach der Standration der Marinesoldaten war der Lebensmittelaufwand für eine 4köpfige Familie im Juli 1914 durchschnittlich 25,33 Mark, im

Juni 1915 dagegen 37,36 Mark. Die Steigerung betrug in der Woche durchschnittlich 12,03 Mark oder 47,5 %; an einigen Orten gar über 60 % (so in Gladbeck 63,7 %). Der Maurer gibt nun etwa den halben Sommerwochenlohn für Nahrungs- und Genußmittel aus, im Durchschnitt der 142 Orte etwa 17,29 Mark. Im Juni 1915 stieg dieser Lohn durch die vertraglich vereinbarte Lohnerhöhung um 2 % auf 17,64 Mark an. Wollte der Maurer im Juni 1915 die gleiche Menge Nahrungsmittel kaufen wie im Juli 1914, so mußte er anstatt 17,29 Mark die Summe von 25,52 Mark ausgeben, also 8,23 Mark = 47,6 % mehr. Noch ungünstiger gestalteten sich die Verhältnisse der Bauhilfsarbeiter. Aus diesen Tatsachen leitet A. Ellinger im Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 27. November 1915 für alle Arbeiterberufe, mit Ausnahme der für die Rüstungsindustrie schaffenden Gewerbebezüge, eine Entwertung des Lohns und der Arbeitskraft ab.

✕ **Aurze Chronik** Am 16. November 1915 tagte eine Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände in Berlin. Auf der Konferenz hielt der Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbands Schumann ein informatives Referat über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter. ✕ Vom Januar 1916 ab gibt die Generalkommission der Gewerkschaften die Gewerkschaftliche Frauenzeitung heraus (siehe die Rundschau Frauenbewegung, in diesem Band, pag. 54). Der Krieg hat riesige Massen deutscher Frauen in die gewerbliche Produktion und in die Verkehrsindustrie gezogen. Diese harren einer durchgreifenden gewerkschaftlichen Erziehung. ✕ Am 20. Januar feierte das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Das Jubiläum einer 50jährigen Tätigkeit feierte am Jahreschluß 1915 der Tabakarbeiterverband.

✕ **Literatur** Das reichhaltige Buch S. Nestriepkes **Werben und Werden** / Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt/ läßt uns in alle Agitationsmethoden der deutschen Gewerkschaften eindringen. Ein prächtiges Material von Aufrufen, Flugblättern, Briefen usw. führt uns den deutschen gewerkschaftlichen Arbeiter lebhaftig vor Augen und legt uns an-

schaulich sein Denken und Fühlen dar. Die Arbeit Nestriepkes ist ein fesselnder Beitrag zur Psychologie des deutschen Gewerkschafters. Wir schauen uns in der alten, noch mit der Zunft verknüpften Herberge, diesem Ausgangspunkt der Agitation, um und schreiten mit mächtigen Schritten zu den modernen Gewerkschaftshäusern fort. Eindrücke und Schilderungen aus den ersten Tagen der proletarischen Agitation sind mit tiefem Verständnis für geschichtliche Eigenart von Nestriepke festgehalten worden. Die urwüchsige Agitation verfeinert, individualisiert sich mehr und mehr, paßt sich den einzelnen Berufsspezialitäten, den einzelnen Lebensaltern und Geschlechtern an. Es entwickelt sich eine besondere Agitation für Jugendliche und Frauen, und die Geschicklichkeit dieser Agitation erfüllt uns mit größter Hochachtung vor dem Können des gewerkschaftlichen Arbeiters. Der Gelegenheitsagitor wird nach und nach zum beruflichen, fest angestellten Agitor, der mit feiner Menschenkenntnis die Köpfe und Herzen seiner Arbeitsbrüder für den wirtschaftlichen Befreiungskampf zu entflammen weiß. Beim Studium der Arbeit Nestriepkes durchleben wir die Hauptphasen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wir lernen die Geschichte der gewerkschaftlichen Presse, ihre Verbreitung, ihre charakteristische Schreibweise kennen. Gerade diese von dem Verfasser gebotenen Bruchstücke aus Aufrufen, Zeitungsartikeln haben einen hohen psychologischen Wert für die Beurteilung des Werdeganges des organisierten deutschen Proletariats. Jeder wird mit innerer Bereicherung das Buch Nestriepkes lesen.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Beamtenrecht Die Beratungen des bayrischen Gemeindebeamtenengesetzentwurfs im Ausschuß der Zweiten Kammer, die durch den Krieg unterbrochen und erst am 27. Oktober 1915 wieder aufgenommen wurden, brachten mancherlei interessante Erörterungen. Nach Artikel 12 hat sich der Gemeindebeamte durch sein Verhalten in und außer dem Amt der Achtung würdig zu erweisen, die dieses fordert. Diese scheinbar harmlose Bestimmung erhielt durch die Begründung einen Stachel. Wie sich der Staatsbeamte, heißt es dort, durch eine Betätigung als Sozialdemokrat der Achtung unwürdig machen würde, die sein

Beruf erfordert, so müsse das gleiche auch auf Grund des Artikels 12 für die berufsmäßigen Gemeindebeamten gelten. Ebenso wurde auch von dem Staatsminister von Soden im Mai 1914 kein Zweifel darüber gelassen, daß nach Artikel 16, der den Gemeindebeamten die Teilnahme an einem Verein untersagt, dessen Zweck oder Bestrebungen den Interessen des Staates, der Dienstgemeinde oder des Dienstes zuwiderlaufen, den Gemeindebeamten die Teilnahme an einem sozialdemokratischen Verein verboten sei. Nach der Auslegung des Gemeindebeamtengesetzes durch die bayrische Regierung sollte also durch seine Anwendung die Ächtung der Sozialdemokratie erreicht werden. Das Zentrum stellte sich der Regierung zur Seite und verschärfte noch den Artikel 16. An die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder und Gemeindebevollmächtigten traute man sich noch nicht heran und ließ den schreienden Widerspruch bestehen, daß zwar ein ehrenamtliches Magistratsmitglied Sozialdemokrat sein konnte, der geringste als Beamte angestellte Schreiber aber nicht. Das besoldete Magistratsmitglied macht sich als Sozialdemokrat der Achtung unwürdig, die sein Amt erfordert, das nicht besoldete nicht. Bei der Aufnahme der Beratungen des Gesetzentwurfs am 27. Oktober 1915 gab der Staatsminister von Soden für die Staatsregierung die Erklärung ab, daß sie die Darlegung der Begründung angesichts der vaterländischen Haltung der Sozialdemokratie im Krieg nicht aufrechterhalte und diese Stelle der Begründung als fallend erachte. In der folgenden Sitzung erklärte der selbe Minister auf eine sozialdemokratische Anfrage, er gehe von der Anschauung aus, daß die Versagung der Bestätigung mit der allgemeinen Begründung, der Gewählte sei Sozialdemokrat, nicht mehr zu erfolgen habe. Nun begann das Zentrum, dem die Regierungserklärungen zu seinem auch durch den Krieg nicht unterbrochenen Kampf mit der Sozialdemokratie nicht paßten, eine Gegenaktion. Es suchte die Angelegenheit auf ein anderes Gebiet zu verschieben, indem es die Erklärungen des Ministers dahin umdeutete, daß jeder Beamte, der in seinen Ausführungen, nach Form, Art oder Inhalt, die monarchische Staatsverfassung angreife oder den Klassenkampf predige, unter den Artikel 12 falle, also disziplinarisch zu bestrafen sei. Diesmal gelang es dem Zentrum nicht die bayrische Regierung zu be-

stimmen. Ob auch nach Beendigung des Krieges die Regierung den Einwirkungsversuchen des Zentrums widerstehen können, wenn diese Versuche im Namen des monarchischen Prinzips gemacht werden, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall tut die sozialdemokratische Partei gut daran sich auf die Zentrumstaktik früh genug einzurichten.

In der Sitzung vom 11. November 1915 erfolgte die Lösung des durch das Zentrum provozierten Konflikts. Die Regierung gab eine Erklärung ab, daß, entgegen der Begründung zu Artikel 12, auch für die Anwendung des Artikels 16 (Teilnahme an Vereinen und an Versammlungen) gleiches Recht für alle durch die Erklärung der Regierung geschaffen werden sollte. Die sozialdemokratischen Vereine und die freien Gewerkschaften gehören also nicht mehr zu den Vereinen, an denen teilzunehmen einem Gemeindebeamten nach Artikel 16 grundsätzlich verboten ist. Diese zweite Erklärung faßt die früheren Erklärungen zusammen und gewinnt besondere Bedeutung durch den Absatz, der die Schaffung gleichen Rechts für alle ausspricht. Indes können alle Erklärungen den Artikel 12 nicht aus der Welt schaffen, und sein Wortlaut hindert nicht, daß Disziplinarrichter künftig wie bisher behaupten können, die Achtung, die das Amt eines Gemeindebeamten erfordert, sei mit seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei unvereinbar. Allein der von der Sozialdemokratie beantragte Zusatz »Diese Achtung verletzt der Gemeindebeamte nicht durch die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und die Betätigung einer politischen, religiösen und wissenschaftlichen Überzeugung« hätte eine sicherere Grundlage geschaffen, wenn auch daraus nicht klar genug hervorgeht, was alles der Begriff staatsbürgerliche Rechte umfassen soll.

✕ **Preisprüfungsstellen** ✕
 Nach der Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. September 1915, über die in dieser Rundschau (1915, 2. Band, pag. 1196 f.) bereits berichtet wurde, haben die Preisprüfungsstellen die Aufgabe aus ihrer Kenntnis der Marktverhältnisse auf Grundlage der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und sonstigen Gesteungskosten die angemessenen Ortspreise zu ermitteln. § 5 der Bekanntmachung vom 23. Juli 1915 bedroht zudem mit Gefängnis- und anderen Strafen, wer für Gegenstände des

täglichen Bedarfs, wie insbesondere Nahrungs- und Genußmittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter den genannten Gesichtspunkten einen übermäßigen Gewinn darstellen, oder wer solche Preise sich oder einem andern gewähren oder versprechen läßt. Die von den Preisprüfungsstellen festgesetzten Preise sollen also angemessen sein, sie dürfen keinen übermäßigen Gewinn einschließen. Die gesamten Verhältnisse, besonders die Marktlage sollen berücksichtigt werden.

Bei der Feststellung der Gesteungskosten werden sich die Preisprüfungsstellen bald vor die Frage gestellt sehen, ob der Händler neben dem ortsüblichen Gewinnzuschlag noch einen Aufschlag zum Ausgleich seiner Verluste in anderen Waren berechnen darf. Die Sachverständigen der Händler werden natürlich die Frage ohne weiteres bejahen, und zwar werden sie sich dabei hauptsächlich auf die Fälle berufen, in denen Waren zu hohem Preis eingekauft wurden, und dann infolge der Höchstpreisfestsetzung Verluste eintreten. Dieses Argument ist aber deshalb falsch, weil andere wirtschaftliche Prozesse, auf die der Händler ebensowenig Einfluß besitzt, genau so preisdrückend wirken können. Dafür steckt eben im Preis schon eine Risikoprämie. Im übrigen: Welche Verluste sollte der Händler durch einen Ausgleichszuschlag ersetzen dürfen, die des laufenden oder die mehrerer Geschäftsjahre? Darf er die Verluste bei einer Ware ganz zu Lasten einer andern schreiben, oder muß eine Verteilung eintreten? Und schließlich: Wer will kontrollieren, wie weit die Verluste richtig berechnet, und ob sie nicht schon früher ausgeglichen worden sind? Jede behördliche Preisprüfung wäre mit der Anerkennung eines solchen Ausgleichsaufschlags hinfällig. Ebenso ist der Begriff der Marktlage als Moment der Preisprüfung in keiner Weise scharf definiert. Es handelt sich zum Beispiel um die Detailpreise einer Ware. Die Kleinhändler legen ihre Bücher und Rechnungen vor und beweisen, daß sie zu dem und dem Preis eingekauft haben; danach haben sie nur einen mäßigen Zuschlagsgewinn erzielt. Die Großhandelspreise aber sind der Marktlage angemessen. Denn die Einfuhr ist beschränkt, da die Inlandserzeugung nur einen Teil des Bedarfs deckt, aus dem Ausland aber keine Ware hereinkommt. Oder ein Klein-

händler hat noch billig Ware eingekauft; inzwischen ist sie hinaufgetrieben worden, und er verkauft nun zu den der Marktlage entsprechenden Preisen. Die Marktpreise sind wucherisch, aber die Marktlage rechtfertigt sie. Geht also die Preisprüfungsstelle von der Marktlage aus, so muß sie dem Händler attestieren, daß seine Wuchergewinne keineswegs übermäßig hoch sind. Sie wird dann allerdings die zuständigen Stellen im Sinn der obengenannten Bekanntmachung vom September 1915 bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Ursachen der Preisentwicklung bei den betreffenden Waren unterstützen. Ob sie aber ihre eigentliche Aufgabe erfüllt, nämlich den Schutz der Käufer gegen übermäßige Preise erreicht, ist eine andere Frage.

Dem ganzen Zweck der Bekanntmachung entsprechend, wird man demnach zu einer andern Auffassung der Worte »Berücksichtigung der . . . Marktlage« kommen müssen, will man nicht die Einrichtung der Preisprüfungsstellen und ihre Tätigkeit zum allgemeinen Gespött machen. Eine solche Anschauung liegt auch der vom Regierungsassessor Pfisterer geschilderten Praxis der Heidelberger Prüfungsstelle zugrunde. Sie stellt den Grundsatz auf: Ein Händler darf für die Ware nur einen angemessenen Gewinn nehmen, auch wenn er damit unter dem sogenannten Marktpreis bleibt. Hat er billig eingekauft, so muß er auch billig, das heißt mit einem angemessenen Zuschlag (wohl einem gegen den normalen Händlergewinn etwas erhöhten Kriegsgewinn) verkaufen, auch wenn die Verkaufspreise dann hinter den Marktpreisen zurückbleiben würden. Nach den Mitteilungen Pfisterers hat sich dieses Verfahren durchführen lassen; die Händler hätten sich damit abgefunden, auch, wenn die Gewinne für gleiche Waren oft recht verschieden seien. Gleichzeitig habe das Verfahren örtliche Preistreiberien in recht wirksamer Weise verhindert.

Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. Juli 1915 droht schwere Geldstrafen dem an, der von ihm zur Veräußerung erzeugte oder erworbene Gegenstände des täglichen Bedarfs zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen, oder der Vorräte vernichtet, um den Preis der Waren zu steigern, der ihre Erzeugung oder den Handel damit einschränkt oder andere unlautere Machenschaften vornimmt. Eine Marktlage also, die durch solche Machenschaften erzeugt

ist, darf von der Preisprüfungsstelle nicht berücksichtigt werden. Und was besonders hervorzuheben ist: Handelt es sich um Vernichtung von Vorräten und Einschränkung des Handels, so gilt die Strafandrohung nicht nur, wo ein übermäßiger Gewinn bezweckt wurde sondern schon, wo irgendeine Preissteigerung eintrat. Eine Einschränkung des Handels durch Zurückhalten der Vorräte liegt aber immer vor, wenn Waren nur gegen gesteigerte Preise abgegeben und sonst nicht verkauft werden. Machen sich die Preisprüfungsstellen diese Auffassung zu eigen, so wird die in den genannten Bestimmungen vorgeschriebene Berücksichtigung der Marktlage kein Hindernis für eine durchgreifende Preisregulierung sein. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß auch der Oberste Gerichtshof in Österreich (wo schon seit August 1914 eine ähnliche Strafbestimmung für die Forderung eines »offenbar übermäßigen Preises« besteht) in einem Urteil die Auffassung vertreten hat, daß das Übermaß des Preises nach den Gestehungskosten der verkauften Ware zu beurteilen ist, ohne Rücksicht auf den Marktpreis. In der Begründung dazu wird wirksam ausgeführt: »Die gegenteilige Meinung würde dazu führen, daß der Anschluß an eine allgemein gewordene Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse durch Fordern offenbar übermäßiger Preise für unentbehrliche Bedarfsgegenstände straflos bliebe, als eine Folge der Tätermehrheit. Dem einzelnen würde Gelegenheit geboten diese außerordentlichen Verhältnisse für sich straflos auszunutzen, indem er sich ohne jede Rechtfertigung durch die eigenen Gestehungskosten einer entweder überhaupt oder doch für ihn nicht gerechtfertigten Preiserhöhung anschließt.«

X

Krankheits-
bekämpfungDie Charlottenburger
Stadtverordneten haben am 8. Dezember einem

Antrag des Magistrats auf Errichtung einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke zugestimmt und damit einen wichtigen hygienischen Fortschritt eingeleitet. Die Kosten der baulichen Einrichtung sind auf 4500 Mark, die des laufenden Betriebs für das erste Vierteljahr 1916 auf 1950 Mark berechnet. Wie die von dem Stadtarzt, Sanitätsrat Dr. Gottstein, ausgearbeitete Vorlage ausführt, verfolgt die Öffentlichkeit mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vor allem 3 Ziele: Schutz der Angehörig-

gen und der Umgebung vor Ansteckung (darin liegt das öffentliche Interesse bei jeder Infektionskrankheit), Vorbeugung der durch diese Krankheiten bei ungenügender Vorsorge bewirkten Geburtenabnahme und Verhinderung der Erzeugung körperlich minderwertiger oder kranker Kinder.

Mit der wachsenden Erkenntnis der Gefahren der Geschlechtskrankheiten ist das Bedürfnis der Erkrankten nach rechtzeitiger Beratung gewachsen. In den skandinavischen Ländern existieren schon seit geraumer Zeit Beratungsstellen für Geschlechtskranke. Die vor einigen Monaten in Altona eingerichtete Beratungsstelle hat sich gut eingeführt. Durch den Krieg ist der Schutz der Bevölkerung wesentlich schwieriger geworden. Die Zahl der an Geschlechtskrankheiten erkrankten Heeresangehörigen ist recht bedeutend, und die Mehrzahl der Erkrankungen ist im Inland, nicht im Feindesland, erworben. Unter den Erkrankten befinden sich viele Verheiratete. Solange diese nun in Behandlung und unter der Aufsicht der Militär-sanitätsverwaltung stehen, ist wohl keine Gefahr für die Bevölkerung zu erwarten. Sobald sie aber in ihre Heimat, in bürgerliche Verhältnisse zurückkehren, sind ihre Angehörigen sowie weitere Kreise bedroht. Hier mußte also eine Beratungsstelle geschaffen werden, die, »mit den erforderlichen Untersuchungseinrichtungen ausgerüstet, durch ihre Beziehungen zu Krankenkassen, Krankenhäusern, Landesversicherungsanstalten usw. den ganzen Kreis der als vorläufig nicht mehr behandlungsbedürftig zeitweise Entlassenen zu erfassen und sie zu regelmäßigen Untersuchungen heranzuziehen vermag«. An dem herkömmlichen System der Beratungsstellen wird nichts geändert, obwohl sich auch die strikte Ablehnung jeder Behandlung dort als sehr wenig zweckmäßig erwiesen hat. Als ihre Aufgabe wird regelmäßige Gesundheitsberatung der Erkrankten und ihrer Angehörigen, Belehrung und Beratung über die Stelle, wo sie Behandlung finden können und Überweisung an die zuständigen Organisationen bezeichnet. Mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg ist eine Vereinbarung getroffen, nach der die städtische Beratungsstelle zugleich den Kranken der Anstalt dient. Dafür soll ein nach der Zahl der Überweisungen zu berechnender Anteil an den Kosten von der Versicherungsanstalt vergütet werden.

X

X

Arbeitslosen- fürsorge

Da die Versicherungsanstalt Württemberg im Oktober 1915 neue Grundsätze für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung während des Krieges aufgestellt hatte, mußte auch die Stadt Stuttgart ihre Satzung ändern. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um die folgenden Punkte: Anrechnung anderer Einnahmen auf die Arbeitslosenunterstützung, Dauer der Wartezeit, Berücksichtigung der Kurzarbeiter, Verpflichtung zur Annahme von Arbeit außerhalb des Berufs und Wohnorts. Sie wurden in den neuen Bestimmungen wie folgt geregelt: Es wurde gänzlich darauf verzichtet andere Bezüge der Arbeitslosen auf die von der Stadt gewährten Unterstützungen anzurechnen. Die städtischen Kollegien kamen zur Annahme dieses Grundsatzes, weil die Vorschriften der Versicherungsanstalt eine Kürzung um die Beiträge von Hilfsorganisationen oder Arbeitgebern nicht mehr zulassen, und weil eine Feststellung, ob der Unterstützte andere Beiträge erhält, sehr schwierig ist. Das ist auch sicherlich richtig. Unterstützungen, die von privater Seite gegeben werden, lassen sich in der Regel überhaupt nicht feststellen, da die Unterstützten natürlich geneigt sind sie zu verschweigen. Der von seinem Arbeitgeber unterstützte Arbeiter, dem diese Unterstützung angerechnet wird, wäre also schlechter daran als der Arbeitslose, der sich aus anderen Quellen Unterhaltsmittel zu beschaffen weiß. Das gleiche trifft auf den gewerkschaftlich oder sonst gegen Arbeitslosigkeit Versicherten zu. Diese Ausführungen treffen aber nicht den Hauptpunkt der Arbeitslosenunterstützungsfrage: die Bemessung des Höchstsatzes der Unterstützung. Dieser ist durch den letzten von dem Arbeitslosen bezogenen Lohnsatz bedingt. Die Arbeitslosenunterstützung darf diese Grenze nicht überschreiten, zweckmäßigerweise wird sie etwas darunter bleiben müssen. Würden also städtische und Gewerkschaftsunterstützung zusammen über den zuletzt bezogenen Lohn des Arbeitslosen hinausgehen, so müßte nunmehr eine Kürzung der Gewerkschaftsunterstützung eintreten, nachdem die Stadt auf eine Anrechnung der letztern verzichtet hat. Die städtischen Mittel würden also zugunsten der Gewerkschaft stärker in Anspruch genommen werden. Man wird angesichts der großen Leistungen der Gewerkschaften ge-

rade auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge im Krieg gewiß dagegen nichts einwenden. Aber wie steht es mit Unterstützungen, die von Arbeitgebern und von anderer Seite gewährt werden? Soll auch hier die städtische Kasse eintreten und diese Geldgeber entlasten? Man wird diese Frage kaum so ohne weiteres bejahen wollen. Sehr viel wird von dem Charakter und der Tätigkeit der unterstützenden Organisationen abhängen. Gerade, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Arbeitslosenfürsorge in erster Linie eine Aufgabe der Gewerbepolitik ist, also zunächst das Gewerbe als solches die Leistungen wird aufzubringen haben, wird man das Eintreten der Stadt für die Arbeitgeber nicht gutheißen können. Solche Überlegungen sind um so notwendiger, wenn die Sätze der Städte, wie an und für sich durchaus zu wünschen und anzustreben ist, möglichst hoch bemessen werden. In Stuttgart be-laufen sich die Sätze für Ledige ohne Unterschied des Geschlechts auf 1,60 Mark pro Tag, für Verheiratete ohne Kinder unter 15 Jahren auf 3 Mark pro Tag, für Verheiratete mit 1 bis 2 Kindern auf 3,60 Mark, für Verheiratete mit 3 bis 4 Kindern auf 4,20 Mark, für Verheiratete mit 5 bis 6 Kindern auf 4,80 Mark, für Verheiratete mit 7 und mehr Kindern auf 5,40 Mark pro Tag. Wochenbezüge von 28,80 und 32,40 Mark, wie sie in den beiden letzten Fällen gewährt werden, sind aber bisher nur einem Teil der Arbeiter erreichbar gewesen. Unqualifizierte Arbeiter mit größerer Kinderschar würden sich bei Arbeitslosigkeit besser stehen, als wenn sie arbeiten. Eine solche Regelung muß, auch wenn sie nur in wenigen Fällen Anwendung finden wird, sehr große Bedenken und in der Arbeiterschaft selbst Widerspruch wecken. An Stelle der bisher geforderten 1jährigen Wohndauer oder wenigstens eines Wohnaufenthalts seit dem 1. Juni 1914 in Stuttgart wird in Übereinstimmung mit den neuen Grundsätzen der Versicherungsanstalt eine 3monatige Wohndauer treten. Die Karenzzeit für den Bezug der Unterstützung soll auch in Zukunft so bemessen sein, daß die Unterstützung am 6. Tag nach der Anmeldung beginnt. Bei heimkehrenden Kriegsteilnehmern und Kriegsausgewiesenen soll auf beide Voraussetzungen verzichtet werden. Außer völlig Arbeitslosen werden nunmehr auch die Kurzarbeiter (nicht voll Beschäftigte) berücksichtigt. Ihr Arbeitsverdienst wird ihnen zu drei Vier-

teln auf die Unterstützung angerechnet. Auch hier sind innere Widersprüche bedenklicher Art vorhanden. Ein Arbeiter mit 5 Kindern, der vorher 24 Mark Wochenlohn bezogen hat, ist nunmehr zu zwei Dritteln beschäftigt, also, statt an 6 Tagen, an 4 Tagen in der Woche. Er bezieht nur noch 16 Mark aus seiner Lohnarbeit. Es wird ihm daher die Unterstützung von 28,80 Mark gewährt und darauf drei Viertel, also 12 Mark angerechnet, so daß er 16,80 Mark Unterstützung erhält. Mit dem Arbeitsverdienst von 16 Mark würde er 8,80 Mark mehr haben, als wenn er voll beschäftigt wäre. Eine solche Regelung bedeutet doch geradezu eine Prämie auf Arbeitslosigkeit in solchen und ähnlich liegenden Fällen, die namentlich von Arbeitern mit wechselnder Lohnarbeit ohne große Schwierigkeit erworben werden kann. Die Verpflichtung Arbeit auch außerhalb des Berufs und Orts sowie bei gekürzter Arbeitszeit anzunehmen bietet kein ausreichendes Gegengewicht gegen Mißbrauch. Denn sie ist an die Bedingungen geknüpft, daß ein angemessener Lohn angeboten wird, und daß sie dem Erwerbslosen nach Vorbildung, Beruf, Körperbeschaffenheit und mit Rücksicht auf das Familienleben billigerweise zugemutet werden kann.

Die Versorgung der mehr oder weniger arbeitslos gewordenen Textilarbeiter beschäftigt neuerdings die Gemeinden in wachsender Zahl. So hat der Stadtmagistrat Augsburg die Einrichtung einer Kriegsfürsorge für diese Arbeiter beschlossen, deren Kosten zu zwei Dritteln vom Reich und dem bayrischen Staat, je zu einem Sechstel von der Gemeinde und den Industriellen getragen werden sollen. In Sorau wurde beschlossen allen denjenigen Textilarbeitern eine Unterstützung zu gewähren, deren Arbeitsverdienst in der Woche 12 Mark (Männer) respektive 9 Mark (Frauen) nicht erreicht. In Forst wurde der gleiche Beschluß gefaßt bei Arbeitsverdiensten bis zu 16 respektive 12 Mark. Die Unterstützungen werden in Augsburg nach der Zahl der ausgefallenen Lohnstunden gewährt und betragen je nach dem Alter und Geschlecht des Arbeiters 6 bis 24 Pfennig für die Stunde.

×

Kurze Chronik Die Hypothekenanstalt der Stadt Berlin-Wilmersdorf für zweite Hypotheken ist im Oktober eröffnet worden. × Die Stadtverordneten von Königsberg in Preußen haben den

ersten Ausbau des Königsberger Hafens beschlossen, der einen Aufwand von zirka 21 Millionen Mark erfordern wird. X Die Stadtverordneten von Düsseldorf haben eine Vorlage zur Gewährung von zweiten Hypotheken genehmigt. Für die Dauer des Krieges wird ein Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt, aus dem Häuser im Wert bis zu 80 000 Mark und mit Wohnungen von höchstens 5 Zimmern und Küche beliehen werden sollen. Der Höchstsatz des Darlehns ist auf 12 000 Mark festgesetzt. X Die Stadt Kiel hat einen Vertrag zwecks Übernahme der Versorgungseinrichtungen der Aktiengesellschaft Gasanstalt Gaarden abgeschlossen. Der Betrieb wird zum 1. April 1916 an die Stadt übergehen. X Die städtischen Kollegien in Krimmitschau haben die Einrichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises beschlossen. X Die städtischen Kollegien in Mannheim haben beschlossen den Anbau von Gemüse und Kartoffeln durch die Stadtgemeinde von bisher 245 000 Quadratmeter auf eine Gesamtfläche von ungefähr 415 000 Quadratmeter auszudehnen und gleichzeitig zur unentgeltlichen Hergabe von Geländestücken an Private statt 392 000 Quadratmeter 627 000 Quadratmeter bereitzustellen. X Die Stadt Gießen hat mit größeren Jagdbesitzern in Oberhessen ein Abkommen getroffen und wird das von diesen gelieferte Wild in 2 Verkaufsstellen zum Verkauf bringen. Die Preise liegen zum Teil beträchtlich unter den Höchstpreisen der Bundesratsverordnung. X Nach dem Vorgang anderer Städte haben nunmehr auch Leipzig und Rostock Butterkarten ausgegeben. In Leipzig wird die Karte nur an Minderbemittelte (Einkommen unter 1600 Mark), in Rostock an jedermann ausgegeben.

X Literatur

In einer Studie Die erste Arbeitslosenzählung in Budapest und in 24 Nachbargemeinden am 22. März 1914 / Jena, G. Fischer/ beschreibt Dr. Emerich Ferenczi die Grundlagen und die Durchführung der Zählung sowie ihre Resultate. Die Zählung erfaßte nicht nur Budapest selbst sondern auch 24 Nachbargemeinden mit einer Gesamtzahl von 1,2 Millionen Einwohnern. Sie erfolgte von Haus zu Haus durch Zähler, die von den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten gestellt wurden, und ergab

28 922 Arbeitslose, von denen 83,4 % der Industrie, 8,3 % dem Handelsstand und 6 % anderen Berufen angehörten. Für die Arbeitslosigkeit charakteristisch ist das Vorwiegen der Metallbearbeitung mit 19,3 % aller Arbeitslosen, erst an 2. Stelle kommt das Baugewerbe, an 3. die Holzindustrie. Der Fragebogen, der der Zählung zugrunde lag, dringt tief in die Einzelheiten ein und umfaßt nicht weniger als 22 Hauptfragen. Das Material ist in 70 Tabellen nach allen Seiten hin verarbeitet. Ihnen geht eine kurze Besprechung der Ergebnisse voraus, die mancherlei Neues zu dem Problem der Arbeitslosigkeit beibringt. So wird der zahlenmäßige Beweis für den Erfahrungssatz gebracht, daß ein Arbeitsloser um so länger ohne Stellung bleibt, je älter er ist. Ferner hat die Zählung die Notwendigkeit erwiesen die erwerbslosen Kleingewerbetreibenden, Kaufleute, Agenten und die erwerbslosen Angehörigen der freien Berufe zu berücksichtigen. X Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat für das Jahr 1915-1916 wiederum einen Notizkalender herausgegeben, der außer der Lohnstatistik nach dem Stand vom 1. April 1914 noch einen Bericht über die von den Gemeinden bewilligten Teuerungszulagen und die Lohnzahlungen an die kriegsteilnehmenden städtischen Arbeiter bringt. Außerdem enthält der Kalender einen Abschnitt über die gesetzliche Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Witwen und Waisen.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

Kalkstoffwechsel Die Rolle, die der Kalk im Stoffhaushalt der Tierwelt zu spielen berufen ist, schien nach älteren Anschauungen erschöpft mit seiner Beteiligung am Aufbau der schützenden und stützenden Gerüstsubstanzen, mochten sie wie die Schalen der Muscheln und Schnecken oder die Chitinpanzer der Gliederfüßer außen am Körper liegen oder wie die Steinskelette der Kalkschwämme und Korallen, die Knochen und Zahnapparate der Wirbeltiere ins Innere des Körpers hineingedrängt sein. Später konnte diese Auffassung von Herbst (Heidelberg) dahin erweitert werden, daß Kalk, wenigstens bei den Tieren des Meeres, die ihre Eier frei ins Wasser legen, auch zum regelrechten Ablauf der Embryonalentwicklung nicht zu entbehren ist. Denn im kalkfreien Medium

zerfällt der Embryo, der sich bilden möchte, sofort in lauter einzelne zusammenhanglose Zellenkugeln, von denen jede auf eigene Faust sich weiterzuteilen sucht. Aber vergebens. Denn auch sie kann den Zusammenhang ihrer Elemente nicht wahren, der ganze Entwicklungsprozeß verfällt der Sinnlosigkeit und formal der Anarchie.

In neuerer Zeit ist den Münchener Professoren *Emmerich* und *Loew* der Nachweis gelungen, daß auch das Leben der höheren Tiere diesem Element viel tiefer verpflichtet ist, als wir glaubten. Sie haben Kalk als einen Hauptbestandteil aller Zellen des tierischen Körpers entdeckt, haben gezeigt, daß er vorwiegend an die Kerne gebunden ist, und daß unter den Zellen und Geweben die lebenswichtigsten Teile (Gehirnganglien, Leber-, Nieren- und Lungengewebe) durch besonders Reichtum an Kalk hervorragen. Ärmer sind die Muskeln mit Kalk beschickt, nur das Herz, der immer tätige Muskel, verhält sich ungefähr wie Lunge und Niere.

Daß diesen eigentümlichen Proportionen in der Kalkverteilung eine gewisse versteckte Bedeutung zukomme, schien nicht zweifelhaft, doch wurde man erst durch die Beobachtung, daß der arbeitende Körper täglich eine nicht unbedeutende Menge seiner aufgestapelten Kalkvorräte verliert, der Richtung auf die Spur gebracht, in der die Lösung schließlich gefunden werden sollte. Denn etwa $\frac{1}{2}$ Gramm Kalk kommt dem menschlichen Körper innerhalb 24 Stunden abhanden, das natürlich aus der festen und flüssigen Nahrung wieder erneuert werden muß; eine andere Quelle der Restitution ist ja nicht vorhanden. Und da zeigte sich nun, daß bei der heutigen Ernährungsweise des Europäers im allgemeinen aus Speise und Trank das tägliche Kalkbedürfnis des Körpers nur schwer oder höchst unvollkommen gedeckt werden kann. Denn selbst im kalkreichsten Trinkwasser ist bloß $\frac{1}{10}$ Gramm dieses Minerals pro Liter enthalten. Durch die feste Nahrung wird der fehlende Rest jedoch für gewöhnlich nicht aufgebracht. Denn Muskelfleisch, Brot, Kartoffeln und Obst, für viele die Hauptbestandteile ihrer täglichen Kost, sind auffallend kalkarm. Günstiger steht es mit dem Kalkgehalt aller grünen Gemüse, am besten mit dem der Hülsenfrüchte, aber nicht jeder kann von sich sagen, daß er sie in ausreichender Menge genieße.

Die Folge ist eine Unterbilanz im Kalk-

stoffwechsel, die nun aber, wie die in verschiedenen Zeitschriften zerstreuten Versuche von *Loew* erkennen lassen, den gesamten Körperhaushalt sehr ungünstig beeinflusst. Einmal verschuldet die tägliche Unterernährung mit Kalk eine mangelhafte Ausnutzung sämtlicher Kraftreserven der genossenen Nahrung. Das geht so weit, daß in einer Kontrollzucht von Schweinen, bei denen mit üblichem Futter in 7 Wochen ein Zuwachs von 57 % erzielt worden ist, durch bloße bestimmt dosierte Kalkzugabe (in Form von Chloralkalium) die Vergleichstiere zu einem Zuwachs von 115 % gebracht werden konnten. Klinische Versuche an Menschen hatten den gleichen Erfolg. Das Gewicht, das durch kein Mittel in die Höhe zu bringen war, nahm bei gesteigerter Kalkernährung ohne Koständerung plötzlich zu, und mit der Wiederkehr der allgemeinen Körperkräfte schwanden Nervosität, Arbeitsunlust und Geistesträgheit dieser schwierigen Patienten. Endlich hat sich Kalk, verabreicht in Form von milchsauerm Kalzium, in den Händen der Münchener Gelehrten als dasjenige Mittel erwiesen, das die tödliche, scheinbar unausrottbare *Heufieberkrankheit* förmlich wegbläst. Die Zufuhr von Kalk, die sie verordneten, bewirkt wahrscheinlich eine Kräftigung der Zellkernkonstitution und ermöglicht dem Körper dadurch die Erzeugung jener Schutzfermente, deren mangelhafte Produktion wohl als Hauptursache des Heufiebers zu gelten hat. Und so ist es kein Wunder, daß man hofft, auch andere schwer erklärbare Stoffwechselkrankheiten könnten in der Nähe dieser neuen Einsichten vielleicht ein einfaches Gesicht annehmen und den Schrecken ihrer Unheilbarkeit abtun.

×
Assimilation

Man weiß, daß die Pflanze den Grünstoff ihrer Blätter dazu benutzt, um, unter Mitwirkung des Sonnenlichts, aus der Kohlensäure der Atmosphäre den Kohlenstoff abzuspalten und ihn zum Aufbau ihrer Leibessubstanz zu verwenden. Man nennt diesen Vorgang Assimilation. Aber ob auch die mitwirkenden Kräfte ebensogut bekannt sind wie das Endergebnis ihrer Tätigkeit; ob man auch sehr genauen Einblick in die äußeren und inneren Bedingungen hat, die erfüllt sein müssen, damit das Spiel der assimilatorischen Kräfte zu dem Ziel führt, dem ihre Tätigkeit gilt, ist die Mechanik des Vorgangs selbst bisher doch vollkommen im Dun-

keln geblieben. Es scheint nun aber, daß auch dieser Zustand nicht länger währen soll. Denn der Berliner Chemiker Richard Willstätter, der im November 1915, wie hier bereits mitgeteilt wurde, für seine Arbeiten über die Konstitution des grünen Blattfarbstoffs und die Blütenfarben der Pflanzen mit dem Nobelpreis gekrönt worden ist, veröffentlicht soeben in den Sitzungsberichten der Berliner Akademie der Wissenschaften zusammen mit seinem alten Mitarbeiter Stoll Untersuchungen, die bereits das klare Gerüst einer neuen Theorie der Assimilation enthalten, in der nichts mehr rätselhaft erscheint, weil vor allen Dingen die Frage beantwortet wurde, wie die Kohlensäure an die Grünstoffkörner herangebracht wird. Die Lösung ist verhältnismäßig einfach. Sie lautet, daß ein Enzym, das von Willstätter und Stoll entdeckt worden ist, den Zutritt der Kohlensäure zu den Verarbeitungszentren vermittelt. Hierbei wird in erster Linie die Kohlensäure auf eine größere Konzentration gebracht, als sie in der Luft ja besteht, und der Grünstoff zugleich so aktiviert, daß er das Gas aufnehmen kann: unter Bildung einer Verbindung, die zur Absorption der einstrahlenden Sonnenenergie befähigt, das heißt Energie zu speichern imstande ist. Indem diese Energiespeicherung den chemischen Charakter des Anfangsglieds der Reihe abermals verschiebt, entsteht ein an den Grünstoff gebundenes, sehr labiles Zwischenprodukt, das nur der Bildung bedarf, um unter Sauerstoffabgabe sofort wieder zu zerfallen und in jenen Zustand überzugehen, der als Endprodukt des Assimilationsvorgangs seit langem bekannt ist. Eine ausführliche Arbeit wird in Aussicht gestellt.

× ×

Kurze Chronik In Straßburg ist der frühere Professor der Botanik an der dortigen Universität, Hermann Graf zu Solms-Laubach im 73. Lebensjahr gestorben. Seine von vielen in- und ausländischen Akademien durch besondere Ehrungen anerkannte Gelehrten-tätigkeit erstreckte sich hauptsächlich auf die Gebiete der Systematik, Pflanzengeographie und Palaeobotanik; auch zur Mutationsfrage hat er Beiträge geliefert und in einer Sprungform des Hirtentäschels einen besonders glücklichen Fund gemacht. × In Bonn scheid im Alter von 65 Jahren der Direktor des biologischen Laboratoriums am anatomischen Institut der dortigen Universität,

der Geheime Medizinalrat Dr. Moritz Nußbaum, durch Tod aus einem Amt, das er seit 1881 bekleidet hatte. In sehr vielseitigen Arbeiten hat er sich fast auf allen Gebieten der experimentellen Morphologie und Physiologie umgesehen, ist aber immer wieder zum Studium der Drüsen des Wirbeltierkörpers zurückgekehrt, über deren Bau und Funktion er zahllose Abhandlungen in den Fachzeitschriften veröffentlicht hat, ohne daß ihm freilich eine besondere Entdeckung gelungen wäre. × Man meldet aus Würzburg den Tod des dortigen Geographieprofessors Fritz Regel. Aus dem Mittelschullehrerstand hervorgegangen, hat er sich besondere Verdienste um die Erforschung der Landes- und Wirtschaftskunde Thüringens erworben und ein vielbenutztes Lehrbuch der allgemeinen Geographie verfaßt. Wissenschaftliche Auslandsreisen führten ihn nach Columbien und anderen Teilen Südamerikas, zu deren geographischer und wirtschaftlicher Erkundung er zeitweise nicht wenig beitrug. Er hat ein Alter von 62 Jahren erreicht. × Im Alter von 82 Jahren ist in Havanna Dr. Charles John Finlay gestorben, von dem die Moskitos als Überträger der Malaria- und übrigen Sumpffieberkeime entdeckt worden sind. Er hat von 1881 bis 1899 vergebens um die Anerkennung seiner Theorie gerungen und ist mit allem Hohn beworfen worden, den die Welt zuweilen für ihre größten Wohltäter übrig hat. × Von dem bulgarischen Physiologieprofessor Methodi Popow wurde in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift in einem ausgezeichneten Artikel auf die merkwürdige Analogie aufmerksam gemacht, die zwischen den Stoffen besteht, mit denen man künstliche Entwicklung der Eier zahlreicher Tiere erzeugen kann, und jenen Substanzen, die die Regenerationstätigkeit von Zellen und Geweben befördern. Das Thema ist gelegentlich einer besondern Behandlung wert. × Einer Arbeit von F. C. Becker und O. Olsen im Skandinavischen Archiv für Physiologie ist zu entnehmen, daß (entgegen älteren Ansichten) auch jede geistige Arbeit mit einer merkbaren Steigerung des Stoffwechsels verbunden ist; er drückt sich meßbar in einer vermehrten Ausscheidung von Kohlensäure und in einem erhöhten Verbrauch von Sauerstoff aus. Bei zunehmender Übung in einer Tätigkeit, zum Beispiel im Addieren oder Multiplizieren, nehmen die Stoffausgaben ab, umgekehrt wachsen sie bei

zunehmender Ermüdung an, während sich gleichzeitig die Leistungen verringern. X Auf der letzten Jahresversammlung der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft machte Dr. Heinroth (Berlin) auf das neuerdings sich häufende Erscheinen einer Fleischfliege aufmerksam, die ihre Eier in den Hals ganz junger nesthockender Vögel legt. Da die Maden ihre Wirte sozusagen bei lebendigem Leib auffressen, sind derartig verseuchte Bruten regelmäßig verloren; somit droht unserer Vogelwelt von einer neuen Seite Gefahr.

X
Literatur

Bei Paul Parey in Berlin ist ein Werk über die Biologie der Kleiderlaus erschienen, das Professor Albrecht Hase (Jena) zum Verfasser hat und wohl die vollständigsten Mitteilungen über den Lebenslauf dieses Parasiten, die zu erhalten sind, in sehr anschaulicher Schilderung vorlegt. Die Untersuchungen sind in einem Gefangenenlager, unter deutschen Soldaten der Ostfront und unter der Zivilbevölkerung Polens angestellt worden. Sie behandeln ausführlich den Wohnort der Laus, ihren Körperbau, die Färbung und Färbungsanomalieen, das sehr groteske Begattungsgeschäft, die Eiablage und Eientwicklung, das Larvenleben, die Bewegungsformen der fertigen Laus, den Saugapparat und die Verdauung, die Sinnestätigkeit sowie das gesamte Verhalten zur Welt unter natürlichen und künstlichen Bedingungen. Die Frage nach der angeborenen oder erworbenen Immunität gegen Läusestich und was mit ihr zusammenhängt wird auf Grund genauer Rundfragen sehr einleuchtend erörtert und nichts bei der Schilderung der Schuld versäumt, die der Schmarotzer als Überträger ansteckender Krankheiten vor Gott und der Welt auf sich geladen hat. Wer wissenschaftlich mit den Läusen zu tun hat, wird ohne das Hasesche Buch nicht mehr auskommen können, und wer in polnischen Dörfern seine Schlachten mit ihnen schlug, wird es sicher gern lesen, um zu erfahren, mit wem er es eigentlich zu tun gehabt hat. Die Bilder sind gute Begleiter des Textes.

Psychologie / Otto Bobertag

Külpe † Am 31. Dezember starb in München der ordentliche Professor der Philosophie und Psychologie und Direktor des Psychologischen Instituts daselbst, Dr. Os-

wald Külpe, im Alter von 53 Jahren. Aus der Schule Wundts hervorgegangen, war er zuerst Extraordinarius in Leipzig, dann Ordinarius in Würzburg, in Bonn und, seit 1913, in München, wo das von ihm eingerichtete Psychologische Institut jetzt nach dem Leipziger wohl das größte in Deutschland ist. Külpe begründete seinen Ruf als einer der scharfsinnigsten und vielseitigsten Vertreter der experimentellen Richtung in der Psychologie durch seinen Grundriß der Psychologie auf experimenteller Grundlage. Später war es namentlich die experimentelle Erforschung der Denkvorgänge, der er sein Interesse zuwandte, so daß man die Würzburger Schule geradezu als Zentrum der modernen Denkpsychologie bezeichnete. Von einer exakt experimentellen Methodik kann bei den hier in Betracht kommenden Arbeiten freilich nicht die Rede sein, da die reine Selbstbeobachtung der denkenden Versuchsperson eigentlich das einzige Forschungsmittel bildete, das durch keinerlei Betrachtungen psychogenetischer Art ergänzt wurde, ein Mangel, der bei so komplexem und entwickelungsspättem Geschehen wie dem Denken (Verstehen vorgelesener Aphorismen usw.) durch nichts ersetzt werden kann. Die Külpesche Denkpsychologie ist daher mehrfach angegriffen worden, so namentlich auch von Wundt, und es läßt sich nicht leugnen, daß die Erwartungen, die zuerst von vielen an die neuen Denexperimente geknüpft wurden, ziemlich stark enttäuscht worden sind; ein relatives Verdienst ist aber diesen Untersuchungen keineswegs abzustreiten. Von sonstigen Problemen der experimentellen Psychologie sind es besonders noch die der sogenannten experimentellen Ästhetik, mit denen Külpe sich eingehend beschäftigt hat; hier ist der ausführliche Bericht über den Stand der einschlägigen Forschungen zu erwähnen, den er auf dem 2. Psychologenkongreß erstattete. Auch auf rein philosophischem Gebiet ist Külpe mehrfach hervorgetreten; es seien hier nur kurz seine Einleitung in die Philosophie, die beiden kleinen Schriften Die Philosophie der Gegenwart und Immanuel Kant sowie sein letztes umfassendes Werk Die Realisierung genannt, das leider ein Torso geblieben ist.

X

Traum Das Traumleben der menschlichen Seele hat aus Gründen, die nicht näher auseinandergesetzt zu werden brauchen, von alters her das besondere Interesse

der Psychologen auf sich gezogen, aber es gibt kaum ein psychologisches Spezialproblem, über das die Meinungen selbst der kompetentesten Beurteiler gerade in der Gegenwart wieder so vielfach auseinandergehen und sich gegenseitig bekämpfen wie über das der Entstehung und Bedeutung der Träume. Im Mittelpunkt der Diskussion steht noch immer die Theorie S. Freuds, dessen Buch *Die Traumdeutung* bereits in 4. Auflage erschienen ist /Wien, Deuticke/. Freuds Ansicht läßt sich durch die Formel ausdrücken: Jeder Traum ist die verkleidete Erfüllung eines verdrängten Wunsches; und zwar soll es sich fast stets um einen aus ethischen Rücksichten unterdrückten Sexualwunsch handeln, dessen Erfüllung unter Verwendung beliebiger, scheinbar unschuldiger Vorstellungsinhalte als sexueller Symbole geschieht. Im Anschluß an Freud haben einige der in seinen Bahnen Wandelnden versucht den Traum in nahem Zusammenhang zu anderen Betätigungen menschlichen Phantasielebens zu bringen, wie sie im Mythos, Aberglauben, Märchen usw. objektive Gestalt angenommen haben. So meint Abraham (Traum und Mythos, in den Schriften zur angewandten Seelenkunde), wie der Traum ein Stück überwundenen infantilen Seelenlebens darstelle, so enthalte der Mythos in verschleierte Form die Kindheitswünsche des Volkes, die eine »Massenverdrängung« erfahren haben, und er unternimmt es auf diese Weise die Sagen von Prometheus, Moses und Simson sexuell zu deuten. Einen gemäßigttern Standpunkt innerhalb des Freudschen Gedankenkreises nimmt unter anderem Maeder ein (Über das Traumproblem, im 5. Band des Jahrbuchs für Psychoanalyse). Er setzt den Traum in Parallele zum Spiel, da er wie dieses eine Art Vorübung oder Vorbereitung für das wache Leben enthalte. Im Zusammenhang damit schreibt er dem Traum eine Heilwirkung zu, legt aber hierbei das Hauptgewicht nicht auf die Gefühlsladung sondern auf die Befreiung durch Sublimierung des Wunschstrebens, dem die Befriedigung im wachen Leben versagt sei.

Unter den zahlreichen Abhandlungen, die sich in letzter Zeit gegen die Freudsche Traumdeutung gewendet haben, indem sie gleichzeitig mit neuen Forschungs- und Erklärungsmitteln an das Traumproblem herantraten, sei hier zunächst eine Arbeit Der Traum als assoziativer Kurzschluß von H. Henning

/Wiesbaden, Bergmann/ genannt. Dieser Autor bestreitet, daß die Phantasie des Träumenden allgemein dazu neige die sexuellen Motive erst auf Umwegen in symbolisierender Form zu berühren, und was die Wunscherfüllung anlangt, so werde diese schon durch die Häufigkeit der Unlustträume unwahrscheinlich gemacht. An der Hand sinnreicher Experimente zeigt Henning, wie durch plötzlich und isoliert auftretende Anregungen auch im wachen Leben (wie sonst im Traum) Vorstellungen mit einander verknüpft werden, die keinerlei normal-logische Zusammengehörigkeit zeigen, ähnlich wie auf dem Gebiet der Elektrizität durch plötzliche Umlagerung der Spannungsverhältnisse ein unvorhergesehener Stromschluß erfolgen kann. Ein anderer Autor, Mourly Vold, geht in einem umfangreichen Werk über den Traum, herausgegeben von Klemm /Leipzig, J. A. Barth/ von der Frage aus, in welchem Umfang und Sinn äußere Reize auf den Trauminhalt einwirken, und zwar benutzte er kutanmuskuläre Dauerreize, wie zum Beispiel Umbindung eines Fuß- oder Armgelenks. Durch vielfältige Variation der Versuchsbedingungen und eine genaue Beobachtung und Protokollierung gelang es ihm ein unvergleichliches Material zur Beantwortung der erwähnten Frage zusammenzutragen. Volds Werk entbehrt der weitausgreifenden, überraschenden Hypothesen, dafür aber zeigt es uns, daß eine gewissenhafte Anwendung der experimentellen Methode auch auf dem Gebiet der Traumpsychologie zu neuen wertvollen Ergebnissen führen kann.

Wieder ganz anders orientiert, nach Problemstellung wie nach Methodik, sind zwei von der Külpeschen Schule angeregte Arbeiten, die sich bemühen die Psychologie des Denkens durch das Studium des Trauminhalts weiterzubilden: Hacker Systematische Traumbeobachtungen und P. Köhler Beiträge zur systematischen Traumbeobachtung, die im 21. und 23. Band des Archivs für die gesamte Psychologie erschienen. Hacker schrieb 500 Tage lang alles nieder, was von Belang war für den Traum selbst wie für Tagesbeschäftigung, Bewußtseinsinhalt vor dem Einschlafen und beim Erwachen, Art des Erwachens, Tiefe des Schlafs usw. Gegen die Psychoanalytiker betont Hacker, daß gefühlbetonte Vorstellungen keine größere Ideationskraft haben als andere, so daß dem Wunschleben des Individuums kein besonderer Einfluß auf

seine Träume zukomme. Diese stehen vielmehr psychologisch dem ideenflüchtigen Vorstellungsverlauf nahe: es herrscht eine Dissoziation der Vorstellungen und Gedanken, die dazu führt, daß die Vorstellungen entweder auftreten, ohne von dem Bewußtsein einer Bedeutung begleitet zu sein, oder aber häufig mit einer Bedeutung, die ihnen nach der Erfahrung des wachen Lebens nicht zukommt. Köhlers Beobachtungen sind namentlich deshalb interessant, weil bei ihm die Struktur des Traums besonders starke Anklänge an den Wachzustand zeigt. Es ergibt sich aus seinen Befunden die Notwendigkeit einer vergleichenden Untersuchung der Träume von Menschen von verschiedenem psychophysischen Typus gegenüber der in gewisser Hinsicht unfruchtbaren Beschränkung auf die eigenen Träume.

Durch diese kurze Besprechung einer kleinen Auswahl von Schriften aus der letzten Zeit möchte ich gezeigt haben, daß der Traum, dieses althergebrachte, vielumstrittene Lieblingsthema der Psychologen, heute mehr denn je Anlaß und Anknüpfungspunkt für Untersuchungen bietet, die nach Ziel wie nach Verfahren so neuartig sind wie irgendwelche anderen Spezialprobleme, denen sich die noch junge wissenschaftliche Psychologie bisher zugewendet hat.

✕ **Kurze Chronik** Unter den Preisaufgaben, die die Philosophische Fakultät der Universität Berlin für das Jahr 1916 gestellt hat, befindet sich folgende psychologische: »Die psychologischen Anschauungen des 17. und 18. Jahrhunderts über die Sinnesgefühle (Gefühlsempfindungen) einerseits, die Affekte andererseits sollen übersichtlich und mit scharfer Hervorhebung der gegensätzlichen Auffassungen dargestellt werden. Auch die physiologische und kunstwissenschaftliche Literatur ist heranzuziehen, soweit sie zu diesen Fragen Stellung nimmt.« ✕ In Budapest sind zwei pädagogisch-psychologische Institute neugegründet worden: ein psychologisches unter der Leitung von O. Vertes, das sich insbesondere der psychologischen Erforschung des nervösen Kindes widmen, aber auch den zeitpädagogisch-psychologischen Bedürfnissen überhaupt dienen soll; dann ein kriminalpädagogisches unter der Leitung des Jugendrichters E. von Kármán, dessen Ziel es ist »die Jugendgerichtshilfe nach den Grundsätzen der modernen krimi-

nologischen und pädagogischen Wissenschaften auszuführen und die bei dem Jugendgericht gesammelten Erfahrungen und Materialien durch wissenschaftliche Methoden und Mittel zu verarbeiten. ✕ Von erheblichem psychologischen Interesse ist eine Wortschatzsammlung der neuen Soldatensprache, die von Professor Dr. Karl Bergmann (Darmstadt) veranstaltet wird. Es sollen unter anderm Bezeichnungen für Waffen, Kleidung, Ausrüstungsgegenstände, Speisen, Krankheiten, Verwundungen, Auszeichnungen, Strafen usw. gesammelt werden, ferner Spitznamen für einzelne Truppenteile, Offiziere usw., Spottnamen für die Feinde und Verdrehungen fremdsprachlicher Wörter. ✕ Als Nachfolger Meumanns ist auf den Lehrstuhl für Philosophie und Psychologie am öffentlichen Vorlesungswesen in Hamburg Professor Dr. William Stern (Breslau) berufen worden, der namentlich durch seine kindespsychologischen und differentiell-psychologischen Schriften sowie als Mitleiter des Instituts für angewandte Psychologie und Mitherausgeber der Zeitschrift für angewandte Psychologie in weiteren Kreisen bekannt ist.

✕ **Literatur** Eine lohnende Lektüre bietet die von R. Schmidt besorgte deutsche Ausgabe des Buches Die Begründer der modernen Psychologie von Stanley Hall, dem berühmten amerikanischen Jugendpsychologen /Leipzig, Meiner/. Von dem Schaffen und der Bedeutung Lotzes, Fechners, Helmholtz' und Wundts erhält der Leser ein klares und anziehendes Bild. Dem Buch ist weite Verbreitung zu wünschen. ✕ Von A. Lehmanns Hauptgesetzen des menschlichen Gefühlslebens ist eine 2., völlig umgearbeitete Auflage erschienen /Leipzig, Reissland/. Lehmann untersucht zunächst die Natur der Gefühle (als einfache Gefühle läßt er nur Lust und Unlust gelten) und ihre Bedeutung im Zusammenhang des seelischen Lebens. Diese ist dadurch gegeben, daß die Gefühle die Richtung der Aufmerksamkeit und unser gesamtes Handeln bestimmen; es gibt keine Motivation ohne Gefühle. Lust begleitet jede leistungsteigernde, Unlust jede leistungsmindernde Tätigkeit eines Nervenzentrums. Die weiteren Abschnitte behandeln: die Abhängigkeit der Gefühle von der Qualität, Intensität und Dauer des Reizes und vom körperlich-seelischen Gesamtzustand sowie die Abhängigkeit

dieses letzten vom Gefühl. Den Schluß bildet eine teleologische Würdigung der körperlichen Gefühlsäußerungen: lustvolle Zustände führen zu gesteigerter Blutversorgung des Gehirns, unlustvolle zu verminderter Zersetzbarkeit der Biogene, so daß die Leistungsfähigkeit der Neuronen jedenfalls erhalten bleibt. Die Blutzirkulation in den peripheren Körperteilen scheint bei lustvollen Erlebnissen die auf die gereizten Stellen gelenkte Aufmerksamkeit zu unterstützen, bei unlustvollen die Intensität der Reizung herabzusetzen. X In der Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie und Soziologie, 1914, versucht H. Werner eine psychophysiologische Theorie der Übung zu geben, indem er die einzüübenden Bewegungen in ihrem Verhältnis zu den sie begleitenden Gefühlen und deren physiologischen Korrelaten betrachtet. Bei Lustgefühlen erweitern sich die Hirnkapillaren, bei Unlustgefühlen verengen sie sich. Jedes Funktionieren eines motorischen Nerven bedeutet eine Dissimilation. Ist die Bewegung unzweckmäßig, so ist sie unlustvoll; es tritt Kapillarverengung ein, und infolge mangelnden Blutzufusses bleibt die Assimilation aus: die unzweckmäßige Bahn verkümmert. Zweckmäßige, lustbetonte Bewegungen führen umgekehrt zum Nervenwachstum. So vermeidet diese Theorie den Fehler der üblichen Bahnungstheorie, die nicht erklärt, warum unzweckmäßige Nervenbahnen durch die Funktion nicht nur nicht eingübt werden sondern degenerieren. X Im 10. Band der Zeitschrift für angewandte Psychologie / Leipzig, J. A. Barth/ veröffentlichte Hugo Lehmann eine Studie über die Disposition zum Gebet und zur Andacht (Vorschläge und Materialien zu einer religionspsychologischen Untersuchung nach der Erhebungsmethode). Zur Erläuterung der etwa 100 Einzelfragen enthaltenden Umfrage sagt der Verfasser: »Die folgende Umfrage wendet sich an jeden einzelnen. Er möge das zentrale Problem der heutigen Kultur klären helfen, wie es jedem in seiner Selbstbeurteilung und Selbstbeobachtung eigentümlich sich darstellt. Ein jeder kann beitragen: derjenige, welcher sich als religiös weiß, und derjenige, welcher glaubt es nicht zu sein; der undogmatische und der kirchlich-korrekte; der, welcher von allgemeineren Gesichtspunkten der Kulturbeobachtung an das Gebiet der religiösen Fragestellung herantritt, und der, welcher sich auf Gebetsübung oder auf Andacht beschränkt;

jeder, der nach seinem Lebensgang und seinem Interessenkreise, nach seiner Gemütserneuerung und seinem Innenleben bei der Beobachtung seines Selbst, positiv oder negativ, auf eine Gebetsstimmung einerseits, auf eine Andachtsstimmung andererseits gestoßen ist, usw.« Exemplare dieses Fragebogens sind von dem Verlag J. A. Barth in Leipzig sowie durch das Institut für angewandte Psychologie in Kleinglienicke bei Potsdam zu beziehen. Außerordentlich interessant sind die in dem Aufsatz abgedruckten Antworten, die dem Verfasser von 5 Personen bereits zugegangen sind und die er mit individual- und sozialpsychologischen Erläuterungen versehen hat.

KUNST

Bühnenkunst / August Döppner

Pantomime Das Mirakel in der Volksbühne. Der geschlossene Bühnenraum verändert die Wirkung dieser Pantomime außerordentlich. Verliert eine Szene, wie der Aufzug zur Messe, vielleicht etwas von ihrer Feierlichkeit, so gewinnt dafür fast alles andere. Die Handlung nimmt traumhaften Flug und wird dadurch zum Symbol des Lebens. Besonders die Figur des Spielmanns (Ernst Matray mit verblüffenden turnerischen und sonstigen Fähigkeiten) bekommt klareres Gepräge. Man schaut es, wie sich das satanische Gespinst des Irdischen auf dem Umweg über die reine Lust und Schönheit (Kinder und Ritter) um die Nonne Megildis schlingt. Die Kraft, die solche Veränderung bewirkt, ist zuerst natürlich das Licht. Es gestattet das Wesentliche stark zu unterstreichen und erleichtert bildhaften Aufbau. Dann das Ausschnitthafte der Bühne, die Umgrenzung mit Dunkelheit, das Entstehen und Vergehen im schattenhaften Nichts. So gut ist es zu verstehen, daß es dem Kunstmenschen Reinhardt eine große Lust ist mit feinstgestimmten Nerven an solchem Material zu arbeiten, und diese Arbeit war gewiß nicht erfolglos: es gab Wirkungen von stärkster Intensität. Die Bilder sind so einfach-typisch, daß sie, ohne erst durch Gedankliches transponiert werden zu müssen, in die Traumlage des Bewußtseins eingehen und sich dort mit den Musikeindrücken fast restlos verquicken. Die Pantomime wird nur dann verständlich sein, wenn sie großzügig Typen des Seins darstellt, nur dann wird sie auch mit der Musik, die ja die

gleiche Tendenz hat, zusammengehen können. Psychologisch differenzierte Pantomime wird künstlerisch wirkungslos sein, solange nicht die psychologische Wissenschaft tägliches Brot für uns geworden ist; und das ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Das Stärkste bleiben aber doch einzelne Momente der Nonne Megildis (Mary Dietrich), die rein schauspielerischer Art sind. Wenn sich ihre Glieder nach dem Genuß des Weines, den der wilde Spielmann Leben ihr aufzwingt, plötzlich in verzückter Sinnlichkeit lösen und ihre gebundene Schönheit in eine andere niederer Art tauschen, strömt das unnennbare Mitleiden mit der lustgequälten Kreatur gewaltig in uns. Nach der letzten Judithleistung Mary Dietrichs, die ich hier nicht registrierte, hatte ich dieses hingeebene Spiel, das mir unvergeßlich bleibt, nicht von ihr erhofft. Der König Emil Rameaus, auch anderes, das ich von ihm sah, läßt die Frage aufwerfen, ob es nicht angebracht wäre ihn aus solchen Chargen einmal zu größeren Aufgaben herauszuholen.

× Goethes Götz Der Götz von Berlichingen wurde in Berlin, im

Theater in der Königgrätzer Straße, nach Friedrich Kayßlers Bearbeitung gespielt. Es ist müßig die Einzelheiten der Bearbeitung zu betrachten, dies zu loben und an jenem auszusetzen. Wie man sich dazu stellt: es bleiben die 20 Bilder, deren Zahl unweigerlich den Genuß zerstört, und mit der wir uns abfinden müssen. Die Erörterung könnte sich nur darum drehen, ob das Stück trotzdem noch gespielt werden soll oder nicht, und ich glaube kaum, daß es jemanden gibt, der es missen möchte. Wenigstens solange Friedrich Kayßler den Götz spielt und Helene Fehdmer sein Weib Elisabeth. Bei Kayßler konnte man sich über etwas freuen, das man nicht oft an ihm erlebt: Er ging aus sich heraus, schlug mit der eisernen Faust auf den Tisch und lachte fröhlich. Helene Fehdmer war deutsch, tüchtig und mütterlich. Irene Triesch als Adelheid. Sie ist eine große Könnenin, die alle Register beherrscht. Ihre Maria Stuart kürzlich: zart und innig und leidenschaftlich und ränkefähig, nichts fehlte, und dennoch ergab es keine Schottenkönigin. Weit näher kam sie der Kurtisane Adelheid, die sie, was sich bei dieser Künstlerin von selbst versteht, menschlich glaubhaft unterbaute. In der Szene vor ihrer Hinrichtung durch die Feme vereiste

die Todesfurcht trostlos den Raum und würgte unentrinnbar. Und wieder: Das schillernde (und starke) Weib, das den verwöhnten Weislingen zu Fall bringt, ist sie nicht. Sie hat viel von der geistigen Überlegenheit Bassermanns, doch fehlt ihr seine gemütliche Überlegenheit, seine Ausgiebigkeit. So wird sie, wie ich glaube, stets nur die Rollen erfüllen, die ihrer Natur gemäß sind. Eine starke Bindung. Ähnlich gerichtet, zwar nicht auf der gleichen Stufe, liegt das Problem des sehr fleißigen Ludwig Hartau (Weislingen).

× Ibsens Kaiser Das Berliner Lessing- und Galiläer theater probierte es mit

Kaiser und Galiläer und zog die beiden Teile zu einem zusammen. So geschickt es gemacht wurde, es war doch eine Mißgeburt. Allerdings war es möglich den Gang des Geschehens zu verstehen, aber durch die Verkürzung auf die Hälfte fiel, wie es auch nicht anders sein kann, das Überzeugende der Entwicklung fort. Dieser Ibsen braucht alle vorhandenen Bilder unbedingt, um die Notwendigkeit der Juliangestalt zu beweisen. Ich sehe auch die immer wiederholten Bedenken gegen eine vollständige, auf 2 Abende verteilte Wiedergabe dieser Art Werke nicht als zwingend an. Es liegt doch kein Zwang für die Besucher der einen Vorstellung vor sich die andere auch anzusehen. Es wird manchen geben, der sich damit begnügt den einen Teil nur zu lesen und den andern zu sehen. So ist unser Verhältnis zum Faust, auch zu Björnsons Über die Kraft, wenn auch da die Dinge etwas anders liegen. Aber jedenfalls würden wir auf diese Weise ein vollständigeres und richtigeres Bild bekommen. 50 % von dieser geistiger Erlebnisse fortnehmen heißt entweder auf den Ernst des Inhalts verzichten oder die Erklärung abgeben, daß Ibsen ein Schwätzer ist. Die Regie gab diesmal gutes Handwerk. Diesem Apostatastück gerecht zu werden bedarf sie einer besondern Nervosität, die schon die Eingangsszene des zitternd lebenden Kaisers Konstantin durchtasten mußte. Daran fehlte es auch Theodor Loos, dem wieder Mangel an hingebendem Schauspielertum vorzuwerfen ist: Die Sphäre des Julian verläuft zwischen Erschöpfung und Gottesbrunst. Den Vorwürfen, die man Maria Carmi machte, kann ich mich nicht anschließen. Die Fürstin Helena, die sie zu verkörpern hatte, ist orientalischnüch und noch einiges mehr, die Geliebte

des Fürsten Gallos hat dieses verzehrende und verzehrte Mienenspiel. Allenfalls könnte versucht werden aus sadistischer Großzügigkeit phantastische zu machen; doch fragt es sich, ob das in Ibsens Sinn lag.

× Kurze Chronik. Die Shakespearedarstellerin Ada Rehan ist gestorben. Diese englische Künstlerin besaß neben ihrer großen Begabung für das klassische Drama auch ein starkes Talent für die Komik. × Seit einiger Zeit zeigt Ernst Ehlert in Berlin Ivo Puhonnys Marionetten (siehe die Rundschau Kunstgewerbe, 1915, 3. Band, pag. 1272). Er erzielt mit den charakteristisch gezeichneten Figürchen, besonders mit den Solopuppen, sehr hübsche Erfolge. Es ist verwunderlich, daß wir das Marionettenspiel nicht allgemeiner für unsere Kinder ausnutzen. Was man zugunsten des Struwwelpeterbuchs gesagt hat: Anregung der Phantasie, ohne sie zu erdrücken, gilt auch hierfür. × Im Theater in der Königgrätzer Straße wird Strindbergs Traumspiel vorbereitet. Hoffentlich sind die Veranstalter sich der schwerwiegenden Aufgabe dieses sehenswerten Werk zu verkörpern recht bewußt. × Der Bühnenverein hat beschlossen mit der Entscheidung über Max Reinhardts Ausschluß auf die Gerichtsurteile zu warten.

× Literatur

Bei Felix Lehmann in Berlin erschien ein neues Buch Max Reinhardt bei der Arbeit von Heinz Herald. Es instruiert über das Wesen der modernen Regie und speziell die Reinhardtsche Regie. Ich kann mich mit den Behauptungen des Verfassers, der im Bann seines Meisters steht, nicht einverstanden erklären, soweit sie den prinzipiellen Unterbau betreffen. Der neue Reinhardt des in dieser Rundschau (1915, 3. Band, pag. 1386) angeführten Ausspruchs widerspricht ja selbst seinem Schüler und Interpreten. Herald schildert einen Augenblick im Lebenden Leichnam: »Es klopft, er verbirgt schnell die Waffe unter einer Serviette und öffnet. Es ist seine Geliebte. Eine Minute später findet sie den Revolver. Fedja steht am Klavier, abgewandt, mit gesenktem Kopf. Sie blickt ihn an. Da schlägt seine Hand unwillkürlich und doch wieder, wie um etwas zu verbergen, ein paar Tasten an: Nichts geschieht, keine Verständigung ist zwischen ihnen als diese paar Töne. Sie sind das scheueste

Geständnis, das einer Menschenseele je entglitt. Jedes Wort wäre grob und plump. Restlos ist in ihnen alles, was in der Sekunde leise zwischen diesen Menschenherzen weht.« Ja, diesen Reinhardt liebe auch ich. Es ist der, der sich dem Dichter unterordnet. Aber er ist nicht immer so, er unterliegt oft der Gefahr der »selbständigen Theaterkunst«, die Herald propagiert: Der Regisseur soll ermächtigt sein aus Dichtung, Malerei, Musik usw. eine einheitliche neue Kunst zu schaffen. Ich wiederhole: Dabei kommt eine, vielleicht wunderschöne, Spielerei heraus, aber keine Kunst als Selbstbesinnung des Geistes und seine tiefe, gewaltige Befreiungsgebärde. Herald spricht selbst nachher von der Notwendigkeit die »dramaturgische Linie« herauszuarbeiten. Ich hatte übrigens manchmal die Empfindung, daß ihn von dieser Auffassung mehr die blendende Nähe des Deutschen Theaters abhält als die Notwendigkeit seines Wesens. So bei dem Kapitel Der Kulturfaktor Reinhardt, in dem er als ein Zeichen der neuen Zeit und ein Mitverdienst Reinhardts »die Überwindung des Technischen als Selbstzweck« ausspricht. Oder bei dem Satz: »In der Kunstbewegung unserer Zeit kann man die einzelnen Daten dieses Entwicklungsgangs ablesen. Die kalte und leere Kunst der großen Geste, die der Naturalismus in Scherben brach, dann die weitauslaufende Periode der bunten Entfaltung, welche die naturalistische Ara ablöste, und in der man es schon wieder verstand eine Distanz zur Natur zu gewinnen. . . Aber wir alle spüren auch jetzt schon dunkel das Hindrängen zu einer Epoche des stärkern Zusammenfassens, der Monumentalität in der Kunst.« Nur eben: inneres Zusammenfassen, innere Monumentalität! Einzelheiten dieses »Versuchs über das Wesen der modernen Regie« sind instruktiv und einfühlig. Verehrern des Deutschen Theaters wird das Buch (das stilistisch hätte überarbeitet werden müssen) willkommen sein. Die Ausstattung ist auch zu loben.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

von Podbielski † In der Nacht vom 20. zum 21. Januar ist der preussische Staatsminister Viktor von Podbielski einem Herzschlag erlegen. Der frühere Militär, der, 47 Jahre alt, 1891 als Generalmajor seinen Abschied genommen hatte, wurde

am 30. Juni 1897 zum Staatssekretär des Reichspostamts ernannt. Die 4 Jahre dieser seiner Tätigkeit waren eine für das deutsche Postwesen fruchtbare Zeit; sie haben mehr Reformen gebracht als die beiden benachbarten Jahrzehnte. Die Erhöhung der Gewichtsgrenze für Briefe, die Organisation des Ortsverkehrs mit besonderm Ortsporto (die dann unter seinem Nachfolger wieder verloren ging), das Telegraphenweggesetz, die Telephonreform bezeichnen die frisch zugreifende Initiative von Podbielskis. Auch ist ihm der Post-scheckverkehr zu danken, wengleich sein erster Entwurf nicht zur Annahme gelangte, das Gesetz vielmehr erst später abgeändert verabschiedet wurde. Auch um die Fürsorge für die Postbeamten machte sich dieser Staatssekretär verdient. Dem Koalitionsrecht stand er anfangs ganz unbefangenen sympathisch gegenüber, mußte dann allerdings, offenbar anderen Einwirkungen nachgebend, seine Haltung ändern; doch hat er keinesfalls irgendwie tief in die Freiheit seiner Beamtschaft eingegriffen. Wertvoller noch als die einzelnen Dokumente seiner Tätigkeit war der frische Zug, der während seiner Amtszeit durch das deutsche Postwesen ging, belebend und anregend, wie er selbst stets der Anregung zugänglich war. Die Sympathieen der Bürokratie hat er mit seinem originellen, allem Schematischen abholden Wesen wohl nicht errungen. Um so größere Anerkennung fand er in der deutschen Geschäftswelt, deren Interessen zu fördern auch das Postwesen bestimmt ist. In der politischen Agitation, die sich namentlich später gegen seine Wirksamkeit als preußischer Landwirtschaftsminister richtete, war man öfter von großer Ungerechtigkeit gegen ihn. Es ist notwendig dies festzustellen. Der deutschen Verwaltung können Persönlichkeiten von der Art von Podbielskis nur frommen. Mögen sie auch im einzelnen zuweilen danebengreifen; sie beiseitigen jedenfalls alten Schlendrian, bringen neues Leben in die Arbeit und fördern so die Produktivkraft der Nation. Es wäre zu wünschen, daß wir deren mehr hätten.

×
 Leipziger Hauptbahnhof
 Am 4. Dezemer 1915 fand der Bau des gewaltigen Hauptbahnhofs in Leipzig mit der Schlußsteinlegung seinen Abschluß. Der größte und wohl auch einer der schönsten Bahnhöfe Europas ist

damit vollendet. Die Anlage dient dem Verkehr der preußischen und sächsischen Eisenbahnlinien; sie hat 26 Personenbahnsteiggleise, auf denen gleichzeitig 30 Züge Aufstellung finden können. Zwischen den Gleisen liegen 27 Bahnsteige, die abwechselnd für den Personengepäck- und den Postverkehr benutzt werden, und die durch Aufzüge mit Quer- und Längstunnel für den Gepäckverkehr verbunden sind. Der Querbahnsteig am Kopfe der Bahnsteige ist 24 Meter breit. An ihn schließt sich ein symmetrisch gebautes Empfangsgebäude von 300 Meter Länge, dessen Hauptteile die beiden Hallen der sächsischen und der preußischen Verwaltung mit Fahrkartenschaltern und Gepäckaufbewahrstellen bilden, sie nehmen je 1700 Quadratmeter Grundfläche ein. Je eine 10 Meter breite Freitreppe führt hier zum Querbahnsteig hinauf. Zwischen den beiden Hallen liegt der Mittelbau mit einem Verbindungsgang, in dem sich die Gepäckannahmestelle befindet. In Bahnsteighöhe darüber befinden sich die Warte- und Wirtschaftssäle. Das Empfangsgebäude nimmt ungefähr 16 000 Quadratmeter Flächenraum ein. Die Bahnsteige sind auf 240 Meter Länge und in 66 000 Quadratmeter Fläche überdacht. Dazu dienen je 6 Gitterträgerhallen mit 42,5 respektive 45 Meter Spannweite und 20 Meter Scheitelhöhe von der Schienenoberkante. Ein monumentales, 30 Meter hohes Hallendach aus Eisenbeton über dem Querbahnsteig verbindet den Eisenhallenbau mit dem Empfangsgebäude. Der Hauptpersonenbahnhof mit dem Güterbahnhof dehnt sich 2,5 Kilometer in östlicher, 2,3 Kilometer in nördlicher und 1,7 Kilometer in westlicher Richtung aus. Sein Gleisnetz ist 150 Kilometer lang und hat 320 Weichen. In Friedenszeiten werden täglich 500 Züge abgefertigt. An den Hauptbahnhof soll sich eine Untergrundbahnanlage anschließen, die die äußeren Punkte der Stadt mit dem Innern und die Vororte unter einander verbinden wird.

Nachdem 1903 die notwendigen Veränderungen an den bestehenden Anlagen in Angriff genommen waren, begann der Bau 1907; am 1. Mai 1912 wurde die westliche preußische Hälfte dem Verkehr übergeben. Die Gesamtkosten des Baus betragen 135 Millionen Mark; davon entfallen auf Sachsen 60, auf Preußen 53, auf die Stadt Leipzig 17 und auf die Reichspost 5 Millionen.

×

×

Südamerika Während eine transkontinentale Verbindung durch Südamerika bereits vor einigen Jahren zwischen Buenos Aires und Valparaiso durch eine Andenbahn hergestellt wurde, beabsichtigt man neuerdings die argentinische Hauptstadt mit Lima, der Hauptstadt Perus, durch eine Eisenbahn zu verbinden, von der nur noch einige Zwischenstücke fehlen. Es geht schon eine Bahnlinie von der Küste des Atlantischen Ozeans über Buenos Aires, Rosario, Tucuman bis zum Grenzort La Quiaca zwischen Argentinien und Bolivien. Die 100 Kilometer lange Strecke von La Quiaca bis Tupiza in Bolivien ist bereits vermessen, von hier bis zur Stadt Uyuni hat der Bahnbau begonnen. Die Bahn von Uyuni bis Guaquia an der Grenze Perus befindet sich schon im Betrieb und von hier bis zur nächsten Bahnstrecke Puno-Cuzco fehlen nur rund 160 Kilometer. Dann folgt wieder eine noch ungebauete, rund 530 Kilometer umfassende Strecke von Cuzco bis Ayacucho, und schließlich die Endstrecke von dort bis nach Lima und dessen Hafen Callao, die teils fertiggestellt teils noch im Bau ist.

× **Werra- Main- Donau- Großschiffahrtsstraße** Die Erkenntnis der hohen Bedeutung der Wasserstraßen für den Kriegsfall wie die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Nord und Süd, zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer, lenkt die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf den Ausbau unseres Wasserstraßennetzes. Neuerdings darf der Ausbau des Main-Donau-Kanals als gesichert gelten. Ein neuerer Plan geht dahin die Weser mit der Donau zu verbinden und dadurch Bremen durch Thüringen mit Oberfranken und seinen wertvollen, erst teilweise erschlossenen Eisenerzlagern und mit München in unmittelbare Wasserverbindung zu bringen. Der Plan wurde von Senator F. W. Meyer in Hameln ausgearbeitet und auf der Kriegstagung des bayrischen Kanalvereins besprochen. Die Linienführung sieht eine Kanalisierung der Werra mit Stauhaltungen vor, die oberhalb Münden beginnend, sich bis Wernshausen-Untermaßfeld erstrecken würde; bei Grimmenthal wäre ein 9 Kilometer langer Tunnel durch das Gebirge zu brechen. Ferner müßte ein künstlicher Wasserweg von 37 Kilometer Länge mit Talsperren, Schleusen und Stauanlagen über Heldburg, Gemünden und Kaltenbrunn bis Bamberg geschaffen

werden, von wo aus dann die Verbindung mit dem Donau-Main-Kanal vorhanden wäre. Auf der 730 Kilometer langen Strecke von Dortmund-Herne bis Nürnberg hätten die Schiffe 22 Schleusen zu durchfahren. Die Baukosten würden sich auf 275 Millionen belaufen. Da der Ausbau dieser Wasserstraße von großem Vorteil für die industrielle und wirtschaftliche Erschließung Süddeutschlands wäre, die durch seine geographische Lage bisher zurückgehalten wurde, ist den Plänen eine baldige Verwirklichung zu wünschen.

× **Berlin: Schnellbahnen** In einem Vortrag, den er im Verein für Eisenbahnkunde hielt, machte Professor Giese folgende Angaben über die Berliner Schnellbahnen:

Schnellbahnen laufen jetzt in Groß Berlin auf einer Strecke von im ganzen 37 Kilometer Länge. Dazu werden durch den Hinzutritt der städtischen Nord-süd-bahnstrecke Seestraße-Gneisenaustraße, der Bahnstrecke der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Gesundbrunnen-Hermannplatz und der Verstärkungsstrecke der Hochbahngesellschaft Wittenbergplatz-Gleisdreieck weitere 19 Kilometer kommen. Bereits vertraglich festgelegt, aber noch nicht landespolizeilich genehmigt sind ferner die Strecken Klosterstraße-Frankfurterallee und Gneisenaustraße-Ringbahnhof Neukölln mit zusammen 10 Kilometer, so daß in absehbarer Zeit das Berliner Schnellbahnnetz eine Länge von rund 66 Kilometer aufweisen wird. Davon sind nicht weniger als 51 Kilometer Untergrundbahnen, obgleich deren Bau bei dem schlechten Baugrund und dem hohen Grundwasserstand Berlins sehr teuer ist.

Innerhalb des Netzes der Hochbahngesellschaft wurden bisher alle Strecken 2stüzig über Promenaden ausgeführt; die Bahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Badstraße errichtet jetzt eine 1stüzig Hochbahnanlage nach dem Vorbild der bekannten Schwebbahnprobestrecke in der Brunnenstraße. Allmählich ist eine immer größere lichte Höhe unter dem Hochbahnviadukt vorgeschrieben worden; sie beträgt bei der Bahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft jetzt 4,65 Meter. Die Möglichkeit der Einführung 2stöckiger Straßenbahnwagen ließ eine solche Höhe notwendig erscheinen.

Die Querschnitte der Untergrundbahn in Berlin haben die von Siemens & Halske in Berlin geprägte Grundform im allge-

meinen beibehalten. Die Nordsüdbahn wird im Gegensatz zu den bisherigen Anlagen ohne Mittelstützen in Eisenbeton ausgeführt. Die lichte Tunnelbreite ist allmählich von 6,24 Meter auf den älteren Strecken der Hochbahngesellschaft auf 6,90 Meter bei der Nordsüdbahn, die lichte Höhe von 3,24 auf 3,80 Meter bei der Bahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hinaufgesetzt worden. Der Gleisabstand ist den breiteren Wagen entsprechend von 3,24 auf 3,60 Meter gestiegen.

Die Entfernung der Haltestellen von einander variiert von 320 bis zu 1210 Meter. Die durchschnittliche Haltestellenentfernung von 775 Meter ist recht zweckmäßig. Die Bahnsteige der Schnellbahnen werden in neuerer Zeit wieder allgemein in Inselnform angelegt. Ihre Länge beträgt bei der Hochbahngesellschaft 110, bei der Nordsüdbahn 80 und bei der Bahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft 130 Meter. Die Bahnsteigbreite schwankt bei Außenbahnsteigen zwischen 3,5 und 4 Meter, bei Inselbahnsteigen zwischen 6,5 und 16 Meter, durchschnittlich beträgt sie 7 bis 8 Meter. Die Zwischenbahnhöfe haben einfache Durchgangsform. Die Wende- und Endbahnhöfe sind entsprechend mit Kehr- und Aufstellanlagen ausgestattet. Der Umsteigeverkehr zwischen den einzelnen Schnellbahnlinien wird mit dem weitem Ausbau des Schnellbahnnetzes zunehmende Bedeutung gewinnen. Die Anlage der Umsteigebahnhöfe auch beim Zusammenlaufen der Linien verschiedener Unternehmen muß deshalb schon jetzt auf diese Zunahme des Umsteigeverkehrs berechnet sein.

Die Wagen der Schnellbahnen sind im Lauf der Zeit vergrößert worden. Während die Hochbahnwagen nur je 70 bis 75 Personen fassen, können die der Nordsüdbahn 100, der Bahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft sogar 119 Personen befördern. Da die größtmögliche Zuglänge in den genannten Bahnen 6, 8 und 9 Wagen beträgt, kann jeder Hochbahn- und Nordsüdbahnzug bis zu 600, jeder Bahnzug der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft sogar bis zu 1070 Personen aufnehmen. Die Leistungsfähigkeit der Schnellbahnen ist also sehr beträchtlich. Bei einer Zugfolge von 1½ Minuten können die Hoch- und die Nordsüdbahn stündlich bis zu 24 000, die Bahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft bis zu 43 000 Personen befördern.

Alle Berliner Schnellbahnen werden mit Gleichstrom von 600 bis 800 Volt Spannung betrieben. Der Strom wird den Wagen durch Unterleitung mittels der sogenannten dritten Schiene zugeführt.

× London: Schnellbahnen ×
 Von dem Eisenbahnnetz der London and South Western - Eisenbahngesellschaft sind die Hounslowringlinie und die Strecken nach Hampton Court, Claygate und Shepperton, insgesamt 88 Kilometer, entsprechend 258 Kilometer 1gleisiger Strecke, für den elektrischen Betrieb umgebaut worden. Eine weitere 92 Kilometer lange Strecke soll später in Angriff genommen werden. Auf der Strecke Waterloo-Wimbledon-Kingston wird der Betrieb in nächster Zeit eröffnet; die bisherige Fahrzeit wird eine wesentliche Kürzung erfahren.

Nach ausgedehnten Versuchen entschied man sich für die Verwendung von Gleichstrom. Der Strom von 600 Volt wird durch eine dritte, neben den Gleisen angeordnete Stromschiene zugeführt. Das Kraftwerk liegt in Wimbledon am Wandlefluß. Der hier erzeugte Drehstrom von 11 000 Volt wird nach 9 Umformerwerken in Waterloo, Clapham, Junction, Raynes Park, Hampton Court Junction, Barnes, Twickenham, Kingston, Sunbury und Isleworth in einer Ringleitung geführt. Außer den üblichen Transformatoren benutzt man Drehumformer in zwei Größen für 1875 und 1250 Kilowatt Leistung.

Die Züge bestehen aus mehreren Zügeinheiten von je 2 Triebwagen und einem Anhängewagen in der Mitte. Je nach der Größe des Verkehrs fahren 1 oder 2 Zügeinheiten. Jede Zügeinheit hat 4 275pferdige Westinghousemotoren von 590 Umläufen in der Minute. Im Abteil des Führers sind sämtliche Überwachungseinrichtungen untergebracht.

× Königsberger Handelshafen ×
 Der Bau eines neuen Handelshafens in Königsberg in Preußen, der durch die

Stadt selbst ausgeführt werden soll, ist von den staatlichen Behörden genehmigt worden. Für die Anlagen wurde das unterhalb der neuen Pregelbrücke liegende südliche Ufergelände gewählt, das etwa 220 Hektar Fläche umfaßt. Hier wird die Seeschifffahrt noch nicht durch Brücken gehindert, und das Hafengebiet kann unmittelbar an den neuen Verschiebebahnhof der Staatsbahn angeschlossen werden. Der Hafen soll insgesamt 5 Becken umfassen. An de-

ren Endpunkt wird der neue Hafenhafen liegen, den die Stadt spätestens am 1. Juli 1919 in Betrieb nehmen muß. In der Nähe des Hafens sollen Umladeanlagen, Lagerplätze und Bauplätze für Industrieunternehmungen geschaffen werden. Außer diesem Handels- und Industriehafen, der mit den dazugehörigen Anlagen im ersten Ausbau mehr als 21 Millionen Mark kosten wird, soll ein Osthafen mit 1 Becken erbaut werden, der für die Binnenschifffahrt und den Umschlagverkehr von und nach der See bestimmt ist.

× Zugbeleuchtung Eine neue Zugbeleuchtung mit Steinkohlen hat die preußisch-hessische Staatsbahn Ende Mai 1915 auf allen Strecken eingeführt. Das aus Gasanstalten bezogene Gas wird mit einem Druck von etwa 10 Atmosphären in die Wagenbehälter eingefüllt und mit einem einer 1,5 Meter hohen Wassersäule entsprechenden Überdruck in einem Glühlichtbrenner verbraucht, dessen etwa haselnußgroßer Glühkörper bei der hohen Temperatur der blauen Gasflamme in sehr helles Glühen kommt. Die neue Lampe verbraucht nicht allein weniger Gas als die frühere, sie macht außerdem die Zündflamme überflüssig und spart dadurch auch die 5 bis 6 Liter Gas, die diese aufzehrt. Dabei sind die kleinen Glühkörper sehr widerstandsfähig. Sie tragen am Boden eine Magnesiumkrone, die beim Zerbrechen des Glühkörpers selbst weiter glüht und so für die Notbeleuchtung sorgt. Die neue Beleuchtung läßt sich auch für die Kopf- und Schlußlampen der Züge benutzen, wenn ihre Lichtstärke durch Vermischen des Gases mit Kohlenwasserstoffen erhöht wird.

× Kurze Chronik In den letzten Wochen machte die Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahnen weitere Fortschritte. Anfang Oktober konnte die landespolizeiliche Abnahme der Strecke Freiburg-Niedersalzbrunn, am 23. November die der Strecke Niedersalzbrunn-Gottesberg stattfinden. Auf dieser schwierigen, an Steigungen reichen Strecke soll nun der Probefahrtbetrieb aufgenommen werden, und man hofft dort weitere Erfahrungen sammeln zu können. Auch bei

der Berliner Stadt- und Ringbahn, deren Elektrifizierung vorbereitet wird, soll ein Probezug in Betrieb genommen werden. × Ende September 1915 wurde der 1853 Meter lange Scheiteltunnel der Furkabaahn durchschlagen, die eine neue Verbindung zwischen dem Reuß- und dem obern Rhonetal herstellen soll. Die Ostöffnung des Tunnels liegt 2170 Meter über dem Meeresspiegel. × Die Versuche, die man auf der Strecke Dresden-Werdau mit der Anwendung von Asbestonschwellen gemacht hat, sind sehr befriedigend ausgefallen. Die Schwellen bestehen aus Zementbeton mit Eiseneinlagen und Schienenaufgaben aus Asbeston, einem Stoff, der wie Holz behandelt werden kann, aber nicht fault und bei Temperaturveränderungen auch nicht reißt. Die Schwellen sind etwa 3mal so schwer wie gleichwertige Holz- oder Eisenschwellen. × Am 11. Dezember 1915 wurde beim Ems-Weserkanal der Anschlußkanal von Minden bis zur Leine bei Hannover fertiggestellt. Die Eröffnung des Kanals bis zu seinem Endpunkt bei Misburg wird im Frühjahr 1916 erfolgen. × Wie Scientific American mit genaueren Einzelheiten berichtet, kam am 29. September 1915 zwischen der staatlichen drahtlosen Station in Arlington bei Washington und der vorläufig in Pearl Harbor auf Hawaii angelegten Station, also über eine Strecke von 7850 Kilometer zum erstenmal eine drahtlose telephonische Verbindung zustande. Die Anlagen sind von der American Telephone and Telegraph Company errichtet worden. Die Aussicht auch zwischen Land- und Schiffstationen telephonische Verbindung herzustellen wird durch diese Erfolge stark erhöht. Nach Londoner Meldungen soll es ferner gelungen sein zwischen Arlington und Mare Island in Californien eine drahtlose Fernsprecheverbindung herzustellen. Da die beiden Städte 4500 Kilometer von einander entfernt liegen, würde auch das eine sehr bemerkenswerte Leistung darstellen. Die Stationen unterstehen gegenwärtig der Marineverwaltung. × In Nürnberg wird ein großes Verkehrsmuseum gebaut. Die Stadt hat hierzu einen Bauplatz von 90 000 Mark unentgeltlich überlassen und ferner einen erheblichen Bauzuschuß zur Verfügung gestellt.